Gottfried Jarnow

Der 9. November 1918

Die Tragödie eines großen Volkes

Jarnow Der 9. November 1918

Der 9. November 1918

Der 9. November 1918

Die Tragödie eines großen Volkes

Von

Gottfried Zarnow

unter Mitarbeit von

Ernst Drahn

Sonderausgabe der
Deutschen Hausbücherei
Hamburg

„Diese Revolution war Meineid und Hochverrat. Sie bleibt in der Geschichte erblich belastet und gekennzeichnet mit dem Kainsmal."
Kardinal Faulhaber, München.

Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg

Copyright 1933 by Hanseatische Verlagsanstalt A.-G., Hamburg 36
Gedruckt von J. J. Augustin in Glückstadt und Hamburg
Printed in Germany

Den ungenannten Helden
des Weltkrieges

Vorwort

Die zehn ersten Novembertage des Jahres 1918 werden in der deutschen Literatur stärker und länger nachwirken und mehr Bedeutung behalten, als die ganzen vier Jahre Weltkrieg mit dem Glanz deutscher Siege, die in der Weltgeschichte ihresgleichen nicht haben. In diesen zehn Tagen vollendete sich der schmählichste Verrat, den die Geschichte der Menschheit kennt. Kriegselend, Hunger und Tränen wird man vergessen, aber die Feigheit, Hinterlist und Tücke der Totengräber Deutschlands wird man nie vergessen — nie vergessen dürfen.

Ein Volk, das seine Ehre verteidigt, besteht, aber ein Volk, das in größter Not des Staates revolutioniert, hat aufgehört, Volk zu sein — Volk sein zu wollen.

Wenn je ein Volk in sich eine Rechnung zu begleichen hatte, dann ist es die gewesen, die das nationale neue Deutschland im Frühjahr 1933 an den Marxisten, seinen gefährlichsten Feinden im eigenen Lande, beglichen hat. Für diese Abrechnung wird jedes Volk Verständnis aufbringen, das auf den entschlossenen Willen zur Selbstbehauptung nicht verzichten will. Damit ist der Beweis für die nationale Notwendigkeit der deutschen Frühlings-Revolution 1933 erbracht.

Dieses Buch enthält keine Geschichte des deutschen Zusammenbruchs im November 1918 und urteilt daher weder über die „Patrioten", die in der Rüstungsindustrie den Staat betrogen oder die für die Besorgung des Leibes Nahrung und Notdurft als „Produktionsanreiz" während des Krieges die höchsten Erzeugerpreise zu erpressen versuchten. Über diese Totengräber Deutschlands wird die Geschichte noch ihr Urteil fällen, härter als über gewerbsmäßige Betrüger und Schieber.

Das Buch enthält auch nicht die Geschichte der Militär- und Zivilbureaukratie während des Krieges, deren Unfähigkeit nur von der Dünkelhaftigkeit gegenüber Heer und Volk überboten wurde.

Das Buch berichtet auch nicht über die Zeitgenossen, die die Forderung „national denken und handeln" leichtfertig im Munde führten: im Reichstag und in den Landtagen und vom Feldgrauen verlangten, Held 1. Klasse und Staatsbürger 3. Klasse zu sein.

Zu diesen von tausend gemeinen Begierden zerissenen Maulhelden stießen die nicht minder gefährlichen Federhelden.

Der deutsche Frontkämpfer ist mit diesen Feinden fertig geworden und hat für sie nur ein Gefühl bekundet: grenzenlose Verachtung.

Der deutsche Soldat wäre auch fertig geworden mit dem Gift, das ihm vier Jahre hindurch aus tausend Kanälen zugeführt worden ist. Die inneren Feinde Deutschlands, vom Ausland gewonnen, haben aber einen günstigen Augenblick genutzt, um uns von hinten zu überfallen: die Urheber dieses Überfalles und ihre Schuld sollen allein in diesem Buche nachgewiesen werden.

Diese Aufgabe ist bisher noch nicht gelöst worden und die Tatsache erinnert an Karl Simrocks bekannten Vierzeiler:

„In Rom, Athen und bei den Lappen,
Da späh'n wir jeden Winkel aus,
Dieweil wir wie die Blinden tappen
Umher im eig'nen Vaterhaus."

Da die Schuld der in Presse und Parlament führenden Personen erstmals systematisch untersucht wird und weil in diesem Buch mit vielen Legenden aufgeräumt werden soll, fühlte ich mich verpflichtet, zahlreiche Urkunden zu bringen, denn der Leser soll sich selbst ein Urteil über die in diesem Buch getroffenen Feststellungen bilden.

Eine Anzahl Dokumente wird erstmals veröffentlicht. Es war nicht meine Aufgabe, die national-vernichtenden Ereignisse der ersten zehn Novembertage rein literarisch zu gestalten — das werden Dichter und Dramatiker bis in die fernsten Zeiten tun können und zwar auf Grund des Materials, das hiermit erstmals systematisch erforscht und zusammengestellt dem deutschen Volk übergeben wird.

Die Heldentaten des deutschen Soldaten im Schützengraben, des ungenannten Helden des Weltkrieges, verpflichten zu folgender Erklärung:

Es möchten sich die schreibenden Zeitgenossen, die das Schwert mit der Feder vertauscht und aus der Kriegsgeschichte eine Geldquelle gemacht haben, mit diesem Buch nicht beschäftigen, denn es wäre ihre Aufgabe gewesen, es zu schreiben. Aus ihren Reihen kommt bis auf den heutigen Tag der Ruf zu uns, daß Deutschland während des Krieges keinen starken Mann gehabt hätte und ist doch jeder von ihnen wie Napoleon in Stellungen gewesen, aus denen Anlauf und Erfolg möglich gewesen ist.

Von der Stirn des Deutschen soll die Unbeflecktheit eines jungen befreiten und gewissensreinen Volkes leuchten und dieses Volk kann nur von nicht belasteten Führern geleitet werden.

Berlin, im November 1933.

Gottfried Zarnow.

Einleitung

Ist die deutsche November-Revolution noch nötig gewesen, mit anderen Worten: konnte sie uns, als sie wie griechisches Feuer Deutschland überfiel, freier machen, als wir seit Ende Oktober 1918 geworden waren?

Die Urheber und Nutznießer der Revolution führten als Jünger von Karl Marx dessen Lehren je und je im Munde, nur eine seiner Meinungen über Revolutionen und ihre Gesetze[1]) schien vergessen worden zu sein:

„Die Zeit jenes Aberglaubens, der Revolution der Böswilligkeit einiger Agitatoren zuschrieb, ist längst vorbei. Heutzutage weiß jedermann, daß überall, wo revolutionäre Erschütterungen auftreten, ein gesellschaftliches Bedürfnis dahinter sein muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen gehindert wird..."

Die deutsche Revolution ist das Werk böswilliger Agitatoren und diese haben sie entfacht, nicht um ein „gesellschaftliches Bedürfnis" zu befriedigen oder um „überlebte Einrichtungen" zu beseitigen, sondern die Schuldigen wollten nicht die Herrschaft über die Massen und dadurch den Anspruch auf Macht und Genuß verlieren.

Diese, mehr Füchse als Führer, begehrten für das Volk die politischen Rechte nach dem Vorbild der westlichen Demokratien. Auch diese Demagogie läßt sich mit den eigenen Worten der „Füchse" entlarven. In dem offiziellen Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg für die Geschäftsjahre 1914/17, den aber die Arbeiter kaum zu Gesicht bekommen dürften, findet sich (Seite 3) folgendes Bekenntnis: „Die Entente mag noch so laut und aufdringlich von der Befreiung fremder Völker reden — in Deutschland gibt es nicht einen Arbeiter, der das heuchlerische Spiel, das sie mit der Demokratie treibt, nicht durchschaute."

Lag es hiernach im Interesse des Vaterlandes und diesmal besonders des deutschen Arbeiters, wenn seine Führer ihn mit agitatorischen Phrasen betäubten, um ihn unzufrieden zu machen?

Aber noch zu einer dritten Betrachtung zwingt die sozialistische Revolutions-Literatur. In ihr[2]) wird gelehrt:

„Unter Revolution versteht man die gewaltsame Veränderung des Ver-

[1]) „Revolution und Kontrerevolution", 1851, S. 1. (Der eigentliche Verfasser ist Friedrich Engels.)

[2]) G. Lenz, zitiert bei Dr. W. Lamp'l: „Das Recht der deutschen Revolution", Hamburg 1921. S. 22.

fassungsrechts durch solche Angehörige des Staates, die nicht Träger der Staatsgewalt sind."

Die deutsche Revolution im Sinne Eberts, Scheidemanns usw. bezweckte garnicht mehr die gewaltsame Veränderung der Verfassung, denn die war freiheitlich wie je eine der Welt geworden, sondern sie richtete sich gegen die Vaterlandsverteidigung und sie ging erst in zweiter Linie von Angehörigen des Staates aus, denn die deutschen „Revolutionäre" waren Werkzeuge der politischen Internationale.

Der Deutsche ist bis zum 9. November 1918 ein freier, sein Schicksal selbst bestimmender Mann gewesen, die Revolution hat ihn zum Paria unter den Völkern gemacht und zum Sklaven jener Sieger, deren einziger Sieg über uns die deutsche Revolution selbst werden sollte.

Die kriegsmüde Stimmung, wie sie die Sozialdemokratie seit 1916 pflegte und schließlich zur kriegsfeindlichen Agitation steigerte, zermürbte den Widerstandswillen und stellte jenes Heer „Defaitisten", das in Frankreich Sträflinge, bei uns aber Minister lieferte.

Die sozialdemokratischen Staats- und Unterstaatssekretäre haben seit ihrem Eintritt in die Reichsregierung am 2. Oktober 1918 nachweisbar nicht das geringste getan, um für die Beseitigung der inneren Spannungen in Deutschland etwas oder gar mehr zu tun, als die bisherige Reichsregierung auch schon getan hatte. Es läßt sich sogar aus dem Weißbuch der Regierung nachweisen, daß Scheidemann, der seit Kriegsbeginn im Reichstag und in vielen öffentlichen Versammlungen den Mund immer voll genommen hatte, in der großen gemeinsamen Sitzung vom 17. Oktober 1918 (Reichsregierung und OHL) selbst auf direkte Fragen Ludendorffs keine Vorschläge für die Hebung der Volksstimmung gemacht hat.

Vielleicht wollte Scheidemann auch keine Vorschläge zur Hebung der Volksstimmung machen, um nicht Pläne zu durchkreuzen, die im Parteivorstand der SPD. seit langer Zeit behandelt wurden. Die intransigente Haltung Scheidemanns in dieser großen und entscheidenden Sitzung wiederholt sich am 7. November, an dem er und Ebert dem Reichskanzler Prinz Max von Baden ein zeitlich kurz befristetes und sachlich unerfüllbares Ultimatum übergaben. Prinz Max von Baden schreibt darüber in seinen Erinnerungen:

„Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näher rücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang,

meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen.

Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten, ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können, auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie dem Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfront halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe."

Die Tragödie, die Prinz Max von Baden so vorsichtig andeutet, erkennt man in ihrer Schauerlichkeit erst aus den übereinstimmenden Meldungen, daß in allen Betrieben Berlins noch am 8. November Ordnung herrschte und gearbeitet wurde, daß Berlin sich zu halten schien, trotzdem es überall in Deutschland brannte.

Das Ultimatum Ebert-Scheidemann hat den letzten Damm eingerissen, an dem die revolutionären Wellen sehr wahrscheinlich zum Stillstand gekommen wären. Das Ultimatum ist national gesehen ein Verbrechen an dem noch kämpfenden Heer gewesen, denn Scheidemann hat dem damaligen Preußischen Innenminister Dr. Drews nach dessen Rückkehr aus dem großen Hauptquartier gleichmütig erklärt, daß seine Partei mit der Forderung des Thronverzichts den „Unabhängigen" habe zuvorkommen wollen, denn diese hätten die Thronfrage aufwerfen und die Republik ausrufen wollen.

Auch Scheidemanns Staatsstreich am Mittag des 9. Novembers (Ausrufung der Republik) ist keineswegs das Ergebnis einer, nämlich seiner eigenen staatspolitischen Überlegung gewesen oder gar einer gründlichen Beratung mit Staatsmännern und Politikern, sondern als Scheidemann in den Mittagsstunden des 9. November bei seiner „dünnen Wassersuppe" im Speisesaal des Reichstages hörte, Karl Liebknecht werde die Räterepublik ausrufen, da eilte er, um die Konkurrenz wie zuvor schon mal, um eine Kopflänge zu schlagen.

Mit Recht gehörten Urheber und Träger staatlicher Umwälzungen seit je zu den umstrittensten Persönlichkeiten der Geschichte; vierzehn Jahre sind die deutschen Revolutionäre von ihrem großen Anhang verherrlicht worden, die Büste Otto Brauns stand noch 1932 im Vorraum des Preußischen Landtages.

Im Herbst 1928 wurde allen Ernstes der Plan behandelt, den 9. November 1918 in einem heroisch ausgestalteten Film als wertvollstes Geschichtsdokument der Nachwelt zu übergeben. Dieser Film ist nicht gedreht worden und das ist schade, weil dadurch die politischen — Revolutionsgewinnler in bewegter Pose uns nicht erhalten worden sind.

Das deutsche Heer hat in dem größten aller Kriege der Weltgeschichte gegen die Übermacht einer Welt Ungeheures geleistet, im Standhalten gegen das Übermaß von physischer und materieller Vernichtungskraft durch unerschütterliche Hingabe, durch Todesmut und durch Todesverachtung alles übertroffen, was die Geschichte kennt. Und dazu kommen unbeschreibliche Plagen durch ein deutsches Gaunertum hinter der Front, wie es die Geschichte auch nicht kennt. Heimkrieger, deren Herz hart wurde beim Anblick des ungenannten Helden des Weltkrieges.

Das deutsche Heer hat seine Ehre auf dem Schlachtfelde nicht verloren, der Adel und das Bürgertum daheim haben ihre eigene Ehre ohne Scham geopfert: während des Krieges und in der Revolution.

Das Schuldbewußtsein der politischen Revolutionsgewinnler und späteren Machthaber in Deutschland enthüllt sich in dem umfangreichen Werk, das vom Kabinett Müller als „Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag am 11. August 1929" (unter dem Titel „Deutsche Einheit — deutsche Freiheit") dem deutschen Volk gewidmet worden ist:

Das Wort Revolution steht nicht in dem dicken Buch.

Dadurch wird zwischen dem Kriegsbrief eines gefallenen Studenten vom 4. Juli 1915 und der Kundgebung Eberts am 9. November 1918, die größte Tragödie eines großen Volkes und wird die geschichtliche Schuld der Sozialdemokratie — verschwiegen, unterschlagen!

Vierzehn Jahre lang stieg der Fluch aus Millionen Kehlen täglich zum Himmel, der Fluch wider und über jene, die Deutschland kampfunfähig machten und ehrlos — wehrlos.

Die Demokratie hat die Nation verraten und erwarb das Todeszeichen der Geschichte für ihre Stirn.

1. Die Matrosenrevolte 1917

„Hochverräter? — meinethalben.
Landesverräter? — das ist eine
infame Beschimpfung." Bebel.

Am 9. Oktober 1917 kapitulierte die Reichsregierung Michaelis vor den Landesverrätern Haase, Vogtherr und Dittmann, die als Mitglieder des Reichstages Matrosen, Aufwiegler ihrer Kameraden, empfangen und begünstigt hatten, statt von der verbrecherischen Absicht abzuraten oder der zuständigen Behörde Mitteilung zu machen.

Am 9. Oktober 1917 debattierten der Vertreter der Reichsregierung und der Reichskanzler selbst mit den Landesverrätern im Reichstag, statt sie verhaften und an ihnen ein heilsames Exempel statuieren zu lassen.

An diesem Tage hatte sich der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokratie mit dem vaterländischen Unterricht im Heer zu beschäftigen („Interpellation Antrick und Genossen"), ein Vorwand, um den deutschen Kriegsgegnern innerhalb der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, von der Tribüne des Reichstags herab und im Schutze der parlamentarischen Immunität der ganzen Welt den Beweis deutscher Zerrissenheit zu liefern. Als erster und hauptsächlichster Redner verunglimpfte der Abgeordnete Dittmann die nationale Abwehrfront und den deutschen Abwehrwillen, ein Mann, übersättigt vom Haß gegen den Ordnungs- und Obrigkeitsstaat und in der Stunde mit dem Brandmal des Landesverräters bereits schuld- und fluchbeladen, als er am 9. Oktober 1917 im deutschen Reichstag für das Ausland sprach.

Warum diese scharfe Kennzeichnung? Weil er von Ebert, dem Redner der Mehrheitssozialisten, der Reichsregierung gegenüber gedeckt wurde. Dittmann hatte versucht, gegen die Kriegsstimmung in der Heimat und im Heer zu agitieren und die ihm bekannte in der Marine vorhandene Neigung zur Meuterei zu beschönigen.

In dem folgenden ungekürzten Sitzungsprotokoll des Reichstages steht, was Dittmann in seiner vorhergegangenen Rede zu sagen vermieden hatte:

„Präsident: Das Wort hat der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Capelle.

v. Capelle, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, es ist leider eine traurige Tatsache, daß die russische Revolution auch einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verwirrt und revolutionäre Ideen bei ihnen großgezogen hat.
(Hört! hört! rechts.)

Der wahnwitzige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben und die ganze Flotte, die sämtlichen Mannschaften der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu verleiten,

(hört! hört! rechts, im Zentrum und links)

um auf diese Weise, eventuell unter Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen.

(Pfui! bei den Nationalliberalen und links.)

Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeknüpft haben.

(Erneute Pfui-Rufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, die Pfui-Rufe zu unterlassen!

v. Capelle, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Es steht aktenmäßig fest,

(na! na! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

daß der Hauptagitator hier im Reichstage

(stürmische Rufe: Hört! hört!)

im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokraten den Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr seine Pläne vorgetragen und Billigung gefunden hat.

(Pfui-Rufe. — Erregte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Abgeordneten haben zwar auf das äußerst Gefährliche des Vorgehens hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt,

(hört! hört! rechts)

aber ihre volle Unterstützung durch Übermittlung von Agitationsmittel zur Aufreizung der Flotte zugesagt.

(Pfui-Rufe rechts. Große Erregung. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte wiederholt, die Pfui-Rufe zu unterlassen.

v. Capelle, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Dieser Situation gegenüber war es meine erste Pflicht, das Eindringen des versprochenen Agitationsmaterials der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in die Flotte möglichst unmöglich zu machen.

(Bravo! rechts und links.)

Ich habe daher die zuständigen Kommandostellen ersucht, die Verbreitung dieses Agitationsmaterials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Meine Herren, über die weiteren Vorgänge in der Flotte will ich mich hier nicht auslassen. Einige wenige ehr- und pflichtvergessene Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Trotzdem will ich hier von der offenen Reichstagstribüne aus sagen, daß die umlaufenden

Gerüchte, die auch natürlich mir hinterbracht worden sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einen Augenblick in Frage gestellt worden,

(Bravo!)

und so soll und wird es auch bleiben.

(Lebhaftes Bravo.)

Die nationale Gesinnungslosigkeit der „Unabhängigen Sozialdemokraten"[1]) wird von einer moralischen Gewissenlosigkeit begleitet, die ohne Kenntnis der damaligen politischen Situation nicht erfaßt und beurteilt werden kann; diese muß kurz behandelt werden, um auch die nationalpolitische Zwiespältigkeit der Mehrheitssozialisten zu erkennen, die keineswegs in die deutsche Revolution hineingeschliddert sind, sondern von unterirdischen Strömungen seit 1916/17 mehr wußten, als sie offiziell bekundeten.

Ohne die russische Revolution im März 1917 hätte es für die deutschen Matrosen kein wirksames Vorbild gegeben, vielleicht auch keinen Anstoß zur Meuterei. Und ein Anstoß, ein Zusammenhang, zwischen Kronstadt und Kiel ist nachweisbar. Die Schuld der Sozialdemokratie aller Schattierungen beginnt bereits hier, weil alles unterlassen wurde, um das Überspringen der revolutionären Funken von Rußland nach Deutschland zu verhindern.

Der folgende Nachweis ist gedrängt gehalten, aber für die Erkenntnis der Situation ausreichend und zuverlässig:

Die Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie, die noch organisatorisch geschlossen die ersten Kriegskredite bewilligt hatte, erfolgte im März 1917.

Die spartakistischen Spaltpilze Karl Liebknecht und Julian Borchardt trieben ihre Mutterpartei (USP.) in den Radikalismus hinein und stellten die Verbindung zu den „Linksradikalen an der Wasserkante" (Knief) und zu den „Internationalisten" des Julian Borchardt her.

Liebknecht, Julian Borchardt und Knief unterhielten Beziehungen zu der bolschewistisch eingestellten „Internationalen Jugend" in der Schweiz: Münzenberg, Uljanow-Lenin und Sinowjew-Radomilsky! Diese unterhielten wiederum in Holland und Skandinavien Verbindungen. Die vielen Gruppen hatten ein gemeinsames Dach in der „Zimmerwalder Internationale", und sie knüpften ein international verzweigtes Netz, in dem russische und später deutsche Matrosen eingefangen wurden. Das wiederum konnte nur geschehen, weil in der Marine alle Vorbedingungen für eine erfolgreiche revolutionäre Propaganda gegeben waren, die Matrosen hatten viel freie Zeit, wurden mangelhaft beaufsichtigt und die Mannschaft

[1]) „Unabhängige Sozialdemokratie" = USP., linker radikaler Flügel der Sozialdemokratie.

war mit Elementen des Beurlaubtenstandes durchsetzt, die seit Jugend gegen jede staatliche Ordnung eingestellt waren. Diese und andere Verhältnisse begünstigten es, daß sich die politisch und militärisch unzufriedenen Matrosen nach und nach eine Spitze geben konnten mit dem militärisch ungewöhnlichen Namen „Zentralkomitee der revolutionären Matrosen". Leitend wurde der „Fünferkopf", dem die Heizer und Oberheizer Reichpietsch, Köbes, Beckers, Weber und Sachse angehörten.

Im Hinblick auf die Haltung der Parteien zu den politischen Strömungen in der Marine ist die parteipolitische Einstellung der führenden Matrosen vielleicht aufschlußreich. Weber zählte sich zu den Mehrheitssozialisten, Reichpietsch zu den Unabhängigen, Sachse zu den „Internationalisten", Köbes und Beckers schließlich sollen ultraradikale Anhänger jener verschwundenen Richtung von Sozialisten gewesen sein, in deren Reihen einst Johann Most mit seiner „Revolutionären Kriegswissenschaft" Anhänger gefunden hatte.

Der Oberheizer Sachse erklärte vor Gericht: „Die Geschichte des Kapitalismus lehrt, daß revolutionäre Bewegungen erfolgreich eingeleitet und stets begonnen haben auf den Schiffen der Kriegsflotte eines kapitalistischen Staates, Portugal, Frankreich und Rußland legen Zeugnis dafür ab."

Köbes schrie sein revolutionäres Bekenntnis in den Gerichtssaal, als man ihm Feigheit vorgeworfen hatte: „Ich habe als Anarchist mit ganzer Kraft dahin gestrebt, durch individuellen Terror die Flotte lahm zu legen und den Frieden zu erzwingen."

Am 2. August 1917 hatte das „Zentralkomitee" ein Flugblatt verbreitet, das ganz den revolutionären Geist der Bewegung in der Marine ausstrahlte. Es lautete:

„Kameraden der Flotte!

Im Morgenrot der russischen Revolution erwachen auch Deutschlands Matrosen. Nicht länger mehr wollen wir das Joch der Willkür und Unterdrückung, der Lüge und des Verrats tragen.

Flottenstreiks, Teilaufstände, signalisierten uns das Erwachen der Marine.

Statt der Kriegsflagge bei der Flaggenparade hißte man auf einem Schiffe schon

Schwapper und Pütz!

Die Bewegung muß weiter geführt werden.

Seht nach Kronstadt und Stockholm!

Die Herren vom Admiralstab erkennen die Gefahr, die in Eurem entschlossenen Handeln liegt.

Vollendet und eint durch Euren Kampf die ersten Teilsiege zum Endsieg! An die Arbeit, Kameraden der Flotte!

Nieder mit dem Krieg!

Euer Zentralkomitee."

Die kriegsgerichtliche Untersuchung und Verhandlung ergab, daß das „Zentralkomitee der revolutionären Matrosen" Verbindung mit den revolutionären Zellen unter den Werftarbeitern unterhielt und daß mit ihnen zusammengearbeitet wurde, um schon im Laufe des Jahres 1917 nach russischem Vorbild den Krieg gewaltsam durch die Revolution zu beenden!

Es ist festgestellt, daß die Parteileitungen der beiden sozialistischen Parteien vertraulich durch die Reichsregierung und durch ihre Parteifunktionäre in Kiel und Wilhelmshaven über die Matrosenmeuterei 1917 und deren Ausgang unterrichtet worden sind. — Das ist für die Beurteilung der Haltung, die von den Rednern wenige Wochen später (Oktober) im Reichstag eingenommen wurde, von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Enthüllungen des Admirals v. Capelle teilten die Fraktionen des Reichstages sofort in zwei Lager: die Redner aller bürgerlichen Parteien unterstützten die Reichsregierung, dagegen leugneten die öffentlich des Landesverrats beschuldigten Genossen Haase, Vogtherr und Dittmann. Ebert (für die SPD.) deckte sie und griff den Admiral von Capelle und den Reichskanzler Dr. Michaelis an. Um die Unverfrorenheit nachzuweisen, mit der Dinge, die später über Sein und Nichtsein der Nation entscheiden sollten, vor dem Volk verteidigt, beschönigt und gedeckt worden sind, soll vor Wiedergabe der Reichstagsreden hier erst folgen, was die Vertrauensmänner (sozialistische Parteifunktionäre) nach der 1918 geglückten Revolution, durch keine Rücksichten mehr gehemmt, über die Matrosenmeuterei 1917 ausgeplaudert haben.

Am 23. Dezember 1918, mithin zeitlich unmittelbar nach der Revolution, erschien in Kiel eine Broschüre[1]), deren Verfasser Lothar Popp und Karl Artelt als eingeschriebene Mitglieder der USP. und „Vorsitzende des Obersten Soldatenrats Kiel" bei der Entstehung der November-Revolution nach eigenem Urteil führend tätig gewesen sind. (Noske erwähnt sie in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp" wiederholt, auch andere Autoren des November 1918 bestätigen, daß Popp und Artelt am „Quell der Revolution" gestanden haben.) Die Broschüre wurde „dem Andenken der anläßlich der Marineerhebung im Jahre 1917 erschossenen Genossen Reichpietsch und Köbes gewidmet."

Das Vorwort enthält ein offenes Eingeständnis der landesverräterischen Arbeit, die von der USP. systematisch geleistet worden ist. Popp schreibt:

„Vorliegende Broschüre stellt eine kurze Zusammenstellung und Schilderung der revolutionären sozialistischen Bewegung der letzten Zeit in Kiel dar. Sie schildert den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse und zeigt vor allem die

[1]) „Ursprung und Entwicklung der November-Revolution. Wie die deutsche Republik entstand."

historische Rolle, die die Unabhängige sozialistische Partei bei den Ereignissen gespielt hat. Nirgends zeigt sich aber der Zusammenhang zwischen der deutschen Novemberrevolution und der zielbewußten revolutionären Propaganda der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands deutlicher als gerade in Kiel.

Es sind die Eindrücke geschildert, wie sie als Augenzeuge und Mitbeteiligter aus den Ereignissen heraus empfunden sind."

Die Überschrift „Die Marinerevolte 1917", die Popp und Artelt für den ersten Abschnitt wählten, sagte deutlich, daß in den eingeweihten Kreisen der Revolutionäre über Charakter und Ziel der 1917er Bewegung keine Unklarheit vorhanden gewesen ist. Deshalb und weil die Darstellung bestätigt, was die Admiralität behauptet hatte, die Unabhängigen aber geleugnet und die Mehrheitssozialisten bagatellisiert haben, soll der erste Abschnitt unverkürzt wiedergegeben werden:

„Die Marinerevolte 1917

Die „Leipziger Volks-Zeitung" und einige andere Organe der USP. hatten eine weite Verbreitung in der Marine gefunden. Regelrechte Organisationen der USP. waren innerhalb der Marine entstanden. Große Hoffnungen wurden an die Ereignisse in Stockholm geknüpft. Die Genossen Reichpietsch, Köbes und andere traten an den Vorstand der USP. in Kiel und Berlin heran zwecks Fühlungnahme und Erhalt von Agitationsmaterial. Das Ziel der Bewegung war schon damals die Erzwingung des Friedens und die Durchführung der sozialistischen Revolution. Aber Verrat und Unvorsichtigkeit führten zur vorzeitigen Entdeckung der geplanten Erhebung. Die Genossen Reichpietsch und Köbes wurden erschossen, über viele andere langjährige Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt. (Insgesamt über 400 Jahre Zuchthaus.)

Der damalige Vorsitzende der USP. in Kiel, Genosse Güth, erhielt 5 Jahre Zuchthaus, Genosse Sens 6 Monate Gefängnis, 27 Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der USP. wurden mit sofortiger Einziehung zum Heeresdienst bestraft. Gegen die Genossen Henke, Haase, Dittmann, Vogtherr und andere wurde eine Untersuchung eingeleitet. Genossin Zietz war längere Zeit in Untersuchungshaft.. Die Sache hatte ein Nachspiel im Reichstag, bei dem die Regierung recht schlecht abschnitt.

Es war also den Machthabern noch einmal gelungen, das Heft in der Hand zu behalten. Die Situation aber blieb nach wie vor äußerst gespannt. In die entstandenen Lücken traten sofort neue Genossen. Alle diese schweren Todes-

und Kerkerstrafen waren nicht imstande, uns zu entmutigen. Nachdem die Genossen den Vorstand und den Vertrauensmännerkörper wieder aufgerichtet hatten, gingen sie, wenn auch mit größter Vorsicht, wieder an den Aufbau. Viele Kameraden der verurteilten Matrosen traten an den Vorsitzenden, Genossen Strunk, heran, und dieser versorgte sie dann mit dem nötigen Material. Von Friedrichsort aus arbeitete der Genosse Vögeding sehr erfolgreich weiter. Ihre Absicht war es, beim nächsten Streik loszuschlagen, den Krieg durch die Revolution zu beenden und alle Genossen im Lande, die infolge ihrer politischen Tätigkeit hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachteten, zu befreien. Bei den Zusammenkünften unterbreiteten die Genossen den Soldaten folgenden Plan, der auch die lebhafteste Unterstützung der Marinesoldaten fand. Genosse Strunk erbot sich, mit einem kleinen Teil der Marinesoldaten den Gouverneur zu verhaften. Genosse Vögeding sollte das Rathaus besetzen, ferner je ein Genosse die Post und den Bahnhof. Auf diese Weise hoffte man Blutvergießen zu vermeiden. Soldaten verschiedener Waffengattungen standen in größerer Zahl zur Verfügung. Es wäre also im Januar[1]) ein leichtes gewesen, die Revolution in Kiel zu entfachen und erfolgreich ins Land hinein zu tragen. Die in Frage kommenden Genossen wurden aber gleich zu Beginn des Streiks verhaftet und dadurch die Ausführung des Planes verhindert."

Es muß angenommen werden, daß die Mehrheitssozialisten durch den in Kiel 1912 in den Reichstag gewählten Legien erfahren hatten, wie der erste Revolutionsversuch abgelaufen war. Hiermit vergleiche man, was Haase, Vogtherr und Dittmann zu ihrer Verteidigung am 9. Oktober 1917 im Reichstag vorbrachten:

Haase: „Über unserer politischen Tätigkeit irgend ein Dunkel zu lassen, habe ich keinen Anlaß. Alles, was vorgekommen ist, will ich offen darlegen, und ich stelle gegenüber der Behauptung des Herrn Staatssekretärs folgendes fest:

Im Sommer dieses Jahres hat mich eines Tages auch der erwähnte Matrose gesprochen. Er hat über die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten, bittere Klage geführt. Er hat auch erzählt von der starken Unzufriedenheit unter den Matrosen und von der großen Erbitterung, die sich ihrer bemächtigt hat. Dabei hat er ferner gesagt: Die Matrosen, namentlich diejenigen, die lange Zeit dienten, empfänden den Mangel an geistiger Anregung schwer; sie hätten jetzt aber in sehr großer Zahl auf die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abonniert, läsen sie eifrig, und sie gäbe ihnen Anregung. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften am

[1]) Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918; siehe Kapitel 5.

Lande politische Verhandlungen zu pflegen. Zu diesem Zweck wäre es ihm erwünscht, Literatur zu haben. Obwohl, meine Herren, politische Unterhaltungen am Lande an sich erlaubt sind, solche Unterhaltungen jetzt ja, wie die Verhandlungen der letzten Tage bewiesen haben, sogar amtlich mit Hochdruck betrieben werden, so habe ich doch — das ist richtig — diesen Matrosen darauf aufmerksam gemacht, daß das an sich Erlaubte unter den besonderen Bedingungen, unter denen er lebte, gefährlich sein könnte, und habe ihn zur Vorsicht gemahnt, also gewarnt. Ich stelle danach anheim, meine Herren, die Behauptungen des Herrn Staatssekretärs in ihrem richtigen Wert zu würdigen. Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig, hier zu erklären, daß er den Eindruck eines frischen, mutigen jungen Mannes mit hohen Gedanken machte, und daß ich, der ich sonst gar keine Beziehungen zu ihm hatte, auf das tiefste erschüttert war, als ich hörte, daß er wegen Verfolgung seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen."

Nach Haase sprach Vogtherr; er zitierte die schweren Beschuldigungen des Staatssekretärs und bekundete damit, daß er sie in ihrer Tragweite voll verstanden hatte; statt sie zu entkräften oder zu widerlegen, verfolgte er die gleiche Taktik seines Freundes Haase, er lenkte ab und behauptete zum Schluß:

„Herr Staatssekretär, so, wie Sie das hingestellt haben, mußte der unbefangene und oberflächliche Hörer daraus entnehmen, daß gerade aus dem von uns gegebenen Material der Plan zur Gehorsamsverweigerung, der Plan zur Lahmlegung der Flotte, der Plan zur Erzwingung des Friedens indirekt hervorgegangen ist.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Ich fordere den Herrn Staatssekretär auf, mir auch nur eine einzige Schrift und in einer solchen Schrift auch nur ein einziges Wort zu zeigen, aus dem geschlußfolgert werden kann, daß auch nur indirekt eine derartige Beziehung zwischen den Anklagepunkten gegen jene beklagenswerten Männer und meiner und unserer Tätigkeit als Abgeordnete bestehen."

Dittmann leugnete noch dreister und redete noch unbekümmerter an dem Kern der Sache vorbei:

„Auch mich haben in meiner Privatwohnung, im Bureau, hier im Reichstage Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht und haben mir ihre Klagen und Beschwerden über die Zustände auf den Schiffen und im Heere vorgetragen, indem sie mich baten, mich ihrer und ihrer Interessen anzunehmen." (Er will sie gut beraten haben). „Ich glaube, dazu wird man

wohl noch berechtigt sein. Der Herr Staatssekretär Capelle hat aber diese Tatsache hier in einem Zusammenhang vorgebracht, als wenn ich und die Kollegen Haase und Vogtherr den betreffenden Matrosen geraten hätten, sie möchten den angeblich von ihnen gehegten Plan ausführen, sie möchten nur recht vorsichtig dabei sein. Meine Herren, auch ich lasse mir als Reichstagsabgeordneter das Recht nicht nehmen und verkümmern, mich der Interessen aller derer, die sich wegen irgend welcher Beschwerden an mich wenden, anzunehmen, auch durch den Herrn Staatssekretär Capelle lasse ich mir dieses Recht nicht beschränken und auch nicht durch den Herrn Reichskanzler.

Der Staatssekretär v. Capelle hatte von Meuterei gesprochen, die Parlamentarier aber sprachen von Beschwerden der Leute über schlechtes Essen, schlechte Behandlung und dergleichen; sie sprachen übereinstimmend von „Matrosen" und nicht von ihren „Genossen", um den Verdacht politischer Gemeinschaft und Beziehungen im Reichstag garnicht erst aufkommen zu lassen.

Diese persönliche Feigheit und Flucht vor der Verantwortung einerseits und andererseits die Gewissenlosigkeit, Tote der Lüge zu verdächtigen, veranlaßten den Staatssekretär von Capelle, die Schlinge noch enger zu ziehen. In dem stenographischen Sitzungsbericht heißt es wörtlich weiter:

„Vizepräsident Dr. Paasche: Der Herr Staatssekretär hat jetzt das Wort!

v. Capelle, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Meine Herren, ich will nur eine Vernehmung vorlesen. Einer der Hauptbeschuldigten sagt aus — —

(Lebhafte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen!

v. Capelle, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts, Bevollmächtigter zum Bundesrat: Der Betreffende sagt aus:

Auch ich persönlich habe den Abgeordneten Dittmann im Reichstage aufgesucht, nachdem Reichpietsch bei ihm gewesen war. Ich habe mich ihm gegenüber damit legitimiert, daß ich auf Reichpietsch hinwies, und auch gesagt, daß ich in derselben Angelegenheit käme. Dittmann zeigte sich unterrichtet und erfreut und sagte, wir sollten nur so weiter machen, aber große Vorsicht üben.

(Hört! hört! rechts. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Über seine Zusammenkunft mit den Mitgliedern der Partei hat mir Reichpietsch folgendes erzählt: er ist nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der teilgenommen haben Dittmann, Vogtherr und Haase. Reichpietsch hat dann den Plan und die bisherigen Erfolge der Organisation den Versammelten mitgeteilt, die nach seiner Mitteilung davon ganz begeistert gewesen seien.

(Hört! hört! rechts. — Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Nach Besprechung der Einzelheiten der Organisation haben die Abgeordneten sich Reichpietsch gegenüber dahin ausgesprochen, daß es sich bei dieser Organisation um eine verbotene und strafbare Handlung drehe, sie sei sehr gewagt, er solle sich sehr vorsehen. Was an ihnen liege, so würden sie seine Agitation in jeder Weise, insbesondere durch Broschüren und sonstige Lektüre unterstützen.

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Hört! hört! rechts.)

Ferner erscheint vorgeführt der beschuldigte Reichpietsch und erklärt auf Befragen:

‚Ich gebe jetzt auch zu, nicht nur mit dem Abgeordneten Dittmann in dessen Bureau, sondern auch im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit den Abgeordneten Haase, Vogtherr und Dittmann zusammengekommen zu sein. Was im einzelnen verhandelt ist, will ich mir noch überlegen. Ich bitte, mich dann heute Nachmittag vorführen zu lassen.‘

Am Nachmittag erklärte der Betreffende — nach Verlesung der Aussage des Angeklagten Sachse:

‚Soweit sich diese Aussagen auf mich beziehen, sind sie richtig. Das soll heißen: ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern es hat sich so in Berlin zugetragen.‘

(Erregte Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten. — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)“

Die so als Landesverräter entlarvten Unabhängigen Haase, Vogtherr und Dittmann, von allen bürgerlichen Abgeordneten moralisch fallen gelassen, fanden nur Unterstützung bei den Mehrheitssozialisten, denn deren Haupt, Ebert, kam ihnen zu Hilfe und diese Tatsache ist interessant im Hinblick auf die Rolle, die Ebert wenige Monate später, Januar 1918, im Munitionsarbeiterstreik gespielt hat. Nachdem er zunächst das amtliche Material als nicht schlüssig und nicht einwandfrei bezeichnet und zuletzt, statt von der amtlich behaupteten Meuterei, nur von der Wahrnehmung persönlicher Interessen der Soldaten und Matrosen auch durch seine Partei gesprochen hatte, wetterte er gegen den Staatssekretär und gegen die Reichsregierung also:

„Aber auch selbst wenn das Material schlüssig gewesen wäre, hätte dieses Vorgehen noch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Reichsregierung glaubt, daß einzelne Mitglieder dieses Hauses sich gegen die Strafgesetze vergangen haben, dann hat der Reichstag in seiner Geschäftsordnung einen geregelten Weg vorgeschrieben, wie das Verfahren einzuleiten ist.

(Sehr richtig!)

Es ist unerhört, ohne die Angeschuldigten vorher zu unterrichten, plötzlich mit so schweren Anklagen vor aller Öffentlichkeit im Parlament hervorzutreten.

(Sehr richtig!)

Dieses Vorgehen müssen wir auf das allerentschiedenste verurteilen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie ist nun das Vorgehen an sich sachlich begründet? Nach dem Material, das der Herr Staatssekretär der Marine hier vorgetragen hat, muß ich erklären, daß die von ihm erhobenen Anklagen nicht gerechtfertigt sind. Daß Soldaten mit Parlamentariern verhandeln, ist eine Erscheinung, die im Kriege besonders lebhaft zutage getreten ist. Mit den Kollegen meiner Fraktion, mit der Fraktionsleitung verkehren Hunderte und Tausende von Soldaten schriftlich und mündlich. Weiter aber ist, soweit ich das Material beurteilen kann, das der Herr Staatssekretär der Marine vorgetragen hat, gegen die Unabhängige Partei nichts festgestellt. Deshalb scheint uns auch sachlich das ganze Vorgehen durchaus ungerechtfertigt zu sein, und wir müssen es entschieden mißbilligen.....

Und ich spreche es weiter offen aus: jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden.

(Lebhafte Zustimmung und Bravo links.)

Sollte aber die Reichsleitung wirklich eine solche Politik einschlagen, wie sie der Herr Reichskanzler angekündigt hat, so werden wir es als unsere höchste Aufgabe betrachten, sie mit dem Einsatz unserer ganzen Kraft und unseres ganzen Pflichtbewußtseins auf das rücksichtsloseste zu bekämpfen."

(Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Ebert, der so redete, war immerhin Führer der damals größten deutschen Partei, er sprach wenige Wochen nach den schweren Kämpfen des Sommers 1917, die das deutsche Heer siegreich überstanden hatte. Das Ausland mußte daraus schließen: Landesverrat und Matrosenrevolte werden in Deutschland nicht mehr tragisch genommen und lediglich nach dem Nutzen bewertet, den die „Internationale" davon hat.

Der Reichstagsabgeordnete Mertin (Reichspartei) machte den beschuldigten Abgeordneten folgenden Vorschlag: „Es müßte der dringende Wunsch der drei

Herren sein, so schnell wie möglich die gerichtliche Verhandlung (gegen sich) herbeizuführen." Der stenographische Sitzungsbericht bemerkt an dieser Stelle:

„(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)"

Damit dieses Lachen nicht falsch gedeutet wird, soll noch eine frühere Stelle aus dem Sitzungsbericht wiedergegeben werden. Zu Beginn der Aussprache über die erste Enthüllung des Staatssekretärs von Capelle hatte ein konservativer Abgeordneter gesprochen:

„Kreth, Abgeordneter: Meine Herren, ich hätte gegenüber den Reden, die die drei Herren von der Unabhängigen Sozialdemokratie gehalten, auf manches gern verzichtet,

(Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten)

wenn sie die Freundlichkeit gehabt, zu erklären, sie verlangten von dem hohen Hause, daß ihre Immunität in diesem Falle aufgehoben und die strafrechtliche Verfolgung gegen sie eingeleitet würde.

(Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Das würde die einzige Möglichkeit gewesen sein, die Unrichtigkeit dieser ungeheuren Beschuldigung, die gegen sie erhoben ist, festzustellen und nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als wenn im Deutschen Reichstage Hochverräter wären, die mithelfen, die deutsche Flotte dem Feinde auszuliefern."

Das ist denn genau 13 Monate später doch Tatsache geworden, die Sozialdemokraten aller Schattierungen haben gelacht und Scheidemann konnte am 9. November 1918 frohlocken:

„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt."

Ebert hatte lediglich als Parteivorsitzender, nicht als Führer einer Fraktion, als Parteitaktiker und nicht als Nur-Deutscher gesprochen, denn am 14. Oktober trat der Parteitag in Nürnberg zusammen und er mußte von Seiten der Parteileitung der Stimmung entgegenkommen, die sich nach und nach immer unbequemer entwickelt hatte: das war der Zulauf, den die USP. täglich gewann; er mußte nachweisen, daß er mindestens ebenso radikale Ansichten gegenüber der Regierung vertrete wie Haase, Dittmann und Vogtherr.

Das kennzeichnet die Genossen Haase, Vogtherr und Dittmann als moralpolitisch ohne Skrupel: was ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, leugneten sie mit dem formalen Recht aller Angeklagten; sie leugneten aber auch das, was ihnen nachzuweisen war, denn gegen sie zeugten nur — Tote.

Das ist selbst bei kriminellen Gewohnheitsverbrechern selten der Fall, es gibt dagegen häufig Schwerverbrecher, die trotzig zu ihren Taten stehen, wie ihre Opfer Köbes und Reichpietsch!

Welche Antwort gibt es auf die Frage: Wie hätten sich die Verhältnisse im

November 1918 und vielleicht für Generationen entwickelt, wenn Haase, Vogtherr und Dittmann ihre Parteigenossen in der Marine zur Vernunft gebracht und in Zaum gehalten hätten?

Dokumente

Durch einen Aufruf des Oberheizers Beckers wurden Mitglieder für die USP. in der Marine gesucht, um die Stockholmer Tätigkeit dieser deutschen „Zimmerwalder" Gruppe (Haase, Dittmann, Ledebour, Ziętz u. a. m.) zu unterstützen.

Der Aufruf lautete:

„Am 15. August 1917 findet in Stockholm eine vertrauliche Friedenskonferenz statt, zu der die Vertreter der Oppositionsparteien aller Länder ihr Erscheinen zugesagt haben. Da nun unserer, das heißt der deutschen Oppositionspartei, der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" Deutschlands bekannt ist, daß sich innerhalb der Marine eine auf die Herbeiführung des Friedens gerichtete Strömung bemerkbar macht, die sogar in dem Zustandekommen einer seit langem schon bestehenden Organisation, welcher bereits eine sehr große Anzahl Mannschaften angehören, ihren deutlichsten Ausdruck gefunden hat, — so haben sich unsere oppositionellen Reichstagsabgeordneten bereit erklärt, bei Erörterung des Friedensproblems auf der Konferenz die sozialistischen Vertreter anderer Nationen von diesem Umstande in Kenntnis zu setzen. Nun ist wohl jedem klar, daß unsere Vertreter auf der erwähnten Konferenz nicht mit der bloßen Erwähnung dieser Tatsachen, sondern auch mit Zahlen operieren können. Um einen Erfolg zu erzielen, müssen sie imstande sein, so und so viele Tausende Marineangehörige als Parteimitglieder nachzuweisen. Um sie (sic!) also zu dieser Beweisführung zu verhelfen, ist es erforderlich, daß jeder, der in dem bisherigen Wirken der oppos. Partei die beste Gewähr sieht, seiner und des Volkes Interessen und der allgemeinen Friedenssache zu dienen, sich ihr als Mitglied anschließt. Das Verbandsbuch wird bei der Ortsgruppe in Kiel hinterlegt und dem Inhaber als Ausweis eine kleine Karte mit Namen und Verbandsbuchnummer ausgehändigt.

Also, Kameraden, schließt euch der Oppositionspartei als Mitglied an, damit sie mit größerem Nachdruck, als sie es bisher getan, die Regierung zur Herbeiführung von Friedensverhandlungen drängen kann."

Die Verbindungen zwischen Matrosen und USP.-Abgeordneten sind gerichtlich nachgewiesen worden, dagegen konnte diesen der Hoch- und Landesverrat nicht mehr nachgewiesen werden, da sie alle Beweisstücke rechtzeitig vernichten konnten. Deshalb mußte der Oberreichsanwalt (22. Januar 1918) resigniert

feststellen: „Zusammenfassend kann als Ergebnis der Voruntersuchung daher nur als nachgewiesen erachtet werden, daß die Angeschuldigten Zietz und ebenso die Abgeordneten Dittmann[1]), Haase und Vogtherr in hohem Maße die moralische Verantwortung für die Ausschreitungen tragen, die zu schweren Strafen gegen die Marineangehörigen geführt haben."

In den Gerichtsakten der Marine kehrt der Nachweis vielseitiger Beziehungen zwischen den zum Aufstand entschlossenen Matrosen und den USP.-Abgeordneten immer wieder; es muß dieser Hinweis genügen, aber zu erwähnen bleibt die Aussage des Matrosen Pfeiffer, der bekundete, daß „die Zentrale für die Marine in Kiel sitzt". Dadurch sind Popp und Artelt, die Kieler Parteifreunde der Berliner USP.-Leitung über alle Einzelheiten unterrichtet worden.

Der Oberheizer Sachse hat als Angeklagter vor Gericht ausgesagt:

„Das ausgesprochene Ziel des Reichpietsch war Erzwingung des Friedens durch Anwendung von Gewalt oder Generalstreik der Flotte..."

Die schuldigen Personen sind zweifellos auch unter den Angehörigen der „Linksradikalen an der Wasserkante" zu suchen. Wahrscheinlich ist, daß die Verbindung über Hamburg durch dänische Schiffe bewerkstelligt wurde. Der Amerikaner Johnson vom Nachrichtendienst der USA. kennt auch den Hamburger Jugendkreis und schreibt von Spionen der Entente, die bei ihm zu Gaste waren. Thomas M. Johnson schreibt in seinem Buch „Dunkle Wege"[2]): „Teilweise wurde die deutsche Revolution auch in einem Wirthaus in Hamburg ausgeheckt, das den Zusammenkunftsort der Revolutionäre bildete. Es war gewissermaßen eine Untergrundstation, aus der sie aus Deutschland heraus auf dänische Schiffe Nachricht gaben, welche Fortschritte ihre Pläne machten... Der alliierte Geheimdienst kannte das Einlaßwort zu dieser Zuflucht, ihre Agenten durften es aber nur in größter Gefahr benutzen..."

Noske ist zweifellos schon im Sommer 1917 über die politischen Fäden, die zwischen Mitgliedern der USP. und den Matrosen angeknüpft worden waren, unterrichtet gewesen, denn in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages im August 1917 hat er (nach Band 2 der Marinegerichtsakten S. 782) erklärt: „Ich meine, daß man scharf beobachten und alle Fäden zerschneiden muß; mehr aber nicht. Ich habe jüngst Vogtherr und Frau Zietz sehr betrübt zusammenstehen sehen; sie wissen von Verhaftungen in der Marine. Trotzdem werden sie nicht klein beigeben, sondern in ihrer Tätigkeit fortfahren.

[1]) Wenige Wochen nach diesem Einstellungsbeschluß stand Dittmann (Februar 1918) wieder vor dem Kriegsgericht, diesmal konnte er überführt, bestraft und unschädlich gemacht werden.

[2]) Stuttgart o. J., S. 213.

Man muß ihnen durch scharfe Aufmerksamkeit entgegen arbeiten." Auch Scheidemann wußte um die Fäden, denn seine Äußerungen vom 25. August 1917 beweisen es: „. . . hervorheben möchte ich aber, daß die Abgeordneten der USP. so schlau und so vorsichtig sind, daß man sie nicht wird fassen können. Sie werden auch die Spuren der Tat verwischen . . ."

Wie genau man im Auslande über die Marine-Meuterei orientiert war, wie geradezu glänzend das Spionagesystem unserer Feinde gearbeitet haben muß, geht aus den Akten ohne weiteres hervor. In Heft 4 der Marinekriegsgerichts-Akten S. 2039 findet sich ein längerer Bericht, der beweist, daß man in gewissen englischen Kreisen schon lange von dem Besuch der Matrosen bei den Abgeordneten unterrichtet war, bevor Staatssekretär von Capelle die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache brachte.

2. Die internationale Unterwelt

In der gesamten Revolutionsliteratur des In- und Auslandes ist eine systematische Untersuchung des politisch-unterirdischen Kanalsystems bisher nicht zu finden. Die hier versuchte Zusammenstellung wird vielleicht nicht ganz vollständig sein, jedoch gewährt sie schon einen Einblick in den grauenhaften moralischen Nihilismus, der Deutschland unterhöhlte und der nur übertroffen wird durch das, was in Versailles als künftiges Völkerrecht auf den Thron gehoben und moralisch heilig gesprochen wurde. Der Unterschied zugunsten der berufsmäßigen Verschwörer besteht aber darin: sie scheuen das Licht! Die Väter des Versailler Diktates jedoch beanspruchen für sich allein die Sonne, das Licht der Welt.

In solcher Beleuchtung stehen die Vereinigungen, Zentralen, Bünde usw., die im internationalen Schrifttum als sozialistisch-bolschewistisch und als Entente-Agenturen bekannt geworden sind und deren Aufgabe war, Deutschlands Heer und Heimat zu demoralisieren.

Es lassen sich 14 Zentralen und Vereinigungen nachweisen:

1. Die „Zimmerwalder Internationale" (Sitz: seit 1917 Stockholm) mit Angelika Balabanow als Sekretärin.

2. Die „Auslandsvertretung der Bolschewiki" (Sitz: seit 1917 Stockholm), unter Leitung von Karl Radek u. a. m.

3. Die „USP.", Unabhängige Soz. Partei. (Sitz: Berlin), der Lede-bour-Flügel offen, der Haase-Dittmann-Flügel geheim revolutionär.

4. Der „Spartakusbund", bis nach der Revolution von der USP. getarnt (Sitz: Berlin).

5. „Linksradikale an der Wasserkante" (Sitz: Bremen) mit Knief an der Spitze und als Herausgeber der „Arbeiterpolitik"; sie unterhielten enge Beziehungen zu Radek und Sinowjew.

6. Das „Zentralkomitee der revolutionären Matrosen" (Sitz: Geschwader vor Wilhelmshaven und Kiel, das in enger Verbindung mit den „Zimmerwaldern", mit den „Bremer Linksradikalen" und mit der „USP." stand.

7. Die „Internationalisten" (Sitz: Berlin) unter Leitung von Julian Borchardt, dem Herausgeber der politisch äußerlich harmlos aufgemachten „Lichtstrahlen", mit engen Beziehungen zu Lenin-Radek-Sinowjew.

PETERSBURG
A.-S.-B. RAT
STOCKHOLM
ZIMMERWALD. SEKR.
BOLSCHEWIKI
A.-S.-B. RAT
ENTENTE-NACHR.D.
KIEL
D. REVOL. MATROS.
BERLIN
BUND NEU VATERL.
D. REVOL. JUGEND
SPARTAKUS
D. REV. AKAD. JUG.
U. S. P. D.
LINKSRAD. d. d. W. K.
WIEN
AMSTERDAM
DESERTEURE
ENTENTE-NACHR.D.
BERN
REVOL. SOCIALDEM.
LONDON
ENTENTE-NACHR.D.
PARIS
DESERTEURE
ENTENTE-NACHR.D.
NEUYORK
AMERIK. NACHR.D.
DEM. DTSCH. AMER.

8. und 9. Die unter 1 bis 7 aufgeführten Gründungen hatten ihre politischen Rekruten und Kuriere in der von der sozialistischen „Arbeiterjugend" abgesplitterten „Opposition" und in der „Revolutionären akademischen Jugend"; beide hielten Verbindung mit der USP., mit dem „Spartakusbund" mit den „Zimmerwaldern" usw. sowie ganz besonders mit Münzenbergs „Jugendinternationale", in der Schweiz und waren tätig in der Flugblattherstellung, -verteilung, sowie beim Schub und der heimlichen Unterbringung von Deserteuren.

10. Der „Bund Neues Vaterland" (Sitz: Berlin), als „Friedensgesellschaft" deklariert, galt als „bürgerlich-sozialistisches Hauptquartier der werdenden Revolution": starke Verbindung nach dem Ausland; in der Leitung: Geheimrat Witting.

Ableger: politischer Salon der Gräfin Hetta Treuberg.

11. „Die Jugend-Internationale" in der Schweiz; Leitung: Willi Münzenberg; angeschlossen die Jugendorganisationen in Deutschland, Österreich, Rumänien, Schweiz, Holland, Skandinavien usw., verbunden mit den „Zimmerwaldern", „Bolschewiken", „Spartakusbund", „USP." und mit den nichtorganisierten revolutionären Sozialisten (wie Paul Levi).

12. Die „Freie Zeitung", Bern-Laupen und ihr Kreis mit dem ehem. Konsul Dr. Schlieben in der Leitung, und engen redaktionellen Beziehungen zum „Bund Neues Vaterland", zur „USP.", zu deutschen Überläufern in französischer Gefangenschaft; durch die Mitarbeiter Dr. Stilgebauer, Dr. Grelling, Dr. Rosemeier, Fernau usw. auch Beziehungen zum französischen Propaganda-Verlag Payot in Lausanne-Paris, ferner zum französischen, englischen und amerikanischen Nachrichtendienst.

13. In Frankreich Überläufer und Kriegsgefangene (Siegfried Balder-Dr. Eckstein-München usw.).

14. In Holland: „Deutsche Deserteur-Vereine" (Minster) mit der englischen Agentur Tinsley, das „Komitee der Flüchtlinge" mit Verbindungen zu dem französischen Nachrichten-Offizier Crozier-Desgranges, direkte Verbindungen auch zur „USP." (Minster-Haase) und mit den „Zimmerwaldern" in Stockholm; Geldtransporte nach Deutschland für die Revolutionäre.

In allen gleichviel wie und von wem über Krieg und Revolution geschriebenen Büchern kehren mit mehr oder weniger Klarheit die vorstehend aufgeführten Gründungen und Personen wieder, aber immer gegründet zur Arbeit am wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenbruch Deutschlands, weil der Feind nie damit rechnete und rechnen konnte, den deutschen Soldaten in offener Feldschlacht niederzuringen.

Die Sekretärin der „Zimmerwalder", Angelika Balabanow, schreibt z. B. über den Grund der Verlegung ihres Sekretariats aus der Schweiz nach Stockholm, daß der Schwerpunkt der revolutionären Tätigkeit für den Frieden nach Norden in die Nähe des Herdes der Revolution gelegt werden müßte, damit in der Hauptsache in Rußland und Deutschland gewirkt werden könnte.

Der französische Nachrichtenoffizier Crozier-Desgranges plaudert aus, daß er durch die holländischen „Zimmerwalder" mit den führenden sozialrevolutionären deutschen Deserteuren engste Fühlung bekommen habe und über deren revolutionäre Vorhaben laufend unterrichtet worden sei.

Das führende Mitglied des „Zentralkomitees der revolutionären Matrosen", der frühere Oberheizer W. Sachse, bekannte in seinem Aufsatz „Der Dolchstoß"[1]: „Nicht bekannt waren den Gerichten ... jene direkten Verbindungen, die Köbes, Beckers und ich über Wilhelmshaven hinweg mit den Mitgliedern des internationalen Sozialistenbundes hatten. Da wir nun wußten, daß es sehr gefährlich für die Bewegung sei, wenn die direkten Verbindungen von der Landbevölkerung zu den Schiffstruppen gestört seien, deckten wir im Prozeß unsere direkten Verbindungsleute (zum Sekretariat der Zimmerwalder Internationale in Stockholm) dadurch ab, daß wir die dem Gericht bekannten Tatsachen über die Verbindung mit den USP.-Abgeordneten als richtig hinstellten .... Es ist uns dadurch .... gelungen, unsere Bewegung zu schützen ... und so zur Ausreifung der revolutionären Bewegung bis zum 7. November (1918) mit beizutragen...." — — —

Das ist ein sehr wichtiges Geständnis; es bestätigt, daß die Matrosenrevolte 1917 tatsächlich mit ausländischer Hilfe entfesselt worden war. Der von Karl Radek in der „Freien Zeitung" unter der Überschrift „In memoriam Reichnitz" (Druckfehler für Reichpietsch) veröffentlichte Nachruf ist mehr als die übliche Erfüllung einer Pietätspflicht, denn der ehem. Oberheizer Sachse fährt in seinem „Dolchstoß"-Artikel fort: „Wir waren ja mit der Gruppe, der internationalen Sozialisten in Deutschland, mit denen Karl Radek Fühlung hatte, eng verbunden. .... Jawohl! Wir haben Verbindung gesucht mit unseren Klassengenossen im Ausland...."

Damit bestätigt Sachse das in der einleitend gebrachten Zusammenstellung nachgewiesene Gewebe: Die „Linksradikalen an der Wasserkante" und die russisch-bolschewistische Richtung hatten in der deutschen Marine ihre Zellen. Die von Knief-Bremen redigierte Zeitung „Arbeiterpolitik", in der die Bestrebungen und Ziele der „Linksradikalen an der Wasserkante" vertreten wurden, bezog laufend literarische Unterstützung von den Bolschewisten und finanzielle vom französischen Generalstab[2].

[1] „Neue Zeitung"-München vom 1. und 3. November 1925.

[2] Vergl. Desgranges: „In geheimer Mission beim Feinde".

Die revolutionäre Bewegung hatte an der deutschen Nord- und Ostseeküste festen Fuß gefaßt zu einer Zeit, als ein „Organisationskomitee der Internationalen Konferenz" die Vertreter der Arbeiterklasse aller Länder zuerst für Mai/Juni 1917 nach Stockholm einzuberufen versuchte. Diese Konferenz ist nicht zustande gekommen, da die französische, englische, italienische und nordamerikanische Regierung ihren sozialistischen Delegierten die Pässe versagten. Bis es soweit war, beschäftigte sich die Weltpresse mit diesen Versuchen, die Sozialisten aller Länder zu verständigen Verhandlungen an einen Tisch zu bringen und währenddessen konnten die bolschewistisch orientierten „Zimmerwalder" alte Verbindungen festigen und neue anknüpfen. Frau Balabanow berichtet u. a. darüber: „In Stockholm wimmelte es förmlich von Spionen, Agenten der verschiedenen Regierungen, enttäuschten Journalisten, Indiskreten aller Länder." Hier spazierte auch der französische Munitionsminister Thomas durch die Straßen, während deutsche Delegierte[1]), wie Haase, Stadthagen, Herzfeld, Cohn und Frau Schlesinger (für Österreich) sowie die Russen Radek, Ganetzky, Axelrod, Worowski usw. den Massenstreikbeschluß gegen den Krieg faßten, der sich, wie vorher schon nachgewiesen, vor allem in Deutschland auszuwirken hatte.

Die Propaganda-Literatur der internationalen Unterwelt

Die bibliographische Zusammenstellung der revolutionären Flugblätter, Broschüren, Zeitschriften usw. würde allein schon einen starken Band füllen. Die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" Berlin kannte im April 1916 bereits über 80 Titel. Allein der „Spartakusbund" verbreitete nach eigener Angabe[2]) — neben den „Spartakus-Briefen" (Handumdruck) und der Zeitschrift „Spartakus" 57 verschiedene Flugblätter im Kriege und außerdem noch Broschüren; ferner ließ die Entente weit über 500 verschiedene Broschüren, Flugblätter und gefälschte Soldatenbriefe in Massenauflagen drucken, neben einem halben Dutzend gefälschter deutscher Zeitungen und Zeitschriftennummern mit größten Auflageziffern durch Flieger abwerfen[3]).

Da es also nicht möglich ist, die hier angezeigte und vom Feinde verbreitete

---

[1]) Georg Ledebour, der Vater des Antrages, wird hier nicht erwähnt.

[2]) „Spartakus im Kriege". Berlin 1927.

[3]) Vergl. Drahn: „Bibliographie der Frontpropagandaschriften deutscher Sprache im Weltkrieg" (Entente) in den „Mitteilungen" des Verbandes deutscher Kriegssammlungen 1919 S. 36 ff. u. 128 ff. — Hanssi et E. Tonnelat: A Travers les lignes ennemies. Paris 1922. — Thimme: „Der Weltkrieg ohne Waffen." Stuttgart und Berlin 1932 usw.

Literatur nachzuweisen, wird nur eine Skizze gegeben, die aber den Vorteil der leichteren Übersicht hat. Darnach war

1. die „Zimmerwalder Internationale" die Informationssammelstelle und Spitzenorganisation für über 30 Minoritätsgruppen der verschiedensten Länder; sie brachte nur periodisch ganz geheim behandelte „Nachrichten" (Schreibmaschine) heraus.

Der Inhalt dieser „Nachrichten", in verschiedene Sprachen übersetzt und verbreitet, ist in Auszügen wiedergegeben in dem langen Aufsatz von A. Balabanow: „Die Zimmerwalder Internationale 1914—1919"[1]). Wie dieser Nachrichtendienst wirkte, zeigt u. a. der Aufruf vom 20. Juli 1917 in der schwedischen linkssozialistischen Presse[2]). Über Deutschland heißt es da: „In Deutschland finden fast tagtäglich Hungerunruhen statt. Obwohl sich die sozialistischen Führer mit aller Kraft widersetzen, kam es zu großen Munitions- und Werftarbeiterstreiks in Berlin, Leipzig, Bremen, Hamburg, Stettin, Essen und Düsseldorf, zu Grubenarbeiterstreiks in Rheinisch-Westfalen und Oberschlesien."

Der Nachrichtendienst der Zimmerwalder war somit zugleich eine Nachrichtenquelle für die Entente-Spionage.

2. Die „Auslandsvertretung der Bolschewiki", bis Frühjahr 1917 in der Schweiz, dann in Stockholm, gab von Beginn des Krieges an selbständige Literatur heraus und ließ durch seine Mitglieder revolutionäre Artikel in die radikale Presse der Schweiz, Österreichs und des feindlichen Auslandes bringen.

Eine besondere Rolle spielten während der Brester Friedensverhandlungen die als Flugblätter verausgabten Funksprüche der Bolschewisten: „An Alle!"! Für die Verbreitung dieser Literatur sorgte die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. 1918 errichteten die Russen „Auslandsvertretungen" auch in Deutschland, so war in der russischen Botschaft in Berlin u. a. Julian Borchardt tätig, in der Nachrichtenagentur Emil Eichhorn und Tony Breitscheid. Von hier aus wurde ganz Deutschland bearbeitet.

3. Das von der USP. gedruckte radikale Flugblattmaterial und die in Sonderdruck als Broschüren hergestellten revolutionären Reichstagsreden wurden in großen Mengen als Fliegerabwurf-Schriften über der deutschen Front verbreitet.

4. Der „Spartakusbund" war die eigentliche Stelle, die die Literatur des „Bewaffneten Pazifismus" in Flugblattform und unter fingierten Druckern und Verlegern herstellte und in Vertrieb setzte.

5. Die „Linksradikalen an der Wasserkante" verbreiteten hauptsäch-

[1]) Grünberg „Archiv" Leipzig 1926 XII. und 1928 XIII. Jahrgang.

[2]) „Archiv" XII. S. 382.

lich die „Arbeiterpolitik". Sie hatten in Hamburg Beziehungen zu Laufenberg und Wolffheim, zwei gemeinsam arbeitende Literaten, die 1915/16 mehrere politisch-oppositionelle Broschüren verfaßt hatten. Nach dem Kriege vertraten sie, gleichfalls von Hamburg aus, einen sehr agressiven nationalen Bolschewismus.

6. Das „Zentralkomitee der revolutionären Matrosen" beschränkte sich meist auf die Verbreitung von USP.- und Spartakus-Flugblättern, Zeitungen und Broschüren auf den Kriegsschiffen. Ihre eigenen Flugblätter waren ganz primitiv in Gummistempel-Typendruck hergestellt.

7. Die „Internationalisten" in Berlin hatten ihre eigene, vorsichtig gehaltene Literatur in einigen Borchardt-Broschüren („Woher kommt das Geld zum Kriege" usw.), den „Lichtstrahlen" und den ganz geheim verbreiteten kleinen „Luzifer-Briefen", die als harmlose Geschäftsbriefe durchgingen.

8. Der „Bund neues Vaterland" kam zu Beginn des Krieges mit einer Serie von Broschüren heraus, die von Eisner, Prof. Schücking, v. Tepper-Laski usw. verfaßt waren und bald verboten wurden. Die eigentliche Tätigkeit begann durch die Mitglieder im Auslande im Kreise der „Freien Zeitung": Dr. Grelling, Dr. Schlieben u. a. m. Charakteristisch ist, daß die so entstandenen Bücher und Broschüren von der französischen Propagandastelle gleichfalls häufig zum Nachdruck als Fliegerabwurf-Literatur erworben wurden (Auflagen von 100000—200000 Exemplaren.). In Deutschland betätigten sich Leute wie Hauptmann von Beerfelde und Kapitänleutnant a. D. Paasche durch Vervielfältigung der Lichnowsky-Schrift.

9. Die „Jugend-Internationale" gab in der Schweiz die gleichnamige Zeitschrift heraus, die in mehreren Sprachen erschien. Die Höhe der deutschen Auflage wird auf 15 000 bis 20 000 geschätzt. Die Verfasser der Artikel sind meistens radikale Autoren. Die in der Zeitschrift veröffentlichten Berichte über die „Lage" in den verschiedenen Staaten sind ähnlich gehalten, wie im Nachrichten-Organ der „Zimmerwalder" und sind eine erstklassige Quelle für den Nachrichtendienst der Entente gewesen.

10. Die „Freie Zeitung", sie erschien erstmals am 14. April 1917, brachte fast ausschließlich Beiträge aus der Feder demokratisch-sozial-revolutionärer Emigranten, doch erschienen auch Artikel von bolschewistischen Autoren. Die Redaktion war mit Pazifisten und mit Leuten der USP. besetzt. Die Entente bezog laufend tausende von Exemplaren. Die Artikel in der „Freie Zeitung" wurden in Fliegerabwurf-Schriften der Entente bevorzugt nachgedruckt.

11. In Frankreich waren außer französischen Elsässern auch deutsche Überläufer tätig, vor allem der Zeichner Hansi, d. i. Johann Jakob Waltz, Abbé Wetterle und in der Schweiz Salomon Grumbach, der nicht nur als „Homo" für die „Humanité" schrieb, sondern in Flugblättern und

Demonstrationsstreik

Um des schnöden Geldsackswillen ist die Welt in ein schauriges Blutbad verwandelt worden. Unter dem trügerischen Schein der Vaterlandsverteidigung werden seit drei Jahren Väter und Brüder zur Schlachtbank geschleppt. Unter Entbehrungen, Not und Leid müssen sie für ein mörderisches Pharisäertum gegen ihre eigenen Interessen Blut vergießen. Während das arbeitende Volk dem Hungertode nahe, feiern die Herrschenden hinter den Kulissen bei festlichem Gelage den profitbringenden Massenmord. Der Drang nach Frieden, die Empörung, der Schrei nach Freiheit und Brot wird von den Regierenden nur mit einem heuchlerischen Wortschwall erwidert. Aber, das nicht um endlich einmal dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten, sondern nur um das Volk zu beruhigen, es für das im kapitalistischen Interesse liegende Durchhalten gefügig zu machen.

in ganz Deutschland

Aber nicht von den Besitzenden, sondern von dem Willen des Volkes hängt es ab, die schreckliche Kriegsfurie zu ersticken. Der Zorn über die Millionen bereits Gefallener und verkrüppelter Mitmenschen, muß den Krieg gegen unsere eigenen Volksmörder und Verräter entfachen und die Brandfackel in das tyrannische Gebäude brutaler Willkür und Unterjochung zündend werfen. Zu lange schon, Arbeitsschwestern und -brüder, haben wir unter Murren und Jammern die blutigen Fesseln getragen. Drei Jahre hindurch hat man mit kostbarem Menschengut gespielt, in der unverantwortlichsten Weise Frauen und Kinder zu Witwen und Waisen gemacht. Wo ist dann die deutsche Freiheit, für die sorgenvolle Mütter ihre Söhne opfern müssen? Zeigt sie sich darin, daß jede freie Meinung unterdrückt, daß Volksvertreter wie Liebknecht, und andere für viele Jahre ins Zuchthaus wandern müssen, daß selbst Frauen, wie es in Düsseldorf geschah, bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, oder auch daß willensfeste jugendliche Arbeiter wegen sozialistischer Gesinnung und Betätigung in Fürsorgeanstalten gesteckt werden? Der Belagerungszustand ist eine Galgenstätte deutscher Freiheit!

Am 2. und 3. September ruft die sozialistische Jugend aller Länder ihre Klassengenossen zu gewaltsamen Kundgebungen gegen das herrschende System unsäglicher Entbehrung und schmachvoller Unterdrückung auf.

Ob alt, ob jung! Männer, Frauen und Mädchen! Es gilt die Tat!

Der internationale Jugendtag muß ein gewaltiger Ansturm des revolutionären Arbeiterheeres, des jungen Proletariats, gegen die bestehende kapitalistische Gesellschaft, die einzig und allein die Millionen grausam Gemordeten zu verantworten hat, sein! Erst der Massenkampf des internationalen Proletariats wird Freiheit und dauernden Frieden bringen!

Jeder agitiere dafür, daß am 2. und 3. September alle Betriebe ruhen und die streikende Arbeiterschaft sich zu Demonstrationsveranstaltungen versammelt!

gegen den Krieg, am 2. und 3. September 1917

An euch Arbeitsbrüder im bunten Rock! ergeht der Mahnruf:

„Wenn sich das bis zur Verzweiflung getriebene Volk nun endlich einmal zur revolutionären Tat aufrafft, den Vernichtungskampf wagt, unerschüttert das Banner der Revolution entfacht, dann kämpft mit uns! Widerhandelt den Befehlen! Schießt nicht auf Vater und Mutter! auf mutige Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats, die auch die eure ist! Werdet selbst Soldaten der Revolution!

Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands.

Druck und Verlag Union-Druckerei, Zürich

Broschüren für die Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland wirkte. (Grumbach war als Vizefeldwebel Deserteur).

Zuerst kamen im Laufe des Jahres 1915 nur ganz wenige Flugblätter heraus. 1916 begann man mit einer Zeitschrift: „Wer hat die Kriegsfackel entzündet?"; im Laufe des Jahres wechselte der Titel in „Die Feldpost" und „Das freie deutsche Wort". Es kamen gefälschte Zeitungen hinzu: „Leipziger Volkszeitung" und „Straßburger Post", je zwei Nummern „Frankfurter Zeitung", „Militär-Wochenblatt" und „Der Kampf", die revolutionäre Deserteur-Zeitung aus Holland.

Flugblätter, die vielfach illustriert herauskamen, zeigten häufig haßerfüllte Karikaturen gegen den Kaiser und den Kronprinzen. Im Sommer 1917 kamen Zettel zum Abwurf: „Drei Tage Massenstreik und der Krieg ist vorüber". Sie stellen die Verbindungslinie her, die von der „Zimmerwalder Internationalen" zum Entente Nachrichten- und Propagandadienst führt. — Dr. Grelling's „J'accuse"-Ausgabe auf Dünndruckpapier — kam während des ganzen Krieges aus der Luft herab. Rösemeiers: „Deutsches Volk wach auf!" folgte nebst den Schriften von Fernau-Latt, Schlieben, Krause u. a. m. Diese Autoren verkauften das Verlagsrecht ihrer Broschüren an die französische Propaganda.

Die englische Propaganda-Zentrale dagegen machte sich zum Prinzip, nur Wahres aus Zeitungen, natürlich in entsprechender Auswahl, zu bringen.

12. Die Zeitschriften der deutschen Deserteure in Holland, als Ableger der Amsterdamer „Tribüne" gedruckt, waren anspruchsloser aufgemacht. Dafür waren sie konsequenter in ihrem Sozialismus. „Der Kampf" von Minster war es und später „Der Michel". Entente-Propagandastellen haben viele tausend Exemplare abonniert. Auch die Bolschewisten unterstützten die Zeitschriften. So hat der Verleger Ceton, von der „Tribüne" und dem „Kampf", den Bolschewiken, an die „Rosta"-Berlin adressiert, eine Rechnung von 35000 Gulden eingereicht.

Damit ist die Darstellung der in Deutschland revolutionär wirkenden Literatur noch nicht erschöpft. Man kann wohl die literarische Tätigkeit der Ausländer Adolf Braun und Friedrich Stampfer zu Ende des Krieges in den Nürnberger und Berliner Parteizeitungen dazu rechnen, ähnlich arbeiteten Gruber und Genossen in der „Münchener Post". Der religiöse Pazifismus, vertreten durch die Broschüren von Harz in Harburg, tat im Grunde die gleichen Dienste, wie die Einwirkung von Hardens „Zukunft" und die denkschriftartige Tätigkeit der Gräfin Hetta Treuberg für und gegen das „Auswärtige"- und „Kriegspresse-Amt".

3. Arsenale der politischen Unterwelt

I. „Moralische Munition"

Die Schwatzhaftigkeit der deutschen Parlamentarier während des Krieges hat, wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, die Feinde seit Kriegsbeginn interessiert. Ihr Nachrichtendienst war seit 1916/17 fast ausschließlich auf Erkundung der politischen Strömungen und Gegenströmungen in Deutschland eingeschult worden, England errichtete um diese Zeit ein „Departement of Information", um „moralische Munition" zu sammeln. Diese lieferten die Sozialdemokraten aller Färbungen mit ihren vielen Zänkereien gegen die Regierung und auch unter sich, denn ihr A und O war und blieb der Ruf nach Verständigung und Frieden.

Die Entente ließ deutlich in den Instruktionen an ihre Agenten erkennen, welche Bedeutung eine solche „Munitionslieferung" für sie hatte. Ein von den Franzosen im Jahre 1916 den Agenten zugestellter Fragebogen enthielt folgende vier Gebiete, über welche ihr Nachrichtendienst unterrichtet sein wollte: politische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Nachrichten. Diese Reihenfolge war bestimmt nicht zufällig, sondern sie bezeugte das abgestufte Interesse für jede Art der deutschen Rüstung; danach hat die Entente der militärischen Lage die geringste und dem Stand der parteipolitischen Zermürbung Deutschlands die größte Bedeutung beigemessen. Die Reichstagsreden der deutschen Sozialdemokraten, ihre Reden in öffentlichen Versammlungen und die Zeitungsaufsätze in der Parteipresse boten dem Feind eine willkommene Fundgrube für sein Agitationsmaterial.

Der französische Nachrichtendienst teilte seinen Agenten besonders mit: Unter politischen Nachrichten sind zu verstehen: die Meinungsverschiedenheiten der Parteien, die sozialistische Bewegung, die Ansichten des Reichstages und des Kanzlers und die Politik des letzteren, die Pläne, die er hat und die er durchführen konnte. Die allgemeine Moral, die Streiks, die Aufstände. Die Beziehungen zwischen den Verbündeten, Deutschen, Österreichern, Türken, Bulgaren. Die Propaganda in den feindlichen und neutralen Ländern, die Anstrengungen der deutschen Regierung bezüglich der letzteren. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in Berlin in den in Betracht kommenden Kreisen viel geschwatzt wird und Neuigkeiten, die geheim gehalten werden sollten, oft Gegenstand der Indiskretion sind. Es besteht also die Möglichkeit, dort etwas zu erfahren.

In dieser Einschätzung der deutschen Schwatzhaftigkeit hatten sich die feindlichen Nachrichtenstellen nicht getäuscht.

Die amerikanischen Fragebogen enthielten sogar nur Fragen nach der politischen Lage in Deutschland, wie diese:

„Glauben die Deutschen den Krieg zu gewinnen?

Glauben Sie an den Ausbruch einer Revolution in Deutschland?

Lieben die Deutschen ihren Kaiser?"

Der Feind hatte seine Hoffnung auf den deutschen politischen Zusammenbruch so ausschließlich gesetzt, daß die militärische Spionage, die Sabotageakte usw. vollständig in den Hintergrund gedrängt wurden.

Hier wird man fragen: haben denn die Reichsregierung oder die O. H. L. davon nichts gewußt? Gewiß ist ihnen die Richtung des feindlichen Spionagedienstes bekannt gewesen, nicht minder aber auch der ungeheure Einfluß, den sich die deutsche Sozialdemokratie auf die Kriegs- und Friedenspolitik gesichert hatte.

Konnten die bestbezahltesten Entente-Agenten ihren Geldgebern besseres Material liefern als die Sozialdemokratie in ihrer verblendeten Taktik, dem Wähler nachzulaufen und die Nation zu verraten? Nicht die an sich törichten Kriegsphantasien der Alldeutschen haben den Siegwillen des Gegners erhöht, denn solche rednerischen Auswüchse kennt jedes kriegführende Land, dagegen haben die pazifistischen Reden der Sozialdemokraten, das Betteln um Frieden und Verständigung den Vernichtungswillen der Feinde aufgepeitscht.

Nur Sozialdemokraten und Zentrum leisteten dem Feind Vorspanndienste. Beide Parteien hatten internationale Verbindungen und Zusammenkünfte gepflegt und außerdem im Schutze der Immunität gegen die deutsche Politik und Kriegführung hetzen und — putschen lassen. Die Beziehungen zwischen den politisch international orientierten Parteien waren so gut wie unkontrolliert und die Folge mußte sein, daß in Stockholm, Bern, Amsterdam, Kopenhagen usw. politische Fragen besprochen wurden, für die der feindliche Nachrichtendienst größtes Interesse hatte und auf deren Behandlung er durch seine Propaganda einwirken lassen konnte. Wie gefährlich solche Zusammenkünfte für Deutschland enden konnten, kann sich der vorstellen, der weiß, wie gründlich die Deutschen es mit ihren internationalen Pflichten nahmen und wie energisch sich die englischen und französischen Sozialdemokraten ausschließlich für eine erfolgreiche Kriegsführung einsetzten.

„Die politischen Vorgänge in Deutschland, besonders im deutschen Reichstag, beschäftigten andauernd den feindlichen Nachrichtendienst. Sie konnten ihm nicht verborgen bleiben. Wenn Vorgänge sich abspielten, welche die Siegeszuversicht des Feindes neu beleben mußten, wurde mir nahegelegt, die Grenzen für Post und Zeitungen sperren zu lassen. Eine solche Maßregel wäre

aber nur eine zwecklose Belästigung der Bevölkerung gewesen. Denn was im Reichstag sich abspielte, geschah unter den Augen und vor den Ohren der in der Diplomatenloge sitzenden neutralen Vertreter, deren telegraphische Chiffreberichte am nächsten Tage in aller Welt verbreitet waren und von dort den Weg zum Feinde fanden.“[1])

In der Schweiz bestand eine deutsche Arbeiterzentrale, die sich ausschließlich mit der Erkundung der deutschen Kriegswirtschaft und inneren Politik beschäftigte.

Aber da saß im Zuchthaus zu Luckau ein Reichstagsabgeordneter, unscheinbar, nachlässig gekleidet, er dichtete, klebte feine Tüten und auf das besonders dünne Papier schrieb er seine revolutionären Kassiber, auf die seine Anhänger im Lande warteten — Karl Liebknecht. Auf dem dünnen Papier standen Liebknechts Gedanken, Anweisungen und jene Parolen, wie sie nur ein politisch überhitztes und wirr gewordenes Gehirn hervorbringen konnte. So lautete eine Ermahnung für das Weitertreiben der unterirdischen Gärung bis zur Empörung:

„Deutsche Revolution — nicht etwa die englische oder französische — ist die einzige Rettung für die russische Revolution“. (Diese Anschauung hat Karl Radek noch 1919 immer wieder vertreten.)

Deutschlands innere Front ist aber zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben worden und deshalb muß hier noch der Konkurrent und Reichstagskollege Karl Liebknechts erwähnt werden, der Leiter der deutschen Reichspropagandastelle: Matthias Erzberger! Erzberger hat in dieser Stellung dem Feind die denkbar größten Dienste erwiesen, er war Vertrauensmann des die SPD. umschmeichelnden früheren Reichskanzlers Fürsten Bülow, des österreichischen Kaiserhofes, des hohen päpstlichen Klerus' sowie der rheinischen Schwerindustrie. Er, Erzberger, hat den streng vertraulichen Bericht des österreichischen Außenministers, Grafen Czernin vom 2. April 1917, an den Kaiser Karl, sich von der kaiserlichen Schwiegermutter, der Herzogin von Parma, übergeben lassen und hat ihn durch dunkle Machenschaften zur Kenntnis der Weltöffentlichkeit gebracht — die Entente hatte damit wieder einen ihrer entscheidendsten Siege ohne Waffen und ohne Blutvergießen gewonnen.

Im Oktober 1917 hatte er in Ulm, seiner näheren schwäbischen Heimat, eine eigene Friedenskundgebung abgehalten, der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ (9. Oktober) berichtete darüber: „Das Belangreichste in der Rede war vielleicht das Zugeständnis, daß die Regierung vollständig in den Händen der Friedenspartei ist. In jedem Falle sind die Erklärungen des augenblicklich einflußreichsten Mitgliedes des Reichstages von mehr als gewöhnlicher Bedeutung.“

[1]) Oberst Nicolai, „Geheime Mächte im Weltkriege“, Berlin, 1924, S. 152.

Die politischen Kanaillen, die Deutschland in der Kriegszeit hervorgebracht hat, beleuchtet folgende Tatsache: 1917 machte Erzberger seine Politik mit Zentrum und Freisinn gegen die O. H. L., zur Befreiung des damaligen Reichskanzlers aus deren Diktatur und zur gleichen Zeit verbündete er sich mit dem Obersten Bauer gegen v. Bethmann-Hollweg und für die OHL. Nebenbei: Erzberger war im November 1918 für die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, im Juni 1919 für die Annahme des Versailler Diktats und im Oktober 1919 für die Auslieferung der sogenannten „Kriegsverbrecher".

Der Vizekanzler Dr. Helfferich (im Kabinett Bethmann-Hollweg) urteilt über Erzbergers selbstgewählte Wiener Mission: „Herr Erzberger gab sich dazu her, die Geschäfte der Wiener Politik gegen die eigene Regierung zu besorgen. Statt Österreich bei der Stange zu halten und ihm den Rücken zu stärken, verstand er sich dazu, sich mit dem weich und unzuverlässig werdenden Bundesgenossen hinter dem Rücken der deutschen Regierung zu verbünden, um die Stimmung im eigenen Volk zu zermürben und damit den Boden zu bereiten für einen Frieden nicht etwa der Verständigung, sondern des Verzichts und der Unterwerfung, wie ihn die Wiener Politik uns zumutete."

Es ist eine Frage der nationalen Gewissenhaftigkeit, ob man den skrupellos ehrgeizigen und den geschäftlich-geschäftigen Reichsminister Erzberger in die Klasse zumindest der intellektuellen Landesverräter bringen will. Der Chef des deutschen Nachrichtendienstes während des Krieges Oberst Nicolai beendet sein Buch[1]) mit der bitteren Resignation: „Im Landesverrat gleitet der Nachrichtendienst völlig auf das politische Gebiet über. An dieser Schwelle muß die Darstellung aufhören, wenn sie nicht alle politischen Fragen über den Ausgang des Krieges aufrollen will."

Hiernach gibt es eine nur sehr flüssige Grenze zwischen dem Verbreiten und Vermitteln von Nachrichten und Landesverrat. Das Strafgesetzbuch versagte im Weltkrieg, denn es kannte nur den militärischen und noch nicht den politischen und wirtschaftlichen Landesverrat. Dieser ist aber, wie sich im letzten Krieg herausgestellt hat, dem Reich und Heer viel gefährlicher geworden, als der Verrat militärischer Geheimnisse. Der Spion wurde im eigenen Lande verachtet, in Feindesland erschossen, während der Landesverräter ungestraft blieb und in den meisten Fällen sein Handwerk in geachteter Stellung ausübte.

Der Landesverrat hat, nach Nicolai, Deutschland im Kriege bei weitem mehr geschadet, als die feindliche Spionage trotz ihres ungeheuren Aufbaus.

---

[1]) a. a. O. S. 176.

II. „Silberne Kugeln“

Eines der trübsten Kapitel der Revolutions-Geschichte ist die Finanzierung der Feindpropaganda gegen Deutschland. Sicher ist, daß die USP. aus eigener Kraft ihren Zentralapparat nicht hätte aufrecht erhalten können. Die kleinen Organisationen, wie die „Internationalisten“ (Borchardt-Berlin) und „Linksradikalen an der Wasserkante“ (Knief-Bremen) waren erst recht nicht finanzkräftig, und die Sondertätigkeit des „Spartakusbundes“ mußte gleichfalls ihre benötigten Gelder aus Geheimquellen erhalten.

Die Gesamtauflage der 14 USP.-Zeitungen betrug rund 125000 Exemplare gegen vielleicht 800000 Auflage der SPD.-Zeitungen. Mit Ausnahme der „Leipziger Volkszeitung“ waren die USP.-Zeitungen im Kriege kaum fähig, Überschüsse zu erzielen.

Die revolutionären Jugendorganisationen waren günstiger gestellt; die Zahl der sich gegenseitig stützenden internationalen Mitglieder betrug im September 1917 über 200000. An ihrer Spitze stand das bekannte kommunistische Finanzgenie Willy Münzenberg. Es flossen also bei der Zentrale in der Schweiz internationale Gelder zusammen.

Der „Bund Neues Vaterland“ und die Kreise um Geheimrat Witting hatten auch noch Männer unter sich, die über größere Mittel verfügten. Sie gaben nachweislich Gelder auch für die USP. her und unterstützten sogar den Verlag der „Freien Zeitung“ in Bern-Laupen.

Wolfgang Breithaupt[1]) schreibt über die Finanzierung der deutschen Revolutionäre:

„Das eigentliche Verbrechen der Revolution beginnt dort, wo das Geld der Entente, der Mammon der Feinde des deutschen Volkes, zum Verbündeten der deutschen Revolutionäre wurde.

Das Geld für die deutsche Revolution floß aus drei Quellen: 1. aus bestimmten jüdischen Kreisen in Deutschland selbst, 2. aus dem Propagandafonds der Entente, 3. aus dem Staatssäckel der russischen Bolschewiki.

Das Geld aus jenen jüdischen Kreisen (um Geheimrat Witting) ging zum Teil durch die Hände von Haase und Dittmann ....

.... im März 1918 (hat) in den Lokalitäten von Aschinger in Berlin eine Besprechung zwischen einem aus Holland herübergekommenen Amerikaner namens Ridder und verschiedenen revolutionären Vertrauensleuten stattgefunden, bei welcher nicht nur die Einzelheiten der Revolution durchgesprochen wurden, sondern bei der auch von Ridder an die Teilnehmer Geld ausgehändigt wurde.

---

[1]) „Tägliche Rundschau“ vom 4. März 1919.

In Hamburg hatte derselbe Ridder in Fleischers Weinstuben am Hauptbahnhof eine Zusammenkunft mit Louise Wegner, bei der auch über die Frage der finanziellen Unterstützung verhandelt wurde ...."

Der gleiche Verfasser schreibt später:[1])

„Das englische Weltreisebüro Thomas Cook und der in Holland wohnende englische Agent Tinsley sandten ihre Leute nach Deutschland, um die Unzufriedenheit bis zur Siedehitze zu schüren. Feindliche Agenten in deutscher Militäruniform waren mit dem von englischen, französischen und amerikanischen Großindustriellen gestifteten Gelde in Deutschland unterwegs, um die Leidenschaften des Volkes aufzupeitschen und die Soldaten zur Desertation zu verleiten. Einige dieser Agenten hatten Beträge von 20 bis 30000.— Mark bei sich ..."

Diese und ähnliche, Jahre hindurch bezweifelte Enthüllungen, sind aus Ententekreisen bestätigt worden. Unter dem 10. Januar 1919 berichtet eine „nach amtlichen Urkunden des französischen Großen Hauptquartiers" zusammengestellte Denkschrift[2]): „..... eine geschickt im Innern Deutschlands, für den Frieden um jeden Preis geführte Propaganda hatte rasch in einem günstigen Boden Früchte gebracht ...."

Das ist noch sehr vorsichtig ausgedrückt. Deutlicher wird schon Sir Campbell Stuart, der in seinem offiziösen Bericht über das „Crewe House" (S. 88) sagt: „Feindliche Zeitungskorrespondenten wurden sorgfältig ‚genährt' ....." Auf Seite 162 erzählt er weiter: „Einige Sozialisten hatten sich bereits mit der Bitte an die französische Regierung gewandt, ihre Reden nicht für Propagandazwecke zu verwenden, weil dies ihre Bemühungen abschwächen könnte ...."

Der französische Leutnant Crozier-Desgranges erzählt[3]): in Amsterdam habe er Verbindung mit den holländischen revolutionären Sozialdemokraten bekommen und wiederum durch diese mit Mitgliedern der USP. in den Deserteurvereinigungen; von diesen führten die Fäden weiter zu den anderen Revolutionären in Deutschland. Der französische Agent schreibt in seinem Buch weiter, daß er nichts mehr und nichts weniger als den Befehl hatte, die nur über beschränkte Mittel verfügenden Zeitungen der USP. so zu unterstützen, daß sie ihre Propaganda unter ebenso günstigen Bedingungen entfalten konnten als die Regierungssozialisten.

Selbstverständlich leugnet die USP. die Annahme ausländischer Gelder ab. Dieses Leugnen überzeugt nicht mehr, denn es war Taktik geworden, jede

[1]) „Tägliche Rundschau" vom 4. März 1919.

[2]) „Die Gründe der deutschen Kapitualtion vom 10. November 1918", gedruckt in Paris (S. 45).

[3]) „In geheimer Mission beim Feinde" (Paris 1930).

finanzielle Verbindung mit dem Ausland, wie an mehreren Fällen nachweisbar, abzustreiten.

Zur Bekräftigung berichtet ein Angehöriger des amerikanischen Nachrichten-Dienstes ähnlich. Thomas M. Johnson schreibt in seinem von den Leitern des amerikanischen Nachrichtendienstes überprüften Buch:[1])

„Man braucht sich nicht zu wundern, daß der amerikanische Geheimdienst ausgezeichnet über die deutsche Revolution Bescheid wußte, half er sie doch entfesseln. Die ganze Wahrheit über die Empörung der Unabhängigen Sozialdemokratie.... ist außerhalb Deutschlands kaum bekannt und die in Deutschland etwas davon wissen, sagen nicht viel darüber .... In Wirklichkeit aber wäre die Revolution kaum zur rechten Zeit ausgebrochen, wäre sie nicht durch alliierte und amerikanische Intrigenpropaganda und Geld erregt worden. Wir entzündeten in Deutschland das Feuer der Empörung ...."

Breithaupt schreibt:[2])

„In meinem Besitz ist noch ein ganz beträchtliches Material und darunter unter anderem auch Aufzeichnungen über eine Kabinettssitzung, die den ersten republikanischen Außenminister Exzellenz Dr. Solf zum Rücktritt veranlaßte. Wenn die ‚Freiheit' .... nicht mehr weiß, warum Dr. Solf in jener Sitzung den Volksbeauftragten Haase gesellschaftlich ignorierte und schnitt, so dürfte doch Herr Scheidemann über diese Vorgänge noch recht gut unterrichtet sein..."

Sir Robert Borden, früherer kanadischer Ministerpräsident, hat seine Meinung dahin abgegeben[3]), daß man in England Anfang 1918 friedensbereit war, denn „man wußte eben damals nicht, was hinter der deutschen Front vorging, daß dort von Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit französischen Spionen eifrig daran gearbeitet wurde, die deutsche Front von hinten aufzurollen und daß die, die diese landesverräterische Arbeit leisteten, von Frankreich bezahlt wurden ...."

Deutsche Emigranten haben gleichfalls Gelder zur Entfachung der Revolution in Deutschland aus feindlichen Quellen erhalten. Mancher Deutsch-Amerikaner war Mitglied der „Freunde der deutschen Demokratie". So arbeitete Otto H. Kahn vom Bankhause Kahn, Loeb & Co. in New York — in Frankfurt a. M. geboren — nicht nur in der „Freien Zeitung"-Bern-Laupen gegen sein Geburtsland, sondern verfaßte im Sinne des amerikani-

---

[1]) „Dunkle Wege Amerikas im Weltkrieg". Stuttgart, o. J.

[2]) „Tägliche Rundschau" 1922.

[3]) „Cincinatier Freie Presse" vom 22. Dezember 1930, abgedruckt in „München-Augsburger Abendzeitung" vom 16. Januar 1931.

schen Propagandadienstes auch Broschüren und Flugblätter zum Schmuggel und Fliegerabwurf.

In Holland ist die meist aus Deserteuren bestehende Emigration mehr Massenbewegung. Englische und französische Nachrichten-Agenturen spannten ein Netz über das Land. Deserteur-Vereinigungen entstanden, die Rekrutenmaterial für den Propagandadienst und die Zersetzungsmaschinerie der Entente in Deutschland lieferte.

Breithaupt weist auf den früheren sozialdemokratischen Redakteur aus Duisburg, Minster, und auf seine Verbindungen zum englischen Nachrichtenagenten Tinsley und mit Haase, dem Führer der „Unabhängigen" hin.

Über Minsters Verbindungen mit der Entente sagt Major v. Roeder[1]): „Wir haben festgestellt, daß er hierzu (zur Durchführung seiner „umfangreichen Propaganda") im großen Maße Geld bzw. die Unterstützung der Entente, insbesondere Englands und Amerikas, gefunden hat." Er fährt dann fort, nachdem er berichtete, daß England 9000 Exemplare der Zeitschrift „Kampf" abonniert hatte: „Seine persönlichen Beziehungen bestanden in regem Verkehr mit „Engländern und deutschfeindlichen Holländern. .... Bares Geld hat er nachweislich von den Engländern Syer und Bloemfield, Agenten Tinsley's, erhalten. Zu Amerika unterhielt er Beziehungen durch den amerikanischen Legationssekretär Dier." Als Minster im Dezember 1917 verhaftet worden war, übernahmen andere Deserteure seine Stelle. „Wenn sie Geld brauchten, genügte gewöhnlich ein Wort an die alliierten Geheimdienste ..."[2])

Wie eng Mitglieder des „Spartakusbundes" als Deserteure in Holland mit dem französischen Geheimdienst verbunden waren, berichtet Desgranges eingehend. Desgranges behauptet weiter, während des Januarstreiks 1918 in Berlin geweilt und in enger Verbindung mit den Organisatoren des Streiks gewirkt zu haben. Er legt seiner intimen Mitarbeiterin, der gleichfalls in Berlin anwesenden „Gräfin Lisa Rollenberg" (der Kriegsname ist bisher noch nicht aufgelöst) die Worte in den Mund: „In Berlin ... im vierten Kriegsjahr, sind Sie, Pierre Desgranges, ein französischer Generalstabsoffizier, Mitglied des deutschen Revolutionskomitees!" ...

Der französische Franken rollte über viele Wege nach Deutschland und den Versuchungen erlagen nicht nur die Führer der revolutionären Arbeiter, sondern gutgestellte Geschäftsleute. Major v. Roeder berichtet über einen besonders gefährlichen Plan des französischen Attachés Frouville wie folgt:

„(F.) hatte auf Befehl der französischen Regierung einen Plan ausgearbeitet zur Propaganda für den Sturz aller deutschen Dynastien. Danach sollten

[1]) „Münch. Neueste Nachrichten" vom 14. Februar 1925.

[2]) Johnson: „Dunkle Wege Amerikas im Weltkriege" (S. 213)

400 Personen aller Stände ganz Deutschland mit einem dichten Netz guter Propagandisten überziehen. Als Zentrale der Bewegung in Deutschland war Stuttgart ausersehen. Daneben sollten Filialen in allen Großstädten errichtet werden.

Zur Lieferung von Papier und Herstellung des Drucks für Propagandaschriften waren Verträge mit schweizer Papierfabriken und Druckereien in Berlin vorgesehen. Ein Teil der Drucksachen sollte in Deutschland hergestellt werden. Zu diesem Zwecke waren vier Verleger aus Berlin, Stuttgart und München vom 12. bis 16. November 1917 zum Abschluß der Verträge, die auf lange Zeit über den Frieden hinausgehen sollten, in Bern. Die Herren aus München und Berlin sollen Besitzer größerer Druckereien gewesen sein. Die Namen dieser Herren festzustellen ist meines Wissens nicht gelungen, da sie wahrscheinlich mit falschen Papieren in die Schweiz eingereist waren . . .“

Das deutsche Bürgertum war nicht nur feige, sondern auch — feil.

4. Bolschewistische Propaganda

„Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg fängt an, Tatsache zu werden. Es lebe die beginnende proletarische Revolution in Europa!"

Uljanow-Lenin schrieb am 8. April 1917 diese Schlußsätze in den „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter". Es war der Abend vor der Abreise der 32 Bolschewisten aus der Schweiz. Die Fahrt ging auf eigene Kosten durch Deutschland, Skandinavien und Finnland nach Petersburg.[1]) Radek-Sobelsohn und zwei andere Bolschewisten blieben in Stockholm. Radek hatte den schweizer Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" von dem Wunsche der bolschewistischen Emigranten, durch Deutschland nach Rußland zu reisen, unterrichtet. Das deutsche Auswärtige Amt und die Oberste Heeresleitung hatten die Erlaubnis erteilt. Beide Behörden konnten die Bedeutung dieser Maßnahme für die Zukunft nicht ahnen. Lenin, Sinowjew und die andern unbekannten „Bittsteller" hatten die letzten zehn Jahre hindurch eine so wenig beachtete Rolle in der Welt des Sozialismus gespielt, daß nur Eingeweihte und Besucher der „Internationalen Sozialistenkongresse" Nam' und Art der Bolschewisten kannten.

Lenin und Genossen lehnten auf der Reise jedes Interview, jede Annäherung auch der deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer ab. Als sie in Petersburg anlangten, war der Empfang von Seiten der Regierung Kerenski-Miljukow durchaus nicht festlich. Man hatte auch so genug mit den Schwierigkeiten des Krieges und mit dem Durcheinander der Revolution zu tun. Die beunruhigende Arbeit der Zurückgekehrten, verstärkt durch den aus Amerika heimgekehrten Trotzki und durch freigelassene Verbannte aus Sibirien, wurde in den unteren Schichten des Volkes bald bemerkbar. Nach bewährtem Muster von 1905 wurde die Bewaffnung des Proletariats betrieben, der Klassenkampf propagiert. Im Sommer mißlang allerdings der erste Aufstandsversuch gegen die provisorische Regierung. Die Führer der Bolschewisten wurden verfolgt und zum Teil verhaftet, aber die Zersetzungsarbeit im Heer und Marine, die Wahlagitation für die A.-, S.- und Bauernräte, betrieben mit den Mitteln marxistischer Dialektik, wirkte in Zentralrußland.

Der große Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat nahm eine wechselvolle Stellung ein. In den Zimmerwalder Sitzungen und Vorkonferenzen waren seine Vertreter Gäste. Hier stimmten sie dem Grundsatze: „Daß die Re-

[1]) Die Reise im „plombierten Wagen" ist Legende.

volution den Krieg töten müsse, damit der Krieg nicht die Revolution töte" in bedingter Weise zu. Für sie blieb die Revolutionierung Deutschlands die einzige Aufgabe als Erfüllung der Konferenzbeschlüsse.

Das „Zimmerwalder Komitee" entpuppte sich durch die Zulassung der russischen A.- , S.- und B.-Delegierten bei ihren geheimen Verhandlungen als einseitig deutschfeindlich. Sie sorgten dafür, daß auf dem Umwege über Kerenski die Ententeregierungen informiert wurden.

Am 7. November 1917 siegten Lenin und Genossen. Die soeben noch Verfolgten wurden die Herren Rußlands. Was war das aber für ein Staat, den sie vorfanden? Es war ein vollständig zerrüttetes Gebilde. Ein „Sauhaufen", wie ein Bayer drastisch gesagt hätte. Die Ernährungszufuhr stockte, vor allem nach den Großstädten, da die Transportmittel infolge Streiks, Brennmaterial-Mangel und Fehlen von Maschinen und Güterwagen lahm gelegt waren. Nur durch Friedensbemühungen konnten die Bolschewisten hoffen, der kriegsmüden Masse der Bevölkerung ihre diktatorischen Maßnahmen erträglich zu machen.

Die erste außenpolitische Maßnahme war denn auch, sehr zur Unzufriedenheit der Ententeregierungen, ein allgemeines Friedensangebot mit der Forderung nach einem Friedensvertrag ohne Annexionen und Kontributionen. Nur die Mittelmächte antworteten zustimmend. In den Ententemächten erhielt das junge Sowjetrußland bald neue Gegner.

Rußlands Bestrebungen, die deutschen Truppen schnellstens aus seinen Randstaaten zu entfernen, um die revolutionäre Propaganda unmittelbar nach Deutschland hinein sofort wirksam werden zu lassen, gingen nicht in Erfüllung. Dafür bemühten sich die Bolschewisten um so eifriger, auf die deutsche Ostfront zu wirken und dem Generalstreikbeschluß der „Zimmerwalder" in Deutschland Geltung zu verschaffen.

Die erste Tat von Radek-Sobelsohn war, das „Zimmerwalder Manifest" zu veröffentlichen. Radek hatte das „Zimmerwalder Komitee" schon im September 1917 gedrängt, das Manifest in deutscher Sprache bekannt zu machen, während Frau Louise Zietz — im Hinblick auf den zu erwartenden Prozeß wegen ihrer Verbindung mit den Marinemeuterern — alle Hebel in Bewegung setzte, um die Veröffentlichung hinauszuschieben.

Radek legte außerdem am 8. November dem Komitee einen „Aufruf" vor, den die „Zimmerwalder" sogleich mit unterzeichneten. Er wurde in der schwedischen linkssozialistischen Zeitung „Politiken" veröffentlicht und telegraphisch ins Ausland weitergegeben[1]) und schnellstens von illegalen Zeitungen übernommen und als Flugblatt verbreitet.

[1]) Balabanow in Grünbergs Archiv 1928, Band XIII. S. 235.

In dem Aufruf lauten die Hauptstellen:

„Arbeiter und Arbeiterinnen!

In Petrograd haben am 7. November die Arbeiter und Soldaten über die Regierung der Kapitalisten und Junker gesiegt. Die Gewalt befindet sich in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates... Gestürzt ist die Regierung, die auf den Ruinen des Zarismus eingesetzt... Die Arbeiter und Soldaten haben sie verjagt, wie sie den Zaren verjagt haben....

Arbeiter und Arbeiterinnen!

An Euch richtet sich der Ruf des roten Petrograds!

Ihr, denen in die Augen das Gespenst des vierten Winterfeldzuges schaut... Ihr habt jetzt das Wort. Die Reaktionäre werden versuchen, die Städte von der Zufuhr der Lebensmittel abzuschneiden, die Kosaken gegen sie aufzuhetzen.. Aber nicht nur von innen ist die Revolution Rußlands, ihr Friedenswerk tödlich bedroht. Die Regierungen der Zentralmächte wie der Entente sind ihre Feinde, weil sie das Werk der Befreiung der Volksmassen anbahnt.

Um Eure Lebensinteressen, Proletarier aller Länder, um Euer Blut geht es...

Schließt Euch der russischen Revolution an! Nicht zu Sympathiekundgebungen, zum Kampfe rufen wir Euch auf! Steht auf, geht auf die Straßen, laßt die Fabriken stehen, übt mit allen Mitteln und aus allen Kräften Druck! Es darf keinen vierten Winterfeldzug geben...

Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Sieg des revolutionären Proletariats vom 7. November hat in Euren Reihen einen großen Enthusiasmus erweckt. Die französischen Internationalen Sozialisten, wie die deutschen Unabhängigen Sozialdemokraten haben sich solidarisch mit der Arbeiterrevolution erklärt, sie versprachen ihre werktägige Hilfe...

Die Zeit der Worte ist vorüber! Mit ihrem Blut kämpfen jetzt die Proletarier und Soldaten Rußlands um den Völkerfrieden, um Brot und Freiheit... Laßt das Blut des russischen Proletariats nicht umsonst fließen!...

Es lebe der sofortige Waffenstillstand! Kein Schuß falle mehr! Zu den Friedensverhandlungen!

Rückt auf zum Kampfe um den Frieden ohne Annexionen, Kontributionen, vom freien Willen der Völker geschlossen! Hoch die internationale Solidarität des Proletariats! Es lebe der Sozialismus!

Internationale Sozialistische Kommission
(Zimmerwald).
Die ausländische Vertretung des Zentralkomitees der Bolschewiki!"

Dieser „Aufruf" der Bolschewisten war in weit zündenderer Sprache verfaßt, als das reichlich langatmige „Manifest" der „Zimmerwalder Inter-

nationale". In dieser aufreizenden, sich im Ausdruck steigernden und übersteigernden Sprache waren von nun an alle Kundgebungen des neuen Rußlands gehalten. Die Spitzmarke: „An Alle"! über den Sender von Zarskoje-Selo gegeben, erfüllte mit diesem Rufe die Welt!

Die schleppenden und aussetzenden Friedensverhandlungen gaben den Russen Gelegenheit, an den Fronten das gleiche Thema ebenfalls abzuwandeln. Die deutschen Unabhängigen, an der Spitze ihr Vorsitzender Haase, nahmen nicht nur in der geheimen Agitation den Ton auf, sie wandten sich sogar direkt an die Russen und empfahlen ihnen, den von General Hoffmann und Staatssekretär Kühlmann gebotenen Friedensvorschlag abzulehnen. Die Führer der Mehrheitssozialdemokratie aber witterten kommende Zeiten. Der alte Bolschewik, Parvus-Helphand, der Ratgeber der Ebert und Genossen, schickte sich daher sogleich an, in Stockholm mit Radek Fühlung zu gewinnen. Er „überbrachte die brüderlichen Grüße der Mehrheits-Sozialdemokratie Deutschlands." Nach dem Petersburger Bericht Radeks in der „Prawda" sollte er im „Auftrage des Parteivorstandes der Sozialdemokratie"... ein Kompromiß mit der Sowjetregierung gegen das Versprechen vermitteln, „die Partei werde durch einen Massenstreik die deutsche Regierung zum Friedensschluß zwingen...."

Frau Clara Zetkin, die die Worte dieses Berichtes in der „Kommunistischen Internationale"[1]) veröffentlichte, fügte hinzu: „Lenin wies das zurück mit der Erklärung, man dürfe die Sache der Revolution nicht mit unreinen Händen anfassen". Damit hatte Lenin die deutschen Politiker, die Parvus vertrat, abgeschüttelt.

Die Propaganda an der Front wandelte auf ähnlichen Bahnen wie innerhalb Deutschlands. Das „Soldatenkomitee" erließ gleichfalls einen Aufruf, der in der Form zwar international gehalten war, sachlich aber doch nur für die Soldaten der Mittelmächte an der russischen Front bestimmt war. Wegen seines aufreizenden Inhaltes wurde der Aufruf geheim von Hand zu Hand verbreitet.

Es hieß in ihm:

„An die Völker der ganzen Welt!

Genossen, Proletarier und Arbeiter aller Länder!

Wir, die russischen Arbeiter und Soldaten, ... senden euch unsern feurigen Gruß.... Unser Sieg ist ein großer Sieg der Freiheit... Die Hauptstütze der Reaktion in der Welt und der „Gendarm Europas" existiert nicht mehr... Es lebe die Freiheit!... Unser Werk ist noch nicht vollendet, noch sind die Schatten der alten Ordnung noch nicht verscheucht, und nicht wenige Feinde sammeln ihre Kräfte gegen die russische Revolution...

[1]) 1925 Heft 1 S. 90.

Wir wenden uns an alle Völker... und verkünden, daß die Zeit gekommen ist, einen entscheidenden Kampf mit den agressiven Tendenzen der regierenden Länder zu beginnen.

Die Stunde ist da, die Entscheidung über Krieg und Frieden in die eigenen Hände zu nehmen...

Des weiteren wenden wir uns an unsere Brüder... vor allem an die Proletarier Deutschlands... Man sucht euch zu überzeugen, daß ihr ... gegen das autokratisch regierte Rußland, die Kultur Europas gegen asiatische Barbarei verteidigt. Jetzt gibt es auch diese Rechtfertigung nicht mehr... Wir werden unsere eigene Freiheit gegen jede reaktionären Angriffe mannhaft verteidigen.... Aber wir rufen euch dazu auf. Werfet von euch das Joch eurer halbautokratischen Regierung..., weigert euch, weiterhin zu dienen als Werkzeug der Eroberung und Vergewaltigung einer agrarisch-imperialistischen Clique, und lasset uns in vereinter, gemeinsamer Anstrengung das fürchterliche Blutbad, das die Menschheit schändet, beenden...

Arbeiter aller Länder! Wir reichen euch brüderlich die Hand über Berge von Leichen, über Ströme von Blut und Tränen, über die rauchenden Trümmer von Städten und Dörfern, über verlorene Schätze der Kultur. Wir rufen auch auf zur Wiederherstellung und Befestigung der internationalen Einheit... Proletarier aller Länder vereinigt euch.

Der Rat der Deputierten und Soldaten.

Genossen,

wir bitten euch, auf unsern Aufruf zu antworten. Zeigt nicht dieses Manifest und gebt es nicht euren Offizieren an. Verbreitet es unter eueren Kameraden-Artilleristen.

Auf anderen Punkten der Front sind wir schon in Verbindung mit euren Kameraden getreten.

Es lebe der Allgemeine Frieden

Das Soldaten-Komitee."

Besonders lebhaft wurde die Frontagitation im Januar 1918, auch die Funksprüche aus Zarskoje-Selon folgten einander schneller. Es ist bekannt, daß der deutsche Januar-Streik schon einige Tage vor seinem Aufflackern durch Maueranschläge im Auslande zur öffentlichen Kenntnis gebracht wurde, daß ferner der Leutnant Crozier-Desgranges als französischer Nachrichtenoffizier zur Berichterstattung nach Berlin geeilt war. Auffallend ist weiter, daß der Reichstagsabgeordnete Haase sehr früh Nachricht vom österreichischen Streik (14. Januar 1918) über die gesperrte Grenze erhalten hatte. Die eingeschmuggelte „Arbeiterzeitung" aus Wien hat auch die

Gräfin Treuberg durch ihren politischen Vertrauten Eduard Bernstein zur Einsicht in die Hand bekommen.

Haase hat die Nachricht vom Streik, nach Angabe des Reichstagsabgeordneten Hansen-Hadersleben, an ihn weitergegeben zum Zwecke der Übermittlung über die Nordgrenze. Da die Nachricht nach Norden ging, ist es klar, daß sie nach Stockholm für das „Zimmerwalder Komitee" und damit für die Bolschewisten in Rußland bestimmt war.

In dem Parteibericht über den österreichischen „Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats"[1]) wird der politische Charakter der Aktion offiziell anerkannt. Hier heißt es gleich anfangs:

„Mit Spannung verfolgte die österreichische Arbeiterschaft die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk... Der Novembersieg des Proletariats zu Petersburg und die Bereitschaft der russischen Volksregierung zu Friedensverhandlungen hatte die Hoffnung auf einen raschen Friedensschluß gesteigert.

Der vom Parteivorstande unterbreitete Beschlußantrag wurde überall angenommen:

„Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Regierung die Völker Österreichs jedes Einflusses auf die Friedensverhandlungen beraubt...

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk in versöhnlichem und freundschaftlichem Geist führe...

Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlicher Entschiedenheit den allgemeinen Frieden..."

Dann erst wird berichtet, daß einen Tag später der Streik aus Anlaß der Herabsetzung von Mehlrationen ausbrach. „Vom Parteivorstande der deutschen Sozialdemokraten sofort aufgenommen und geleitet, fand die Bewegung in dem durchschlagenden politischen und sozialen Erfolge der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner ihr nächstes Ziel." Wie das weitere Ziel in Österreich vorbereitet und erreicht wurde, gehört nicht hierher, jedoch ist die Tatsache vielsagend, daß innerhalb der österreichischen Obersten Heeresleitung ein sozialdemokratischer Nachrichtendienst durch die jüdisch-sozialdemokratischen Offiziere Deutsch und Braunthal eingerichtet worden war.[2])

Dieses Kapitel soll durch ein Dokument abgeschlossen werden, in dem die moralische Verkommenheit deutscher Kriegsgegner von ihnen parteipolitisch Nahestehenden enthüllt wird. Da jede inhaltliche Wiedergabe dem Dokument die Färbung nimmt, muß es im Wortlaut wiedergegeben werden. Die führenden Hamburger Kommunisten Dr. Heinrich Lauffenberg und Fritz

[1]) Wien 1918.

[2]) Vergl. Julius Deutsch: Aus Österreichs Revolution. Wien, o. J.

Wolffheim veröffentlichten am 1. Mai 1920 gegen den berüchtigten Berliner Rechtsanwalt Paul Levi folgende Beschuldigungen:

„Dieses Subjekt Paul Levi hatte jener Konferenz (Spartakuskonferenz 7. Oktober 1918) ein Flugblatt unterbreitet, in welchem er anführte, daß die deutsche Revolution schon eingesetzt habe — und zwar mit dem Beginn der Desertation an den Fronten. Die Soldaten wurden aufgefordert, in Massen die Front zu verlassen und sich in ihre Heimatorte zu begeben. Dort sollten Stationen eingerichtet werden, um sie in Empfang zu nehmen und weiter für sie zu sorgen .... Trotzdem ließ er das Flugblatt in dem ausdrücklich und einstimmig zurückgewiesenen Wortlaut in gewaltigen Mengen herstellen und an der Front verbreiten, wo es wie Sprengpulver gewirkt hat. Die Verherrlichung der Deserteure als „Helden der Revolution", der Aufruf, das Heer zu verlassen im Namen der Revolution, entschied über den Zusammenbruch der Front und damit über den Sieg des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital.

Der Mann (Levi), der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Trebitzsch-Lincoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden, zu enthüllen, mit welchen englischen Agenten von der Sorte jenes Trebitzsch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front erdolchte, um zu verhindern, daß sie aus einer imperialistischen sich in eine revolutionäre Front verwandelte ...."

Solche Paul Levi's hat es viele in Deutschland gegeben, aber nicht alle endeten wie dieser durch Selbstmord.

5. Der Landesverrat der SPD

Zwischen Scylla-Partei und Charybdis-Landesverrat

I. Der Januar-Munitionsarbeiterstreik 1918

„.... die erste Todesstunde des Reichs schlug im Februar 1918, als der Generalstreik in Berlin ausbrach und 300000 Arbeiter sich unter der Fahne der Revolution sammelten. ... Der Hauptorganisator dieses Streiks war der ehemalige Führer und anerkannte Chef der sozialdemokratischen Partei."
(Pierre Desgranges: „In geheimer Mission beim Feinde.")

Der Januarstreik ist organisierter Massenstreik gewesen.

Er war als Rüstungsstreik gedacht, als solcher wurde er vorbereitet und durchgeführt, denn er erstreckte sich nur auf die Rüstungsindustrie, aber über ganz Deutschland.

„Herolde der Revolution" nannte die USP. die Massenstreiks vom April 1917 und Januar 1918.

Die Arbeitermassen waren zu einem gewaltigen revolutionären Brandherd gemacht worden, ein leiser Windstoß mußte ihn zu einem lodernden Flammenmeer machen.

Der Streik brach zugleich am 28. Januar aus in Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Bremen, Breslau, Danzig, Dortmund, Fürth, Halle, Hamburg, Jena, Kassel, Köln, Mannheim, München und Nürnberg.[1])

WTB. am 30. Januar 1918: „In London ist die Nachricht von dem Streik in Deutschland mit heller Freude aufgenommen worden. Dieses Ereignis wurde in London durch Extrablätter bekannt gegeben, die die Überschrift trugen: „Der Zusammenbruch der Mittelmächte."

Vizekanzler v. Payer (im Reichstag am 25. Februar 1918): „Der Streik hat zeitweilig die Hoffnung unserer Feinde auf unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch auf's höchste gesteigert und dadurch unsere Aussichten auf Frieden beeinträchtigt."[2])

[1]) Die Städte, in denen es nur zu Streikversammlungen gekommen ist, sind nicht aufgeführt.

[2]) Stenogr. Sitzungsbericht, Seite 4145.

Die Heimatsbehörden unterdrückten den Streik auf Anweisung der OHL., die der Reichsregierung mitgeteilt hatte, „sie nehme eine eintretende Verringerung der Kriegslieferungen auf sich, weil dieser Schaden geringer sei als die Folgen etwaiger Nachgiebigkeit gegen die Streikforderungen." Aus dieser Haltung der OHL. erklärt sich die später zu erörternde Haltung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern gegenüber der Streikleitung. Zu ihr gehörten vom ersten Tage des Streiks an die Abgeordneten Ebert, Scheidemann und Braun (SPD.), Haase, Dittmann und Ledebour (USP.) und elf Arbeiter, Vertrauensleute der streikenden Betriebe.

Der Streik erregte im Ausland ungeheures Aufsehen, denn er wurde als ersichtlich werdende Schwäche der zivilen und militärischen Behörden gegenüber der zunehmenden Stärke der kriegsfeindlichen Arbeitermassen eingeschätzt. In Wirklichkeit handelte es sich um eine von langer Hand sorgsam vorbereitete internationale Aktion mit zwei Ursprungsherden:

In der 2. Januarwoche 1918 brach der Rüstungsstreik in Wien aus.

Am 22. Januar erklärte Ebert in der vertraulichen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages: „Die sozialdemokratische Partei begrüßt das Vorgehen der Arbeiterschaft Österreich-Ungarns und erklärt sich mit ihr in aller Form solidarisch."

Am 25. Januar veröffentlichte der „Vorwärts" diese Stellungnahme des Parteivorsitzenden; die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands wußten nunmehr, daß der Parteivorstand den Streik gutheiße.

Zu gleicher Zeit betrieben die radikalen Elemente der Spartakus-Gruppe und der USP. unter Führung Richard Müllers („Leichenmüller") einen reichsdeutschen Rüstungsstreik, um den Bolschewisten in Brest-Litowsk zu Hilfe zu kommen und um auch die weitere Kriegführung Deutschlands zu verhindern. Im Vertrauen auf die werbende Kraft solcher Agitationsphrasen glaubten die Obleute der Bewegung die Arbeitermassen hinter sich zu bringen und gleichzeitig der SPD. abspenstig zu machen, eine Hoffnung, die der Grund für die geplante Ausschaltung der SPD.-Leitung aus der Streikbewegung und -leitung wurde.

Ebert und Scheidemann waren dieser Taktik dadurch zuvorgekommen, daß sie einen politisch ihnen zugehörigen Funktionär in den Aktionsausschuß gesetzt hatten, der die Berufung von Vertretern der SPD. in die Streikleitung beantragte und gegen erhebliche Widerstände schließlich durchsetzte.

Am 28. Januar, dem ersten Streiktag, zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags, traten Ebert, Scheidemann und Otto Braun (der spätere Preußische Ministerpräsident) in die Streikleitung ein; eine wichtige Feststellung.

Der „Vorwärts" veröffentlichte am 29. Januar die Forderungen der

Streikenden, darauf verbot das Oberkommando in den Marken den „Vorwärts" und jede weitere Zusammenkunft und Betätigung der Streikleitung im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Das Verbot wurde jedem Streikleiter (Abgeordneten) besonders zugestellt und Ebert hat es verächtlich beiseite geschoben mit den Worten: „Der Wisch ist für die Katz."

In der geheimen Sitzung der Streikleitung am 30. Januar wurde die Fassung und Verbreitung eines Flugblattes, das den Streik als berechtigt anerkennt in Anwesenheit Eberts und Brauns angenommen; der erste und letzte Absatz lauten:

„Arbeitsbrüder und -Schwestern!

In gewaltigen Massen steht das Berliner Proletariat jetzt im politischen Massenstreik für einen sofortigen demokratischen Frieden. Am zweiten Streiktage war die Zahl der Streikenden schon auf annähernd 400000 angewachsen, und noch immer schwillt diese Zahl. Aus den größeren Orten des Reichs laufen Nachrichten ein, daß auch dort die Arbeiter in Massen in den Streik eingetreten sind. Überall bricht elementar der Wille der Arbeiter nach Frieden, Freiheit und Brot durch.

Kollegen und Kolleginnen! Fester und geschlossener Zusammenhalt! Zehntausende werden sich mit den Streikenden solidarisch erklären. Die Bewegung muß so gewaltigen Umfang annehmen, daß die Regierung unserm berechtigten Verlangen nachgibt. Laßt euch durch nichts und durch niemanden irre machen, weder durch die falschen Berichte der bürgerlichen Presse, noch durch die Einschüchterungsversuche der Behörden. Wir werden euch laufend über den Stand der Dinge informieren. Haltet euch nur an diese Information! Steht fest zusammen! Einer für alle, alle für einen!"

Der Inhalt des Flugblattes beweist, daß der Streik ein politischer war, mit dem Ziel, die Regierung auf die Knie zu zwingen.

Der Eintritt der Mitglieder des Parteivorstandes der SPD. in die Streikleitung berechtigt, weil er alle bis zur Feindseligkeit gesteigerten Gegensätze zu USP. und Spartakus überbrückte, zu schwerem Verdacht gegen die Mehrheitssozialisten: sie wollten die Einheitsfront der Arbeiter im Streik gegen den Krieg herstellen. Damit veranlaßten sie ihre Anhänger, Volk und Heer in schwerster Kriegzeit die Arbeitskraft zu verweigern.

Das von Ebert, Scheidemann und Braun gesehene und gebilligte Flugblatt war zumindest schon moralisch und politisch Landesverrat, doch Dittmann hat Ebert später noch viel schwerer belastet. Entgegen dem militärischen Verbot wurden in Berlin am 31. Januar öffentliche Demon-

strations-Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten; auf der Treptower Spielwiese sprachen Ebert und nach ihm Dittmann, jener ungehindert, denn die Polizei war noch nicht erschienen, während dieser gleich nach Beginn seiner Rede verhaftet und bereits am 4. Februar durch das Außerordentliche Kriegsgericht beim Landgericht II Berlin wegen versuchten Landesverrats zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt wurde.

Gleich nach dieser Verurteilung beschrieb er der „Bergischen Arbeiterzeitung" sein Mißgeschick; dieser Brief ist später in die Gerichtsakten nach Magdeburg gekommen; er ist ein geschichtliches Dokument und darf deshalb im vollen Wortlaut veröffentlicht werden. Dittmann belastete Ebert:

„Man wollte in diesem Prozeß (gegen Dittmann) den Hauptredner treffen, der in der Versammlung im Treptower Park die Ziele des Massenstreiks propagiert hatte. Deshalb verurteilte man mich zu fünf Jahren Festungshaft. In Wahrheit war aber nicht ich der Redner gewesen, sondern der Abgeordnete Ebert... Als ich im Treptower Park erschien, sprach Ebert bereits zu der Versammlung über die Ziele des Streiks. Ich stellte mich hinter ihn und hörte ihm ungefähr zwanzig Minuten zu... In demselben Augenblick wurde ich gefaßt und verurteilt. Bei meiner ersten Vernehmung im Berliner Polizeipräsidium wurde ich nach der Person des ersten Redners und dem Inhalt seiner Rede gefragt. Ich verweigerte jedoch darüber jede Auskunft, indem ich erklärte: ‚Ich lehne es ab, mich über die Person des ersten Redners zu äußern. Ich lehne es auch weiter ab, mich über den Inhalt seiner Rede zu äußern.' Ich wollte unter keinen Umständen Ebert ebenfalls der Gefahr einer gerichtlichen Verfolgung aussetzen. Im Gefängnis erfuhr ich dann von meinem Verteidiger, Genossen Haase, daß er Ebert nebst Scheidemann über die allgemeine politische Situation, die zum Streik geführt habe, geladen hätte. Dadurch war die Möglichkeit gegeben, daß Ebert in der Verhandlung von Zeugen als Hauptredner der Versammlung erkannt und benannt werden konnte. Nachdem ich Haase informiert hatte, erklärte dieser am andern Morgen dem erscheinenden Zeugen Ebert, er wolle auf sein Zeugnis verzichten, da es vielleicht ungünstig wirken könne. Auch in der Verhandlung habe ich Ebert weiter gedeckt, seinen Namen nicht genannt und mich auch über seine Rede ausgeschwiegen. Dadurch wurde meine Verteidigung selbst unmöglich, denn selbst die Entlastungszeugen schrieben irrtümlich Ausführungen, die sie von Ebert gehört hatten, und die das alldeutsch denkende Gericht für unzulässig hielt, mir zu. Trotzdem 6 Jahre Zuchthaus gegen mich beantragt waren, deckte ich Ebert bis zum Schluß. Hätte ich das nicht getan, hätte selbst das alldeutsche Gericht mich schwerlich so verurteilen können, wie es geschehen ist."

Kein Mensch wird daran zweifeln, daß Dittmann die Wahrheit geschrieben hat, denn für Großsprecherei war die Zeit ungeeignet und in der selbstgewählten Rolle eines Märtyrers ist Dittmann nicht denkbar. Der Brief schildert Eberts Haltung zum Streik am 31. Januar auch deswegen richtig, weil die SPD. seit 1917 einen unterirdischen Krieg gegen die Reichsregierung führte, denn sie war aus der unbedingten Einstellung zur Landesverteidigung in das Lager der Internationale übergegangen; diese Schwenkung veranlaßte den Preußischen Innenminister zu seiner Denkschrift vom 13. Februar 1918 an den Kaiser.

Die Zeugnisse aus den Kreisen der Herren Ebert, Scheidemann und Otto Braun bestätigen die nur von diesen allein bestrittene, aber weit verbreitete Auffassung, daß sie, um die Massen wieder hinter sich zu bekommen, unter Preisgabe der Nation versucht haben, die Reichsregierung unter Druck zu setzen. Es sollte zu einer Machtprobe kommen in dem Augenblick, in dem die Streikbewegung sich zur Revolution zu entwickeln versprach.

Läßt sich nachweisen, daß die Streikleitung etwas getan hat, um den Streik zu beenden? Das ist später zur Entlastung Eberts vor Gericht zwar eidlich bekundet, aber weder von diesem noch von Dittmann bewiesen worden; beide haben im Gegenteil ausgesagt, daß sie in der gedachten Richtung nichts getan hätten. Aber die Zeugen Bauer, Scheidemann und Wels haben Eberts Eifer bekundet, den Streik so schnell wie möglich beenden zu lassen und damit stehen sich im eigenen Lager zeugeneidliche Aussagen gegenüber, so schwerwiegend, daß nur der Schluß bleibt: auf einer Seite ist bewußt die Unwahrheit beschworen worden.

Die Reichsregierung hatte s. Zt. erkannt, daß Ebert, Scheidemann und Braun sie vor der Öffentlichkeit allgemein und vor den Streikenden insbesondere ins Unrecht setzen wollten. Deshalb haben sich der damalige Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Wallraf, grundsätzlich bereit erklärt, mit den Abgeordneten, nicht aber mit den Streikenden zu verhandeln. Wäre es Ebert und Genossen wirklich nur darauf angekommen, den Streik durch Verhandlungen mit der Regierung zu beenden und ihr gegenüber die Wünsche der Arbeiter zu vertreten, dann hätte sich ihnen wiederholt Gelegenheit geboten, aber sie haben sie jedesmal ausgeschlagen.

Gegen Ebert, Scheidemann und Braun spricht noch sehr eindeutig, daß sie mit Haase, Dittmann und Ledebour gemeinsame Sache gemacht, von denen sie wußten, daß jene den Streik gewollt haben, um die Rüstungsindustrie lahmzulegen und die Kriegsführung zu sabotieren.

Aber noch weiter: daß Ebert, Scheidemann und Braun nicht an die Beendigung des Streiks gedacht hatten, dagegen gewillt waren, der Regierung Forderungen zu diktieren, darüber berichtet der Parteivorstand selbst in seinem Bericht[1]) „zum Massenstreik in Groß-Berlin". Haase hatte bei dem Reichskanzler Grafen Hertling eine Sitzung, „an der nur Abgeordnete teilnehmen sollten", vereinbart, um „eine Versammlung für die Betriebsdelegierten der streikenden Arbeiter möglich zu machen". Wörtlich heißt es in dem Bericht weiter:

„Mit dem Abgeordneten zu sprechen, wie Haase gewünscht hatte, war der Reichskanzler bereit. An der Besprechung beim Reichskanzler nahmen teil: Reichskanzler v. Hertling, Vizekanzler v. Payer, Staatssekretär des Innern Wallraf, Preußischer Minister des Innern Drews; seitens der Abgeordneten: Haase und Ledebour, Ebert und Scheidemann. Haase führte aus: Es sei notwendig, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, ihre Delegierten zu versammeln, um die Frage zu erörtern, unter welchen Bedingungen der Streik beigelegt werden könne. Wie solle der Streik denn überhaupt abgeschlossen werden, wenn nicht ein Beschluß über die Beendigung des Streiks herbeigeführt werden könne? Eine andere Möglichkeit, den Streik zu beenden, gäbe es ja garnicht. —

Es kam zu einer eingehenden Besprechung über die Vorgeschichte und den Verlauf der Ausstandsbewegung. Das Endergebnis war folgendes: die Regierung gab zu erkennen, daß sie bereit sei, dahin zu wirken, eine Versammlung der Delegierten zu ermöglichen, wenn die Abgeordneten die Garantie dafür übernehmen könnten, daß in dieser Versammlung lediglich die Beendigung des Streiks beschlossen würde. Da die vier Abgeordneten eine solche Garantie natürlich nicht übernehmen konnten, ging auch diese Besprechung ergebnislos aus."

Im volkstümlichen Sprachgebrauch würde man sagen: die Abgeordneten kniffen, sie bewiesen, daß es ihnen nur um einen Vorwand zu tun gewesen war, die Arbeiter in große Versammlungen zu bringen und dadurch die Revolutionswelle höher zu treiben.

In dem ganzen Bericht (14 Seiten) steht kein Wort des Bedauerns über den Streik und über seine Folgen, wohl aber, wenn auch in äußerst vorsichtiger Formulierung, daß es sich um eine Kraftprobe mit der Regierung gehandelt hat.

Zusammenfassend kann gesagt werden: die Sorge um den Bestand der Partei und um die Beziehungen zur Internationale haben die SPD. in die Streikleitung getrieben und, um die Massen

[1]) „Als Manuskript gedruckt. Nur zur Information für die Vertrauensleute der Partei bestimmt." (S. 10/11.)

wiederzugewinnen, hat Ebert Weisungen an die Streikenden gegeben, die das Magdeburger Gericht strafrechtlich als „Landesverrat" erklärt hat.

Über den Geist, der durch politische Streiks über die deutschen Arbeiter gebracht werden sollte, sprach der Führer der bayrischen Unabhängigen, Kurt Eisner, in seiner Streikrede am 31. Januar 1918 vor Münchener Arbeitern. Kurt Eisner sagte:[1])

Die allgemeine Arbeitseinstellung müsse unbedingt durchgeführt werden, damit dem Morden ein Ende gemacht und insbesondere die deutsche Frühjahrsoffensive verhindert werde... Die Deutschen müßten vorangehen, dann würden sich die Arbeiter Englands und Frankreichs anschließen. Die feindlichen Sozialdemokraten warteten nur auf die Revolution in Deutschland.... Durch allgemeinen Streik müsse ein Frieden ohne jede Annexion herbeigeführt werden. In wenigen Wochen schon könne man diesen Frieden haben, wenn der Streik allgemein werde... Soeben habe er von Berlin einen Eilbrief erhalten, worin ihm mitgeteilt werde, daß Tausende von Streikenden Berlins Einrückungsbefehle erhalten hätten, daß aber niemand diesen Befehlen Folge leisten werde. — —

Kurt Eisner ist im Januar 1918 14 Tage in Berlin gewesen. Da er früherer Hauptschriftleiter des „Vorwärts" und weil sein Nachfolger Stampfer gleichfalls erklärter Kriegsgegner war, ist wohl anzunehmen, daß über diesen die Mitglieder des Parteivorstandes (Ebert, Scheidemann und Otto Braun) lange vor Ausbruch des Streiks wußten, wann sich etwas ereignen würde. Weiter ist auch anzunehmen, daß Eisner die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie vermittelt hat.

Die Entwicklung des Streiks gestattete es Trotzki, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu verschleppen und zuletzt abzubrechen, um erneut die politische Verseuchung des deutschen Ostheeres zu versuchen. Durch die abgebrochenen Friedensverhandlungen konnte Deutschland seine Truppen an der Ostfront zur Verstärkung der Westfront nicht vermindern.

In den Wirren der Revolution konnte sich das deutsche Volk mit dem Zusammenwirken zwischen der Mittelmächte-Sozialdemokratie und den Bolschewisten nicht beschäftigen, das nationale Gewissen schlummerte noch unter dem Schutt und Druck der Novemberereignisse. In dieser Zeit rühmten sich ehrgeizige Politiker gern, Väter der Revolution gewesen zu sein und bei solchem Wichtigtun sind auch regelmäßig Anfang und Ziel des Munitionsarbeiterstreiks ausgeplaudert worden.

[1]) Nach Ludendorff, in dessen Gutachten zum Ebertprozeß; vergl. „Eberts Prozeß" von „A"., Berlin o. J.

Kurt Eisner rühmte sich am 4. Februar 1919 auf dem „Internationalen Sozialistenkongreß in Bern" zuerst des Landesverrats:

„Damals erhoben sich die Arbeitermassen nicht aus Hunger, nicht nur des Brotes willen, nicht weil die Niederlage drohte, sondern weil wir die März-Offensive von Brest-Litowsk verhindern wollten."

Im gleichen Sinne sprach der damalige Parteivorsitzende der SPD., Hermann Müller, gleichfalls in Bern, am 5. Februar 1919:[1])

„... Der größte deutsche Massenstreik, den es je gegeben hat, der Streik vom Januar 1918, wollte das Kriegsende erzielen. Leider mußte er, wofür die Führer keine Veranwortung trifft, nach einigen Tagen unterbrochen werden, weil die Stunde noch nicht gekommen war...
...Wenn Scheidemann vorgeworfen wird, er habe von einem Sieg-Frieden gesprochen, so ist demgegenüber an sein Wort zu erinnern: „Ein Narr, der an den Sieg glaubt!"

Hermann Müller hat als Zeuge im Magdeburger Prozeß den aus Bern der „Freiheit" übermittelten Inhalt seiner Rede geleugnet, aber Ebert, Scheidemann, Dittmann und die übrigen Revolutionäre haben gleichfalls die Wiedergabe ihrer früheren Reden immer erst dann beanstandet, wenn sie Farbe bekennen sollten. Tatsache ist, daß Hermann Müller die ihm in den Mund gelegten ungeheuerlichen Bekenntnisse s. Zt. nicht dementiert hat.

Scheidemann hat sich in seinen Erinnerungen[2]) über den Januarstreik dahin festgelegt, daß er ihn als schweren Schlag für die Regierung und Vaterlandspartei bezeichnete, der mehr hätte sein können — ein vernichtender Schlag.

Als die Munitionsarbeiter streikten, hat es in den Kreisen der SPD. überhaupt keine Meinungsverschiedenheit gegeben; wie die Parteiführer, so stand auch der „Vorwärts" vorbehaltlos auf Seiten der Streikenden; er billigte am 29. Januar die Forderungen der Streikenden und sicherte diesen jede Unterstützung zu.

Am 2. Februar wiederholte er: „Wir stehen zu den Arbeitern und in schweren Zeiten stehen wir erst recht zu ihnen."

Am 3. Februar bekräftigt er: „Wir haben es in diesen Tagen wiederholt gesagt, und wir wiederholen es immer wieder: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht mit ihrem Kopf und mit ihrem Herzen zu den Arbeitern."

Das war ein trotziges Bekenntnis der „Vorwärts"-Redaktion, denn als es

[1]) „Die Freiheit" am 5. Februar 1919 Nr. 64.
[2]) Der Zusammenbruch.

geschrieben wurde, schwebte gegen die Genossen Kuttner und Stampfer wegen Begünstigung des Streiks bereits ein Landesverratsverfahren, das jedoch nach Beilegung des Streiks eingestellt wurde. Aber das Bekenntnis beweist, daß man in eingeweihten Kreisen schon im Januar mit dem rechnete, was der November gebracht hat.

Die Dinge lagen klar:

Die Arbeitermassen wußten aus den Sympathie-Kundgebungen des „Vorwärts", daß der Parteivorstand den politischen Massenstreik billigte.

Die Parteiführer wußten aus der Geschichte ihrer Bewegung, daß die Theorie über den politischen Massen- und Generalstreik, an deren Ende die Revolution gesetzt hatte: „Kommt der politische Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann gibts kein ‚Zurück' mehr. Dann heißt es: Biegen oder brechen."[1])

II. Das Scherbengericht in Magdeburg.

Der § 89 des Reichs-Strafgesetzbuches lautet: „Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder des Bundesgenossen desselben Nachteile zufügt, wird wegen Landesverrat mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Höhe bestraft."

Im Dezember 1924 wurde im Magdeburger Gerichtssaal Weltgeschichte gemacht: Die Führer der Sozialdemokratie während des Krieges, saßen moralisch auf der Anklagebank.

Nicht der jugendliche Redakteur einer kleinen mitteldeutschen Zeitung. (Rothardt-Staßfurt).

Der Prozeß enthüllte die ganze Jämmerlichkeit der deutschen Revolution in ihren Urhebern und Nutznießern: sie saßen seit dem November 1918 an bevorzugten Stellen des öffentlichen Lebens und leugneten, daß sie jemals revolutionär gewesen seien, am allerwenigsten im Januar 1918.

Das deutsche Volk glaubt aber heute daran, daß der damalige Munitionsarbeiterstreik der Wendepunkt in der Geschichte des

---

[1]) Karl Legien, Vorsitzender der Gen. Kom. d. Gew., Gewerkschaftskongreß in Köln 1905.

Weltkrieges auf deutscher Seite geworden ist, der Wendepunkt auf dem Wege — zum 9. November 1918.

Das deutsche Volk weiß, daß der Munitionsarbeiterstreik durch internationale Beschlüsse und Einflüsse vom Zaun gebrochen worden ist.

Es ergab sich von selbst, daß die deutsche Öffentlichkeit sich mit den schimpflichen Vorgängen besonders nachdrücklich zu beschäftigen anfing, als die meistens von „Unabhängigen" geschriebenen Revolutions-Bücher hinter die Kulissen des Streiks leuchteten und die zu staatlicher Macht und öffentlichem Ansehen gekommenen Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann und Otto Braun rücksichtslos bloßstellten.

Am 12. Juni 1922 besuchte der Reichspräsident Ebert München, auf dem Bahnhofsplatz rief ihm der völkische Schriftsteller Dr. Ganßer „Landesverräter" zu; die Umstände zwangen den Reichspräsidenten, Strafantrag zu stellen.

Dr. Ganßer bot den Wahrheitsbeweis an; er stützte ihn nicht allein auf Eberts führende Beteiligung am Streik, sondern auch auf dessen Kriegsreden.

Das Amtsgericht München ließ den Wahrheitsbeweis zu und die Genossen Ebert, Scheidemann, Dittmann, Emil Barth und Ledebour als Zeugen vernehmen. Deren Aussagen machten Eberts Erscheinen vor Gericht notwendig, denn Dittmann und Ledebour hatten ihn vorher schon öffentlich bloßgestellt.

Nach der Ladung des Reichspräsidenten vor das Münchener Gericht geschah das, was nur ein unsicher gewordener Kläger zu tun pflegt: Ebert ließ den Strafantrag durch seine Rechtsanwälte zurückziehen.

Zu einer öffentlichen Verhandlung ist es dadurch in München nicht gekommen und infolgedessen auch nicht zu einer Bestrafung des Angeklagten d. h. zu keiner Reinigung des Reichspräsidenten von dem Vorwurf, den kein Deutscher auf sich sitzen läßt.

Daß die Dinge anders lagen, zeigte sich einige Jahre darauf, nämlich als in der norddeutschen Presse der „Offene Brief" veröffentlicht wurde, den Dr. Ganßer im März 1924 in den bayerischen Zeitungen an den Reichspräsidenten gerichtet und darin den alten Vorwurf wiederholt hatte. Jetzt ließ Ebert erneut klagen, und zwar gegen ein simples Provinzblatt, das nicht über die Mittel verfügte, einen Riesenprozeß mit vielen Zeugen, Sachverständigen und ersten Verteidigern durchzuführen.

Inzwischen war aber auch in Berlin ein Schachzug ausgeführt worden: für München galt 1922 noch die nicht ergänzte Strafprozeß-Ordnung. Das bedeutete, daß auch der Reichspräsident gehalten war, als Zeuge persönlich vor Gericht zu erscheinen. Durch eine neue Bestimmung zur Strafprozeß-Ordnung war diese Gefahr beseitigt worden, d. h. der Reichspräsident brauchte nicht mehr vor

Gericht zu erscheinen, sondern mußte an seinem Amtssitz vernommen werden. Dadurch verbesserte sich Eberts Prozeßlage gewaltig, denn er konnte keinem unbequemen Zeugen mehr gegenübergestellt werden und es waren immerhin einige für Magdeburg geladen. Mit diesen Zeugen und deren belastenden Behauptungen fertig zu werden, blieb Aufgabe der beiden gewiegtesten Berliner Advokaten Landsberg und Wolfgang Heine sowie der gesamten volksparteilichen, demokratischen und sozialdemokratischen Presse, die jeden Zeugen auf das gemeinste herunterrissen, die es wagten, gegen Ebert auszusagen.

In der Verhandlung (9. bis 23. Dezember 1924) hat das Gericht die Beweggründe der Parteiführer (SPD.) für ihren Eintritt in die Streikleitung zu ermitteln versucht, sowie die behaupteten Maßnahmen, die sie ergriffen hätten, um den Streik im Interesse der Landesverteidigung zu beenden. Die zeugeneidlichen Aussagen lassen sich in vier Gruppen einteilen und ohne jeden Zusatz würdigen:

I. Gruppe. Ebert: „Ich habe zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt. Ich habe nicht aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dittmann: „...wir betrachteten es nicht als unsere Aufgabe, den Streik abzuwürgen."

II. Gruppe. Gustav Bauer: „Ebert hat den Standpunkt vertreten, daß der Streik ein Unglück sei und daß man alles tun müsse, um ihn so früh als möglich zu beenden, bevor er einen unabsehbaren Schaden angerichtet hätte. Der Eintritt in die Streikleitung hat nur diesem Zweck gedient."

Fritz Brolat: „Ich habe Ebert und Scheidemann gebeten, in die Streikleitung einzutreten, um Unglück zu verhüten."

Otto Wels: „Wir haben uns mit dem Streik nur befaßt, um die Landesverteidigung zu sichern."

Scheidemann: „Wir traten in die Streikleitung ein mit der ausgesprochenen Absicht, ihn so rasch wie möglich zu Ende zu bringen.... Wir haben bei unserem Eintritt in die Streikleitung gehandelt aus reiner Liebe zum Vaterland und zu unserem Volk.... und weil die Gefahr bestand, daß unbekannte Drahtzieher versuchen würden, sich der Bewegung zu bemächtigen."

III. Gruppe. Richard Müller („Leichenmüller"): „Nichts lag näher für diese Herren, als in die Streikleitung einzutreten, um das Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen.... Gegen den Streik als solchen hat Herr Ebert nicht Stellung genommen."

Maltzan: „Herr Ebert hat vom ersten bis zum letzten Tag sich nicht gegen den Streik geäußert."

Emil Barth: „Die Herren sind in die Streikleitung eingetreten, nachdem die mehrheitssozialistischen Arbeiter mitgemacht hatten."

IV. Gruppe. Emil Kloth: „Wenn man einen Streik abbiegen will, geht man nicht in die Streikleitung."

Pfütze: Herr Noske war so eingestellt, daß er jeden Rüstungsstreik bekämpft hätte."

Die Lösung der Widersprüche in diesen zeugeneidlichen Aussagen bringt ein Schreiben, das der Zeuge Richard Müller an das Gericht geschickt hatte, um sich gegen Behauptungen im „Vorwärts" zu wehren:

„Ich war Vorsitzender der Streikleitung, der auch Herr Ebert angehörte. Wenn Dr. Landsberg sich auf mein Buch bezüglich der Haltung Eberts beruft, muß ich das zurückweisen. Herr Ebert hat an fünf Sitzungen der Streikleitung teilgenommen und nicht gegen den Streik gesprochen. Wäre schon damals das passiert, was im November 1918 eintrat, hätte sich Herr Ebert auch damals an die Spitze der Bewegung gestellt."

Die Darstellung, die der Zeuge Richard Müller über die Taktik der Herren Ebert, Scheidemann und Otto Braun gegeben hat — die Angstpsychose, sie ist allein glaubhaft. Und diese Angst, von den Wählern abgehängt zu werden, hat ihre — Kriegszielpolitik stärker beeinflußt, als die Sorge um den glücklichen Ausgang des Krieges. Diese Angst ist der rote Faden, der zum 9. November führt und die schlüssigste Bestätigung der Müller'schen „Theorie" ist, daß auch die Behörden (Preußisches Innenministerium, Oberkommando in den Marken und das Berliner Polizeipräsidium) sie vertreten haben. Deren Beamten haben gleichfalls als Zeugen ausgesagt:

Regierungsrat Henniger:[1]) (Oberkdo. i. d. M.): „.... Nach den Tatsachen mußte jeder annehmen, daß die sozialdemokratische Parteileitung durchaus hinter der Streikbewegung stand. Das hat sie ja später auf dem internationalen Kongreß offen zugegeben."

Rechtsanwalt Landsberg (erregt): „Das ist einfach nicht wahr[2])." Es geht doch nicht, daß in dieser Weise plädiert wird."

Regierungsrat Henning[3]) (Abt. Ia Pol. Präs. Berlin): „Während des Krieges sind von unserer Abteilung auch Stimmungsbilder über die Lage hergestellt worden. Das Stimmungsbild, das wir kurz vor dem Streik den zuständigen Stellen weitergaben, lautete dahin, daß nach unseren Erforschungen die Bewegung nicht verursacht sei durch Ernährungsschwierigkeiten oder durch Sehnsucht nach Frieden, auch nicht durch die Wahlrechtsvorlage, sondern durch geheime Bestrebungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich bemühte, den Beschluß der Zimmer-

[1]) K. Brammer: „Der Prozeß des Reichspräsidenten", Berlin 1925, S. 38/39.
[2]) Vergl. Herm. Müller's Rede in Bern am 5. Februar 1919.
[3]) Brammer a. a. O. S. 52.

walder und der Kopenhagener Konferenz zu verwirklichen. Der Streik war unserer Ansicht nach lediglich ein parteipolitischer und parteitaktischer."

Auf Befragen erklärte er weiter[1]: „Der Eintritt der SPD. war ein taktisches Manöver: sie fürchtete sonst von der USP. an die Wand gedrückt zu werden ...."

Wallraf[2]) (Staatssekretär des Reichsamts des Innern): „Ich bin der Überzeugung, daß der Streik eingeschränkt oder verhindert worden wäre, wenn die sozialdemokratische Partei von vornherein die Arbeiter davor gewarnt hätte."

Die Absicht der SPD., den Streik nicht abzukürzen, ihn dagegen für Parteiinteressen auszunutzen, stand somit fest und diese Absicht ist in der 2. Instanz erneut bestätigt worden.

In der Berufungsverhandlung des Prozesses im März/April 1925 hat der Zeuge Richard Müller die Taktik der SPD-Führer noch nach einer anderen Seite hin gebrandmarkt. Am 14. Verhandlungstage sagte er u. a. aus: „Der Eintritt der Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann und Braun war für die moralische und politische Weitertreibung des Streiks äußerst günstig. Die Mehrheitssozialdemokratie war damals in den Augen der Regierung und der bürgerlichen Gesellschaft noch ein großer Machtfaktor, somit konnte ihr Zutritt zur Streikleitung dem Streik nur nützen. Außerdem hatte uns die Sozialdemokratie noch bei dem ersten Massenstreik im Jahre 1916 als Landesverräter bezeichnet. Deshalb sagten wir uns, wenn die Sozialdemokraten auch Landesverräter werden wollen, so sollen sie nur zu uns in die Streikleitung kommen."

Der frühere „Vorwärts"-Redakteur Davidsohn bestätigte die vorstehende Aussage: Wenn der Januarstreik erfolgreich geworden wäre und zur Revolution geführt hätte, daß dann Ebert und Scheidemann sich genau so an die Spitze gestellt hätten wie bei der November-Revolution, das sei sicher.

Die entscheidende Frage, auf die eine überzeugende Antwort hätte gegeben werden müssen, lautete: Weshalb sind die im Verkehr mit der Reichsregierung vertrauten Reichstagsabgeordneten überhaupt in die Streikleitung eingetreten, da sie außerhalb ebenso gut und vielleicht, weil nicht gebunden, viel erfolgreicher im Sinne der Landesverteidigung hätten verhandeln können? Auf diese Frage hätte es nur eine Antwort geben können, und mit ihr wäre bestätigt worden, daß die Genossen Ebert, Scheidemann und Otto Braun von vornherein nie die Absicht gehabt hatten, über Streikfragen mit der Regierung zu verhandeln, sondern ihr schon im Januar, wie 10 Monate später im November, ein Bein zu stellen.

Daß die Streikführer keine arbeitsfriedlichen Absichten hegten, sondern

[1]) Brammer a. a. O. S. 53.

[2]) Brammer a. a. O. S. 54.

gewillt waren, die Regierung aufs Glatteis zu führen, beweist die Tatsache, daß sie in einer an sich verbotenen Sitzung in Treptow (in der Küche „Leichenmüllers") am 30. Januar noch erst ein Streikflugblatt verfaßten und gemeinsam, einschließlich Ebert, billigten und dann mit der Regierung verhandeln wollten. Also erst, nachdem sie Öl ins Feuer gegossen hatten und es allerorten bereits nach Revolution roch.

Dieses Flugblatt wurde durch den Vorwärts-Verlagsdirektor Richard Fischer (M. d. R.) eigenhändig gesetzt und geheim gedruckt.

Die Berufungsverhandlung wurde nicht zu Ende geführt, weil die „Unabhängigen" einen Beschluß des Reichstages durchgebracht hatten, der den Abgeordneten die Genehmigung versagte, in diesem Prozeß weiterhin vor Gericht auszusagen; ferner hatte sich Scheidemann durch amtsärztliche Zeugnisse krank melden können. (Er hat trotzdem zu gleicher Zeit und nachher in Wahlversammlungen gesprochen.) Inzwischen war der Reichspräsident gestorben, so daß das Urteil erster Instanz nicht rechtskräftig werden konnte.

Für die Beurteilung der Psyche Scheidemanns ist ein Teil des in der Berufungsinstanz vorgelegten Beweisantrages aufschlußreich; aufgrund ihrer Erfahrungen mit Scheidemann sah sich die Verteidigung gezwungen, zu erklären: „Dem Zeugen Scheidemann fehlt in letzter Zeit Selbstkritik, er sieht alle ihn und seine Freunde betreffenden Ereignisse jedesmal so, wie es ihn die jeweilige Lage günstig erscheinen läßt. Er heißt daher auch in sozialistischen Kreisen „der Mann ohne wissenschaftliches und geschichtliches Gewissen."

Zum Schluß sei noch ein revolutionäres Bekenntnis des damaligen Reichskanzlers Ebert am 10. November 1918 in einer öffentlichen Versammlung festgehalten. Auf den Zuruf, er sei ja gar kein Revolutionär, sondern auch nur ein Nutznießer der Revolution, hat er sich mit folgender Erwiderung gewehrt:

Das sei nicht wahr, seit Monaten hätten er und seine Parteigenossen mit allen Mitteln auf die Revolution hingearbeitet, sie hätten sich seit der Zeit bewußt in Gefahr begeben und nicht anders als mit der Pistole unter dem Kopfkissen geschlafen, denn, wenn das, was sie getrieben hatten, entdeckt worden wäre, so wäre ihnen nichts anderes übriggeblieben, als die Waffen gegen sich selbst zu richten.

Haben die Mitglieder des Parteivorstandes der SPD., vom politischen und moralischen Standpunkt betrachtet, in schwerster Notzeit des Vaterlandes sich des Landesverrats schuldig gemacht?

Diese Frage muß nach den mitgeteilten Beweisen von jedermann bejaht werden, der das deutsche Volk nicht belügen will. Als es noch rühmlich war, Revolutionär gewesen zu sein, hat sogar der Parteivorstand seine vorbereitende Tätigkeit auf den 9. November zugegeben. In seinem dem Parteitag in Weimar 1919 vorgelegten Bericht heißt es:

„Die Parteileitung stellte sich gegen den Willen der USP. aber auf Wunsch der Arbeiterschaft mit an die Spitze der großen Arbeitseinstellungen, die im Januar 1918 vornehmlich als Protest gegen das triviale Treiben der Reaktionäre erfolgten.... Erst der Zutritt der Parteileitung, ihr offenes Bekenntnis zu der Sache der Arbeiter, gab jener Bewegung, die unabwendbar geworden war, ihren Umfang und ihre Bedeutung."

*

„Im Namen des Volkes."

In dem Gerichtsurteil der 1. Instanz vom 23. Dezember 1924 heißt es:

„Das Gericht hatte zu prüfen, ob nach dem somit festgelegten Sachverhalt es als erweislich wahr anzusehen ist, daß der Nebenkläger Landesverrat begangen hat. Das Gericht hat bei Prüfung dieser Frage lediglich und allein von dem Gesichtspunkte des Strafrechts auszugehen; nur in dieser Richtung war der ermittelte Tatbestand zu würdigen. Es konnte und durfte nicht die Aufgabe des Gerichts sein, den Tatbestand vom Standpunkt des Politikers oder Historikers zu betrachten, oder etwa zu untersuchen, ob moralisch die Betätigung des Nebenklägers verwerflich sei oder nicht. Es mußte dem Gericht vollkommen gleichgültig sein, ob etwa Instanzen, die das Verhalten des Nebenklägers, wie es oben dargelegt ist, vom Standpunkt der Politik, der Geschichtserforschung oder der Moral untersuchen, zu einem anderen Ergebnis etwa kommen könnte, als dasjenige Ergebnis sein mußte, das bei Würdigung des Sachverhalts vom Standpunkt des Strafrechts erzielt werden mußte....

Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß Deutsche, die während eines Krieges einen allgemeinen Massenstreik anzetteln, bei dem hauptsächlich Industriearbeiter beteiligt sind, oder die diesen Streik, sei es durch Wort, sei es durch Tat, organisieren, stützen und stärken, der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zufügen. Ganz besonders trifft das dann zu, wenn, wie im Jahre 1918, gegen das Deutsche Reich ein Krieg tobte, der mit den Mitteln fast der ganzen Welt allein gegen unser Vaterland sich richtete, und dies durch feindliche Maßnahmen, namentlich zur See, von dem Weltverkehr absperrte. Der Krieg war immer mehr zu einem Materialkrieg geworden.... Wenn nun dieser Januarstreik vom Jahre 1918, wie Beweisaufnahme ergeben hat, zum größten Teil auch Betriebe stillegte, die mit Herstellung von Waffen, Munition und Heeresgerät befaßt waren, so unterliegt es dem Gericht keinem Zweifel, daß der Streik dem deutschen Heere Nachteile zugefügt hat. ....

Daß der Nebenkläger zusammen mit den anderen Mitgliedern der Streikleitung objektiv zu den Führern des Streiks gehörte, kann nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht zweifelhaft sein. Schon allein der Name „Streik-

leitung" weist auf die Tätigkeit hin, die die Mitglieder dieser Körperschaft bestimmungsgemäß ausüben sollten und auch ausübten..."

Nach einer sehr ausführlichen rechtlichen und tatsächlichen Beweiswürdigung kam das Gericht zu folgendem Urteil: „Es mußte somit festgestellt werden, daß der Nebenkläger durch seine Beteiligung an der Streikleitung und durch die einzelnen Handlungen in dieser seiner Stellung, zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Streikleitung, objektiv und subjektiv den Tatbestand des § 89 StrGB. verwirklicht hat. Damit war weiterhin festzustellen, daß die Tatsache, die der Angeklagte behauptet und verbreitet hat, daß nämlich der Nebenkläger durch seine Beteiligung am Berliner Massenstreik im Januar 1918 Landesverrat begangen habe, erweislich wahr ist."

Dieses Urteil mußte die Stellung Eberts als Reichspräsidenten erschüttern und das ist der Fall gewesen und keine Ergebenheitstelegramme oder Beschlüsse der Reichsregierung und einzelner Länderregierungen hat das öffentliche Urteil, das sich durchaus mit dem des Gerichts deckte, zu beeinflussen vermocht.

Der Landgerichtsdirektor Bewersdorff ist wegen dieses Urteils in übelster Weise beschimpft und gelästert worden, vornehmlich aus richterlichen Kreisen.

Der Richter hat vorsichtig geurteilt; jedes mildere Urteil wäre — Volksverrat geworden.

In den Gerichtssaal von Magdeburg ist mit Triumph die politische Lüge hineingetragen worden.

Der Magdeburger Richter Bewersdorff hat die Aussagen der „republikanischen Majestäten"

des Reichskanzlers a. D. Bauer,
des Reichskanzlers a. D. Hermann Müller,
des Ministerpräsidenten a. D. Scheidemann,
des Ministerpräsidenten Otto Braun,
des Parteivorsitzenden Otto Wels und ihresgleichen als lautere Münze gewertet.

In Wirklichkeit sind sie alle moralisch Angeklagte in Magdeburg gewesen.

Dittmann hat zweimal die Wahrheit gesagt: in seinem Brief an die „Bergische Arbeiterzeitung"[1]) und am 10. Februar 1922 im Reichstag:

[1]) s. Seite 56.

„Damals — Januar 1918 beim Munitionsarbeiterstreik — gehörten zur Parteileitung auch sechs Parlamentarier: außer Haase, Ledebour und mir auch Scheidemann, Otto Braun, der preußische Ministerpräsident, und der jetzige Reichspräsident Fritz Ebert. Mit verächtlichem Lächeln und entsprechender Handbewegung teilte uns Ebert eines Morgens mit, daß er als erster das Verbot des Generals v. Kessel zugestellt erhalten habe, und er fügte hinzu: „Der Wisch ist für die Katz". Genau wie jetzt die Werkleiter der verfolgten Eisenbahngewerkschaft, so sind wir von der Streikleitung — Ebert eingeschlossen — von einem Lokal zum andern vor den Polizeischergen geflüchtet. Ein außerordentliches Kriegsgericht hat mich damals zu zwei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Festungshaft verurteilt, weil ich in einer Versammlung im Treptower Park für einen Frieden der Verständigung hatte sprechen wollen. Schon nach den ersten Sätzen wurde ich verhaftet. Aber vor mir hatte ein Redner 20 Minuten lang für das Streikziel sprechen können. Sein Name ist bisher in der politischen Öffentlichkeit nicht bekannt gewesen: es war der jetzige Reichspräsident Fritz Ebert."

6. Totengräber Deutschlands

I. Die marxistische Welle

Die Bewilligung der Kriegskredite durch den Reichstag war weit mehr als ein verfassungsrechtlicher Akt, als die Ausübung eines parlamentarischen Rechts geworden, seitdem es im Reichstag wieder Parteien, und nicht mehr nur Deutsche gab. Jede Spaltung des Reichstages für und gegen die Kredite übte ihre Wirkung nicht nur auf das deutsche Volk aus, sondern nährte die Hoffnung unserer Feinde auf den unausbleiblichen Zwiespalt der Kräfte in Deutschland.

Den aussichtsreichsten Kampf konnte der Feind also auf deutschem Boden, und mit — zuerst unbewußter — Unterstützung durch Deutsche selbst führen. Je tiefer und größer die Spaltung in der deutschen Volksvertretung (Reichstag) sich entwickelte, um so zuversichtlicher bekämpfte der Feind alle Friedensregungen daheim, und unbekümmert konnte er die deutschen Friedensfühler voller Hohn zurückweisen: die Abstimmungen im Reichstag über die Kriegskredite wurden zum Barometer der politischen Stimmung in Deutschland.

Was im Reichstag verhandelt wurde, war öffentlich, die Zeitungen berichteten darüber und kein englischer Agent brauchte sich sonderlich zu bemühen, um den Stand dieses Barometers abzulesen, er wurde ihm in seinem Zimmer mit dem Frühstück vorgesetzt.

Am 2. August 1914 hatten in der natürlich nicht öffentlichen Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion 97 Abgeordnete für und bereits 14 gegen die Kriegskredite gestimmt, diesmal fügte sich die Minderheit dem Fraktionsbeschluß, so daß bei der Abstimmung im Plenum die schon am 4. August vorhandene innere Spaltung verborgen blieb. Bei der 2. Kreditvorlage am 2. Dezember stimmte Karl Liebknecht im Plenum, also bereits öffentlich gegen den Kriegskredit, und am 20. März 1915 schloß sich ihm Otto Rühle (Sachsen) an, während 30 andere Reichstagsmitglieder der SPD. den Sitzungssaal verließen: die Front von „Heydebrand bis Haase" war durchbrochen!

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts", schwankte „zwischen Siegeshoffnung und Nichts-als Klassenkampf hin und her, brachte aber später sein Mißvergnügen immer offener zum Ausdruck .... Dabei unterrichtete er die Partei so einseitig über die Haltung der sozialistischen Parteien des Auslandes und ließ Angriffe ausländischer Sozialisten unerwidert, daß der Eindruck erweckt wurde, als könne die Stellung der deutschen

Arbeiterklasse nicht verteidigt werden .... Inzwischen wurde in den Berliner Parteiorganisationen eine systematische Hetze gegen die Gewerkschaften und ihre Führer eingeleitet, so daß kaum ein Gewerkschaftsredner auftreten konnte, ohne gröblichen Angriffen und Insulten ausgesetzt zu sein."[1])

So sah es in den Kreisen der Berliner Sozialdemokratie aus, als am 20. März 1915 30 Reichstagsabgeordnete öffentlich gegen den Krieg demonstrierten, indem sie nicht für die 3. Kriegskreditvorlage stimmten.

Die besonnenen Führer der Sozialdemokratie versuchten diese Steigbügelhalter der Feinde zu warnen und sie unschädlich zu machen. So äußerte sich der Reichstagsabgeordnete Dr. David in der Sitzung des Parteiausschusses[2]) im Januar 1916:

„Die Haltung der Opposition hat jetzt schon großen Schaden angerichtet. Das neueste Manifest der Franzosen ist der Beweis dafür. Jeder Satz des Manifestes zeugt von Verblendung. Wenn die Franzosen ihre Meinung so unverschämt aussprechen, so ist daran unsere Opposition schuld. Die Spekulation, die die französische und russische Regierung vor dem 4. Aug. 1914 in Hinsicht auf die deutsche Sozialdemokratie hatten, wird jetzt wieder belebt durch die Haltung der Opposition."

Solche Warnungen sind durchaus berechtigt gewesen, denn das Ausland wartete auf das Fortschreiten der Zersetzung in der deutschen Sozialdemokratie, die sich in zahlreichen Zänkereien äußerten und über die eingeweihte deutsche Sozialdemokraten an die neutralen und sogar feindlichen Zeitungen berichteten. Über diese Wirkung führte Scheidemann zwei Beispiele an[3]):

„... Es ist zweifellos, daß das Verhalten der Opposition, wie ich schon gesagt habe, den Krieg nur in die Länge ziehen kann. Ich will auch hier erinnern an die Worte Sembats vom September vorigen Jahres: ‚Wenn die deutschen Sozialisten ihre Politik beibehalten, müssen wir unter allen Umständen sehen, den Krieg so schnell als möglich zu beenden.'

Zwei Monate später, nachdem allerlei Schauermärchen ins Ausland gekommen waren, über große Aufstände in Deutschland, über das Anwachsen der Opposition und revolutionärer Strömungen, erklärte derselbe Sembat: ‚Jetzt hat sich die Situation geändert. Deutschland wird bald nicht mehr können, der Hunger nimmt zu und die Opposition wächst. Nun müssen

---

[1]) Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (Nürnberg 30. Juni bis 5. Juli 1919) S. 202/203.

[2]) Protokoll der Sitzungen des Parteiausschusses vom 7. 8. 1915 und 9. 1. 1916. 1. Tag.

[3]) Protokoll der Sitzungen des Parteiausschusses vom 7., 8. u. 9. I. 1916. 1. Tag. Nachmittagssitzung. S. 160.

wir den Krieg in die Länge ziehen, denn, je länger er dauert, um so schlimmer wird die Lage Deutschlands, um so besser werden die Aussichten Frankreichs auf den endgültigen Sieg.'

Die Opposition richtete im Juni 1915 einen „Offenen Brief" an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, dessen Inhalt auf die deutsche Kriegsführung gar keinen Einfluß haben konnte, die Hoffnungen der Feinde auf den endlichen Zerfall des deutschen Volkes jedoch beleben mußte.

Am 19. Juni 1915 veröffentlichte die linkssozialistische „Leipziger Volkszeitung" einen Aufruf der Parteigrößen Haase, Bernstein und Kautsky: „Das Gebot der Stunde", in dem offen verlangt wurde, den Etat und alle weiteren Kriegskredite grundsätzlich abzulehnen und damit gegen jede Verlängerung des Krieges zu demonstrieren.

Es gab bereits damals eine Zentralstelle für die politische, offen betriebene Minierarbeit; im November 1915 begründete Karl Kautsky in der „Neuen Zeit" die Anschauung, daß das Recht der persönlichen Überzeugung über die Parteidisziplin zu stellen sei und volle Meinungsfreiheit sowohl innerhalb der Partei als auch von der Tribüne des Reichstages herab gefordert werden müsse: das verlange die Parteieinheit!

Die Folge war, daß am 21. Dezember 1915 unter Führung Haases bereits 20 Abgeordnete gegen die Kriegskredite stimmten.

Am 9. Januar 1916 beschloß der Parteiausschuß der SPD. eine Mißbilligung gegen die Disziplinbrecher und gegen den „Vorwärts", der die Ablehnung der Kriegskredite gebilligt hatte; er bezeichnete die Politik der Partei am 4. August 1914 als einen im Wirbelsturm sich überstürzender Ereignisse gefaßten Zufallsbeschluß.

Eine solche Erklärung im Zentralorgan der größten und s. Zt. auch einflußreichsten deutschen Partei war für die Feinde eine gewonnene Schlacht, denn sie kam nicht von ungefähr, sondern mußte eine Ansicht wiedergeben, die viel weiter verbreitet war, als im Interesse der Partei damals aus mehreren Gründen offiziell verlauten durfte: sie wollte nicht verboten werden und ihre Führer wollten Tuchfühlung mit der Regierung behalten, weil, nach dem Parteidogma, am Ende des Krieges die Revolution stand. Diese Haltung entsprach auch den Beschlüssen auf den Internationalen Kongressen vor dem Kriege in Stuttgart (1907) und in Kopenhagen (1910): „den Sozialisten aller Länder im Falle eines Krieges zur Pflicht zu machen, die durch den Krieg geschaffene Situation zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen."

Am 24. März 1916 lehnte eine Minderheit den Kriegskredit nicht nur ab, sondern entfesselte sogar eine scharfe Kritik gegen die deutsche auswärtige Politik und gegen die Kriegsverlängerung, die Fraktion (nicht die Partei)

spaltete sich und die Reichsregierung tat nichts: Deutschlands innerer und in der Folge gefährlichster Feind konnte sich ungehemmt entwickeln und entwickelte sich auch. (Die Minderheit von 18 Abgeordneten bildete die sogenannte „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.")

Diese Minderheit war nun alles andere als eine geschlossene Einheit, sie setzte sich vielmehr aus Internationalen (Spartakisten), die einzeln zu schwach waren, und denen um Haase-Kautsky zusammen, um eine Organisation und Propaganda zu unterhalten und deshalb auf Geld von Kapitalisten und Ausländern angewiesen waren. Es galt zunächst als Partei selbständig zu werden, um die Mutterpartei aufzusaugen: im April 1917 (Osterkonferenz in Gotha) zerschnitten Haase und Dittmann das Tischtuch und die Splittergruppen sammelten sich jetzt in der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" (USP.).

In Gotha wurde der Streik als Mittel zur Bekämpfung des Krieges durch Parteibeschluß offiziell anerkannt.

Gleichzeitig wurde in Berlin versucht, auch die Gewerkschaften zu spalten. Der Abgeordnete Dr. Herzberg hatte Thesen ausgearbeitet und vertreten, von denen eine hieß:

„Gegen die Gewerkschaftsinstanzen ist innerhalb der Gewerkschaften vorzugehen durch Gewinnung der Leitungen. Ebenso gegen die sozialpatriotische Haltung der Gewerkschaftspresse."

Man ist erschüttert und fragt sich heute, ob denn so viel verbrecherische Unfähigkeit der staatlichen Aufsichtsstellen möglich gewesen ist; sie ist nämlich in erster Linie verantwortlich dafür, daß die feindlichen Agenten zur Erfüllung ihrer Aufträge nicht mehr Geld auszugeben brauchten, als das Bezugsgeld für einige Zeitungen betrug, um über die unaufhaltsam fortschreitende Zersetzung der deutschen Heimatsfront täglich unterrichtet zu werden.

Die Schlußfolgerung, daß die innerdeutsche Zerrissenheit der beste Verbündete der Entente und das Grab Deutschlands gewesen ist, zwingt sich auf, denn im Protokoll über den 10. Gewerkschafts-Kongreß 1919 findet sich eine Äußerung des inzwischen verstorbenen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, die Ludendorff auch nicht anders hätte formulieren können und die vielleicht deshalb nicht in die sozialistische Revolutionsliteratur übernommen worden ist. Legien erklärte nach dem gedruckten stenographischen Bericht:

„Das gegenwärtige Unglück des deutschen Volkes ist nicht hervorgerufen worden durch die Politik der Generalkommissionen, sondern durch die Politik derjenigen, die die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse gesprengt haben. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit — Widerspruch bei der Opposition.) Dadurch, daß eine

Agitation getrieben wurde, die schließlich zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und zur Zerstörung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse geführt hat, ist die Widerstandskraft unseres Volkes gebrochen und uns dieser Gewaltfrieden zuteil geworden."

Am 17. April 1917, im Anschluß an die Bildung der neuen radikalen sozialistischen Partei, hatte Deutschland den bis dahin größten politischen Massenstreik!

II. Füchse oder Führer

Die Kriegszielpolitik der sozialdemokratischen Parteiführer konnte von Kriegsbeginn an nicht Grundsatz sein, sondern mußte Taktik werden: sie unterwarfen sich den Gesetzen der Wandlung! Die deutschen Arbeitermassen dagegen waren dem Gefühl und Wollen nach unbedingt national eingestellt, der Zwiespalt ist erst durch die Eifersucht der „Bonzen" in ihren Reihen künstlich erzeugt und vertieft worden. Der so entstandene geistig-politische Zwiespalt wurde zur Kraftquelle der Feinde. Hier lag jene Einbruchsstelle, die im Laufe des Krieges wichtiger wurde als die militärische Front.

Die meisten Führer der Sozialdemokratie konnten zum vollen Sieg Deutschlands keine entscheidende Stellung finden. Sie wollten es auch bewußt nicht, denn ein unbestrittener Sieg hätte nach ihrer Meinung die volle Herrschaft von „Junkertum" und „Kapitalismus" gebracht und ihre Hoffnungen auf Übernahme der staatlichen Macht in Deutschland auf lange Zeit vernichtet. Dadurch läßt sich die Haltung der Parteiführer erklären, die sich seit Dezember 1914 nachweisen läßt: die Befürwortung nicht eines Sieg-, sondern eines Verständigungsfriedens.

Diese Einstellung zur Beendigung des kaum erst begonnenen Krieges ist ein Frevel an dem eigenen Volk gewesen, ein Verbrechen, dessen tatsächliche Folgen den Verantwortlichen von vornherein hätten klar sein müssen. — Hier beginnt deshalb bereits der Verrat aus den Reihen des eigenen Volkes. Für diese schwere Beschuldigung liefert die Sozialdemokratie selbst vollgültige Beweise: „als Manuskript gedruckte", mithin nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesene, parteioffizielle Literatur.

Im September 1916 fand in Berlin die „Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands"[1]) statt. Auf ihr berichteten die Reichstagsabgeordneten Ebert und Scheidemann über „die Politik der Partei" und „die Tätigkeit des Parteivorstandes". Die vom Parteivorstand veröffentlichten Reden sind

[1]) 101 Reichstagsabgeordnete und 304 Delegierte der Kreisorganisationen.

vor ihrem Druck — im Vorwort wird darauf besonders hingewiesen — der Zensur wegen vorsichtig korrigiert worden; was für die Veröffentlichung freigegeben wurde, ist also zumindest gesagt worden.

Die hier interessierende Stelle aus der Rede Eberts lautet:

„Nach Kriegsausbruch hat dann die Parteileitung ihre Bestrebungen, eine Verständigung und Fühlungnahme mit der Internationale herbeizuführen, von neuem aufgenommen und unausgesetzt fortgeführt. Im September 1914 bereits haben Mitglieder des Parteivorstandes in der Schweiz versucht, mit der französischen Partei in Fühlung zu kommen. Der Versuch ist mißglückt, nicht durch unsere Schuld. — Einige Wochen später erklärte sich die holländische Partei bereit, die Funktionen des internationalen Büros zu übernehmen und eine Verständigungsaktion unter den Parteien der kriegführenden Länder einzuleiten. Der Vorschlag wurde uns erst unterbreitet, als er bereits die Zustimmung der drei skandinavischen Parteien gefunden hatte. Wir haben diesen Vorschlag freudig begrüßt, ebenso unsere österreichischen Freunde. Die französische Partei dagegen hat gegen ihn heftigen Protest erhoben."

Die deutschen Sozialdemokraten haben sich durch diese Brüskierung jedoch nicht abhalten lassen, weiter um eine Verständigung zu bitten, Ebert erzählte noch von zwei weiteren mißlungenen Versuchen und fuhr dann wörtlich fort:

„Das Bild unserer Verhandlungen mit der Internationale ist nicht erhebend. Vandervelde, die Mehrheit der französischen Partei und die britische Arbeiterpartei machen ihre Stellung zum Kriege abhängig von der Entscheidung durch das Schwert. Das ist der Krieg bis zum Ende! (Sehr richtig!). Das ist aber auch die grundsätzliche Ablehnung des Verhandlungsprinzips. (Sehr richtig!)"

Diese Erfahrungen hatten die deutschen Parteiführer bereits bis zum September 1916 mit ihren „Genossen" jenseits der deutschen Front gemacht und sie haben weiterhin trotzdem alles getan, um dem Feind zu dem Schauspiel der Friedenssehnsucht, das der Parteispaltung, der inneren Zersetzung und des Kampfes gegen Reichsregierung und Oberste Heeresleitung zu bieten.

Die Rede Scheidemanns vor den Funktionären der Partei wurde zu einem Brillantfeuerwerk, das seine Leistungen überstrahlte und beweisen sollte, wie sehr die Partei bemüht geblieben sei, internationale Gedanken zu pflegen.

Darüber war somit Klarheit vorhanden, daß auch französische und englische Genossen die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland begehrten. Das hätte nimmer ruhender Antrieb werden müssen, sich auf die gleiche Linie: Krieg, Sieg und dann erst Frieden einzustellen, um die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes nach außen zu zeigen. Für diese Notwendigkeit haben

führende Sozialdemokraten Grundsätze aufgestellt, wie sie die Regierung auch nicht schärfer hätte formulieren können und wenn sie trotzdem nicht eingehalten, vielmehr bewußt übertreten wurden, dann ist das die Bestätigung für die planmäßige Totengräberarbeit unserer Sozialdemokraten.

Am 18. Januar 1916 vertrat der Abgeordnete Wolfgang Heine im Reichstag folgenden Standpunkt:

„Die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Tatkraft und der Abwehr, der Wille zur Vaterlandsverteidigung, das ist freilich die Voraussetzung unseres Sieges. Wer seine persönlichen Liebhabereien, seine persönlichen Wünsche, politische oder sonstige, wer seine Parteiinteressen, seine theoretischen Rechthabereien über die Sicherheit des Vaterlandes, über die Zukunft Deutschlands stellt, wer nicht bei allem, was er tut und schreibt, daran denkt, was für Wirkung es nach außen und nach innen ausübt, ob es nicht die Vaterlandsverteidigung, die Kraft des Volkes, gefährdet oder schwächt, von dem sage ich ohne weiteres: hic niger est, von dem rücke ich nicht nur ab, sondern gegen den sind mir auch allerhand scharfe Maßregeln recht."

Scheidemann schrieb[1]):

„Die Gegner setzen ihre Siegeshoffnungen auf die Einigkeit und Kriegsentschlossenheit in ihren Landen und auf die Zwietracht und Kriegsverdrossenheit in unserem Lande. Diese Hoffnungen müssen zerstört werden, je schneller um so besser.

Wer Handlungen begeht, die die Hoffnung unserer Gegner stärken, hilft den Krieg verlängern."

Beide, Heine und Scheidemann, haben sich hiermit unzweideutig und uneingeschränkt auf den Standpunkt gestellt, daß die Personen Landes-, zumindest Volksverrat begehen, die die von ihnen anerkannten Grenzen überschreiten.

Die Stellung zur Friedensfrage hatte Deutschland aber am ersten und am nachhaltigsten in zwei Lager gespalten. Das wußte Scheidemann selbstverständlich alles und sein Lavieren von Standpunkt zu Standpunkt läßt sich nur aus den Bedürfnissen seiner Partei erklären. Für ihn und seine Gegner gab es nur ein Ziel, nämlich die Partei und sich selbst am Ende des Krieges im Regierungssattel zu sehen. Bis dahin mußte er schaukeln, er mußte sich einerseits den bürgerlichen Kreisen gegenüber mit patriotischen Reden ausweisen und den Genossen andererseits seine auf Frieden gerichtete internationale Gesinnung nachweisen können.

Scheidemann konnte aber noch mehr, er genügte sogar den radikalen Elementen, die Frieden um jeden Preis mit anschließender Revolution wollten.

---

[1]) „Es lebe der Frieden". Berlin 1916, S. 32.

Auf dem Parteitag in Würzburg (Oktober 1917) warf er auch diesen Leuten einen Bissen zu[1]):

„Aber das, was wir wollen und wofür wir kämpfen, das ist das Unerhörte, das Große, das Neue! Das ist die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe zur internationalen Völkergesellschaft und zum Sozialismus. So erscheint uns dieser Weltkrieg nur als das gewaltige Vorspiel einer noch viel gewaltigeren Begebenheit, einer geistigen und sozialen Umwälzung, wie sie die Welt noch niemals erlebt hat."

Er schloß mit dem Gelöbnis: „Wir marschieren und — wenn es sein muß — dann stürmen wir. Vorwärts!"

Solche Friedens- und Revolutionsreden der sozialdemokratischen Führer gebrauchte die feindliche Fliegerabwurf-Propaganda, um sie über deutsche Schützengräben und das Hinterland abwerfen zu lassen.

In England und Frankreich standen die größten Hasser Deutschlands an der Spitze der Regierung, Männer, die wußten, was sie wollten und die konnten, was das Vaterland von ihnen verlangte, während bei uns verkalkte Geheimräte mit den erbittertsten Gegnern des Krieges sich gut zu stellen versuchten. Clemenceau und Lloyd George begegneten allen Friedensregungen mit rücksichtslosester Strenge, selbst Wilson ließ jede kriegsfeindliche Meinungsäußerung unterdrücken, in Frankreich mußte der kriegsmüde Minister Malvy ins Exil wandern, der Ministerpräsident vor dem Kriege ‚Caillaux' wurde in Haft genommen, weil er vorgeblich den Siegeswillen gefährdete; bei uns wurden die „Malvy's" Minister!

Auf der oben erwähnten „Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands" konnte der Führer der Opposition, der Reichstagsabgeordnete Haase, eine Rede halten, die ihm in Frankreich zweifellos und mit Recht Deportation eingebracht hätte. Haase ließ so offen brutal die Maske fallen, daß man heute geneigt ist, die Schlappheit der Regierung als leichtfertig und unverantwortlich anzusehen. Im Sitzungsprotokoll heißt es:

„Etwas ganz anderes ist aber die Frage, ob wir nicht die nun einmal gegebene politische Situation mit allen Kräften ausnutzen mußten und ausnutzen müssen, um politische Rechte zu erringen. (Zustimmung bei der Opposition.) Alle aufstrebenden Klassen haben es zu allen Zeiten für ihre Pflicht angesehen, sich gerade dann, wenn die Herrschenden arg bedrängt waren, zu rüsten, um in dieser Situation nicht als Gegengabe, aber unter Ausnutzung der Lage neue Rechte zu erwerben. (Zustimmung bei der Opposition.) Wir Sozialdemokraten haben nur ein Mittel, nämlich das, daß wir die Massen unserer Partei-

[1]) Diesen Teil der Rede unterdrückt Kuttner, Scheidemanns Biograph; Scheidemann selbst hat in seiner Rede-Sammlung „Für Volk und Vaterland" die ganze Rede fortgelassen.

genossen unter allen Umständen mobil machen, so gut es geht." (Stürmischer Beifall bei der Opposition und Händeklatschen.)

Diese unverhüllte Drohung mit der Masse, d. h. mit der Revolution war in Deutschland zwei Jahre nach Kriegsausbruch und zwei Jahre vor Kriegsende möglich und die Regierung — von den deutschen Radikalen im trauten Verein mit dem Auslande als mittelalterlich-autokratisch gebrandmarkt — sah diesem Treiben mit halb interessierter, halb wohlwollender Neugier zu.

Die Sorge um den Mitgliederstand der Partei, nicht die Sorge um die Zukunft der Nation, hat die Parteileitung, seit Kriegsbeginn stark beschäftigt und zwar nach zwei Richtungen: welche Folgen hat unsere Einstellung zum Kriege für Partei und Gewerkschaften und was können wir vom Krieg für die Partei und die Internationale erwarten? Diese letzte Frage beantwortet, und gibt damit den Schlüssel für die Beurteilung der sozialdemokratischen Taktik überhaupt, der damalige „Vorwärts"-Redakteur Heinrich Ströbel am 23. Februar 1915: „Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde".

Richtig! So läßt sich die ganze Kriegsziel-Politik der Sozialdemokratie in einem einzigen Satz zusammenfassen und alle Reden für und wider den Krieg (oder Frieden) lassen sich auf diese eine Formel bringen.

Die Sorge um Sein oder Nichtsein der Partei bestimmte die Einstellung vieler Abgeordneter zum Kriege (und zur Bewilligung der Kriegskredite). Ernst Lorenz berichtet:[1]) „Ein prominenter Dresdener Abgeordneter sagte nämlich nach der Abstimmung am 4. August zu seinen Dresdener Freunden, man hätte allen Ernstes damit gerechnet, daß die Abgeordneten der SPD. samt und sonders erschossen worden wären, wenn sie gegen die Kriegskredite gestimmt hätten."

An dieser Übertreibung wird richtig sein, daß eine nicht einheitliche Bewilligung der Kriegskredite zum Verbot der Partei geführt haben würde.

Mit dieser Erörterung soll nur bewiesen werden, daß eine offene ehrliche kriegsfeindliche Einstellung, die grundsätzliche und geschlossene Ablehnung der Kriegskredite, schon am 4. August 1914 innerpolitisch und vaterländisch freie Bahn geschaffen hätte, wenn die Reichsregierung die Partei aufgelöst und ihre Führer in ein Konzentrationslager gebracht hätte. Nur solche staatliche Energieentladung und Kraftentfaltung hätte im Auslande ernüchternd gewirkt. Als die Sozialdemokratie jedoch nach und nach mehr auseinanderfiel und bereits am 21. Dezember 1915 20 Abgeordnete offen gegen die Kredite stimmten und sogar scharf gegen den Krieg schlechthin sprachen, konnte nur

[1]) „5 Jahre USP. in Dresden, Erinnerungen aus schwerer Zeit". Dresden 1922, S. 5.

noch eine starke Regierung an ein Verbot denken, aber stark ist die Regierung v. Bethmann-Hollweg nie gewesen.

Der Abgeordnete Dr. Rudolph Breitscheid, nach der Revolution wiederholt Kandidat für den Sessel des Reichsaußenministers und bis in die Jetztzeit außenpolitischer Sachverständiger seiner Partei, hat nach Anschuldigungen aus eigenen Reihen seit Kriegsbeginn die Interessen der Feinde vertreten, nicht in deutschen, sondern in ausländischen Zeitungen. Die „Frankfurter Volksstimme" (24. Juli 1915) schrieb gegen ihn u. a.: „Mit der liebenden Hingabe eines Weibes an den vergötterten Mann widmet Rudolph Breitscheid sich dem Beruf, alle Flecken auf dem Charakterbild unserer westlichen Kriegsgegner und ganz besonders der französischen Sozialisten zu tilgen, oder, wenn das nicht möglich ist, sie wenigstens als kleine Schönheitsfehler zu entschuldigen, die die hehre Größe der Geliebten nicht verkleinern könnten."

Breitscheid's Parteifreund, aber intimster Gegner, Ernst Heilmann, hat ihn während des Krieges wiederholt öffentlich gebrandmarkt u. a. als „einen Feind der deutschen Landesverteidigung und einen — vielleicht unbewußten — Verbündeten Lloyd Georges und Clemenceaus". Von der ententefreundlichen, also landesverräterischen Haltung Breitscheids sind sogar die neutralen, aber im Fahrwasser der Entente segelnden Schweizer Zeitungen abgerückt, von denen die „Berner Tagwacht" am 28. September 1915 schrieb:

„Und deshalb müssen wir politisch feststellen, daß er (Breitscheid) ein so offenbarer Feind des deutschen Volkes ist, daß selbst Karl Radek in der „Berner Tagwacht" einen Protest dagegen veröffentlicht hat, daß Breitscheid unter Vorgeben des Kampfes gegen den deutschen Patriotismus lediglich den französischen Patriotismus fördere. Wenn Radek gegen einen deutschen Mann den Vorwurf erhebt, daß er zu einseitig franzosen- und englandfreundlich sei, dann ist wohl die Schlußfolgerung unanfechtbar, daß er nicht in den deutschen Reichstag gehört."

Die vornehmste Forderung im Kommunistischen Manifest: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" haben unsere Sozialdemokraten mit deutscher Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit auch im mörderischsten aller Kriege zu erfüllen versucht. Dafür bekamen sie unablässig Fußtritte von ihren ausländischen Genossen und sind durch sie lediglich angespornt worden, auf der Bahn der „Internationale" weiterzugehen — bis zum Abgrund!

Die verschiedensten Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie suchten nach einem möglichst großen Anhang im Volk, ein „Kriegsziel", dem die Aufgaben der nationalen Verteidigung völlig untergeordnet wurden. Scheidemann hatte als Parteimann die Aufgabe, den Massen Versprechungen zu machen, um sie bei der alten Partei zu halten. Seine nächste Rede im Reichstag (15. Mai 1917) gipfelte in der Drohung:

„Würden heute die englische und die französische Regierung, wie es die russische schon getan hat, auf Annexionen verzichten, und würde die deutsche Regierung, statt durch den gleichen Verzicht den Krieg zu beenden, ihn um Eroberungsziele fortsetzen wollen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie die

Revolution im Lande."

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Anhaltende stürmische Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Das Wort „Revolution" war gefallen und zwar als Drohung gegen die Reichsregierung und gegen die Oberste Heeresleitung: es zündete im Inlande und ermunterte das Ausland. Mit Talent und Treffsicherheit hatte Scheidemann Worte gewählt, die im Ausland sehnlichst erwartet wurden. In keinem Parlament der kriegführenden Staaten, nicht einmal in Österreich, hatte sich bis dahin ein Parlamentarier zur Drohung mit der Revolution hinreißen lassen.

Scheidemann war der Sprecher der größten Fraktion, also der größten deutschen Partei und für die damalige Reichsregierung v. Bethmann-Hollweg unentbehrlich. Er hat seine Rede als ungekürzten (und daher nach der Verfassung nicht strafbaren) Sonderdruck verbreiten lassen; in dem stehen die verhängnisvollen, gefährlichen drei Worte,

von ihm im Text genau so herausgehoben, wie hier satzgetreu wiedergegeben.

Scheidemann hat danach nicht mehr allein Agitation treiben wollen, um die Wählermassen zu halten, hier hat er die Maske fallen lassen als Vertreter der Internationale, genau so wie Hugo Haase vor ihm.

Der steinalte Präsident, den bald darauf der Tod abrief, hat sofort die Absicht des Agitators erkannt.

Präsident: Herr Abgeordneter Scheidemann, in der Weise mit der Revolution zu drohen, verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

(Bravo! rechts. Lachen links. Andauernde lebhafte Unruhe.)

Scheidemann, Abgeordneter: Meine Herren, Sie haben offenbar gar nicht verstanden, was ich gesagt habe.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Scheidemann, ich habe es verstanden und darauf meinen Ordnungsruf erteilt."

(Zurufe.)

In eingeweihten sozialistischen Kreisen[1]) wurde „die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie durch die Unabhängigen damit motiviert, daß durch sie die Friedensgarantien in England und Frankreich gefördert und die Friedensaussichten in greifbare Nähe gerückt würden. Die Aufkündigung des Burgfriedens in Deutschland durch Kreditverweigerung sollte ähnliche Wirkungen in England und Frankreich nach sich ziehen ... Den Arbeitermassen wurden solchermaßen herrliche Versprechungen gemacht .... Der politische Erfolg außerhalb der deutschen Reichsgrenzen ist dann auch vollständig ausgeblieben. Nicht nur, daß die Engländer und die Franzosen nach wie vor ihren Regierungen die Kriegskredite bewilligen ...., hat die Haltung (der Unabhängigen) zur Verlängerung des Krieges beigetragen, weil das feindliche Ausland seine Hoffnung auf eine innere Zerrüttung Deutschlands durch die Propaganda der Unabhängigen neu belebte".

In der sozialdemokratischen Presse wurde seit Mitte Oktober die Abdankung des Kaisers gefordert — trotz aller Zensur!

Am 24. Oktober schrieb die „Frankfurter Zeitung":

„Es muß ausgesprochen werden, daß im deutschen Volke die Stimmung gegenüber dem Kaiser nicht so ist, wie er wohl glauben mag. Weite Kreise lassen keinen Zweifel darüber, daß sie es dankbar empfunden hätten, wenn er bei der radikalen Umwandlung der inneren und äußeren Politik, welche eingeleitet ist, persönliche Konsequenzen gezogen hätte, vor allem um seiner selbst willen. Im übrigen ist die Lage so, daß das Volk das alte Regime bis zum Halse satt hat, womit auch diejenigen, die dem alten Geiste noch anhängen, noch rechnen müssen."

Die Entente, an ihrer Spitze Wilson, hat sich die Anregungen aus den damals politisch führenden Kreisen zu eigen gemacht und die Frage der Abdankung des Kaisers in den Mittelpunkt gerückt.

Die Folgen hat der letzte Reichskanzler des alten Reichs, Prinz Max von Baden, wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, durchaus richtig gezeichnet.

So entwickelte sich Deutschland in den Händen machthungriger Parteigrößen: die Führer der Sozialdemokratie fühlten den Boden unter ihren Füßen wanken, statt ihn und damit die Reichsregierung zu stützen, suchten sie Wähler zu retten und taten es den abtrünnigen Radikalen gleich.

Das war eine Politik von frevelhafter Größe und Gemeinheit!

[1]) „Die Glocke" am 19. Juni 1918; dessen Herausgeber Parvus hatte selbst von der Reichsregierung anerkannte persönliche internationale Beziehungen zu den Sozialisten vieler Länder.

7. Karl Liebknecht als Heros der Revolution

I. Das Gastmahl der Verschwörer[1])

„... am 1. Mai 1918 wehte schon die rote Fahne vom Dache der russischen Gesandtschaft Unter den Linden ... Am 21. Oktober 1918 hielt Liebknecht, aus dem Zuchthaus kommend, seinen Einzug in die gärende Stadt Berlin ...

Jetzt stand das Auto Liebknechts Unter den Linden vor dem Hause der Russen und hier hielt Liebknecht, zu den Fenstern der Gesandtschaft aufblickend, eine Rede an die Menge. Es war der Vorabend. Am nächsten Tage fand in der Gesandtschaft ein Empfang zu Ehren Liebknechts statt. Zur selben Abendstunde, in der wir in den prachtvollen Sälen beisammen saßen, Abgeordnete der Unabhängigen Partei, Proletarier, Intellektuelle, Russen und Deutsche — Revolutionäre — um diese selbe Stunde, so verkündete es der Gesandte Joffe in seinem ersten Trinkspruch, marschierten in Moskau Hunderttausende mit Fackeln nach dem Roten Platz vor dem Kreml, um Liebknecht zu ehren, den Verkünder, den Schöpfer der brüderlichen deutschen Revolution, Helden des revolutionären Proletariats Deutschlands und der Welt ...

Die prunkvollen Säle des ersten Stockwerks, mit grünen, mit malvenfarbigen, zitronengelben Damasttapeten bespannt, waren von einer zahlreichen Schar von Gästen belebt.

Um den alten, vom Tode bereits gezeichneten Franz Mehring standen bekannte Männer und Frauen, Haase war da, Oskar Cohn, Ledebour, Eichhorn, der spätere Polizeipräsident Berlins. Geschäftig und aufgeregt eilte Eduard Fuchs, offenkundig der Ordner dieser Festlichkeit, durch die Säle ....

In einer Gruppe von jüngeren Arbeitern fiel mir ein einarmiger blasser Jüngling auf, später hielt er an der Tafel die beste, schärfste, diskreteste Rede, die an diesem Abend gehalten wurde.

Der Bankettsaal, ein riesiger elfenbeinschimmernder Raum, tat sich vor uns auf. An einer langen Tafel, die mit roten Rosen, Nelkensträußen, roten Seidenschleifen verziert war, nahmen wir Platz. Gegenüber von Karl und Sonja[2]) saß Joffe, in seiner Erscheinung und seinem Gehaben eher an einen

---

[1]) Arthur Holitscher: „Mein Leben in dieser Zeit". Potsdam 1928, S. 141 ff.

[2]) Frau Liebknecht.

großen Finanzmann gemahnend als an den Gesandten der ersten proletarischen Macht der Erde. Neben ihm seine elegante Frau, in der Haltung ganz Pariserin, raffiniert, doch zart, bei ihr das Töchterchen der beiden, ein anmutiges nachdenkliches Kind ...

Uns gegenüber saß der alte Recke Ledebour, den ich zuletzt vor einem Jahre in Stockholm gesprochen hatte. Dann war Luise Zietz da, Proletarierfrau, schwer abgearbeitet, in Not und Kämpfen verbraucht. Neben uns Eichhorn und Frau, die meine Gefährtin und mich mißtrauisch anblickten, Bürgerpack witternd. Am Ende der Tafel gewahrte ich den jungen Einarmigen und Emil Barth, der wenige Tage später Volksbeauftragter der Republik Deutschlands werden sollte.

Der Saal schimmerte im Glanz der Glaslüster. K.[1]), der Pianist, der mit seiner Frau zugegen war, wurde gebeten, sich an den Flügel zu setzen und zu spielen. Wir hofften: wir würden nun die „Internationale" zu hören bekommen, er aber schien sie nicht zu kennen, und so wurde es nur die Marseillaise...

Nach dem ersten Gang erhob sich Joffe und sprach eben von jenem Fackelzug über den Roten Platz Moskaus. Er berichtete, daß das ehemalige Leibgarde-Regiment des Zaren jetzt nach Karl Liebknecht benannt worden sei. Joffe sprach, seine innere Erregung bemeisternd, kurz, ernst ...

Nach Joffe erhob sich der junge Russe neben Karl. Nun hörte ich, daß dies Bucharin sei, der schärfste, unerbittlichste Theoretiker des Bolschewismus. Seine Rede war eine einzige wilde Anklage gegen Kautsky, den Renegaten, der dem siegreichen Proletariat in den Rücken gefallen war. Das russische Proletariat, siegreich aus der mit Vernichtung drohenden Schlacht des Weltkapitalismus und der Bourgeoisie des eigenen Landes hervorgegangen, blickte hoffend auf zu dem alten Kämpfer, dem Märtyrer und ehrwürdigen Wegbereiter der deutschen Revolution.

Bald darauf sprach Liebknecht selber. Eisig, hart und unerbittlich kamen seine Worte, wie seine gestählte Seele in der Zuchthaushaft geworden war. ‚Ein Wunder ist mir widerfahren', sagte er, ‚vor 24 Stunden noch saß ich in einer Zuchthauszelle, heute in diesem lichtdurchfluteten Raum unter Genossen, Blumen und Musik. In weiteren 24 Stunden aber wird das Wunder geschehen sein, die deutsche Befreiung.

In den verflossenen Stunden, seit ich frei bin, habe ich eine Sammlung der Gesetze und Verordnungen durchgesehen, die die russische Revolution seit ihrem Bestehen der Welt gegeben hat. Wenn nur der hundertste Teil von dem Wirklichkeit wird, was in dieser Sammlung niedergeschrieben steht, dann ist die Menschheit auf dem Wege zum Ideal eine gewaltige Strecke vorwärts geführt worden. Es ist das idealste Programm, das Menschen jemals zur Befreiung

[1]) Kestenberg, später Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium.

der leidenden Klassen aufgestellt haben. Aber keiner von uns wird sich verhehlen: die russische Revolution ist in Gefahr, wenn ihr die deutsche nicht zu Hilfe kommt! Gelingt es dem deutschen Proletariat nicht, den Sieg zu erringen, dann verschlingt der Weltkapitalismus der noch mächtig und ungebrochen dasteht nach dem Gemetzel, die Welt und das Proletariat und das Menschenrecht in kurzer Frist. Das wollen wir verhindern.'

Seine Worte waren von mechanischen wuchtigen Bewegungen der Linken markiert. Wie ein Hammer schlug die Faust auf den Tisch nieder, immer auf dieselbe Stelle. ‚Wir müssen zur Tat schreiten. Keine Zeit zu verlieren. Zur Tat!'

... Wir alle traten mit unseren Gläsern an Karl und Sonja heran. Um den Tisch drängten sich Bekannte und Unbekannte, die Gläser in der Hand ...

Die Rosen und roten Nelken vom Tische wanderten. Jeder und Jede steckte sich dieses Zeichen der Revolution an sein Gewand. Das dürftigste Kleid schimmerte herrlich auf, das bleichste Gesicht erglühte von der Blutfarbe der nahenden Befreiung. Vor Karls Glas türmte sich ein Hügel von blühendem Rot ... Die Reihe der Trinksprüche nahm ihren Fortgang. Luise Zietz sprach von den Zeichen der nahenden Umwandlung, von der Meuterei der Matrosen auf den Kriegsschiffen vor Kiel. Der junge einarmige Globig sprach klar und mit dem Schwung des geborenen Agitators über die Organisation der proletarischen Jugend, ihre Kampfbereitschaft, ihren Enthusiasmus. Emil Barth passierte ein Lapsus. Mit wilder Geste, weit ausholend, wies er auf Liebknecht und rief:

„Seht dort das scheußliche Opfer des Militarismus!"[1])...

Wir blieben noch lange beisammen ..."

II. Liebknechts „revolutionäre Gymnastik"[2])

25. Oktober 1918. Der erweiterte Parteivorstand (mit Beirat) der USP. beschließt, Liebknecht in den Parteivorstand zu berufen. L. ist bereit, der Berufung zu folgen, falls die USP. auf einem sofort einzuberufenden Parteitag ihr Programm und ihre Taktik im Sinne der Gruppe „Internationale" (Spartakusbund) ändern und durch entsprechende Gestaltung ihrer Leitung sichern würde .... Diese Angelegenheit ruht seither.

Am 26. Oktober. Sitzung des Arbeiterrats.

---

[1]) Barth meinte: „... das Opfer des scheußlichen Militarismus".

[2]) Karl Liebknechts Tagebuch der Revolution vom 25. Oktober bis 8. November 1918. Niedergeschrieben im November 1918. Nach der Veröffentlichung von Dr. Ernst Meyer in der „Neuen Zeitung"-München vom 10. November 1925.

Beschluß: Bei den bevorstehenden Aktionen mit Spartakusgruppe zusammenarbeiten, separate Maßnahmen nur im gegenseitigen Einverständnis zu unternehmen; Erweiterung des Arbeiterrates durch Arbeitervertrauensleute der Spartakusgruppe und mehrere Mitglieder der Spartakuszentrale. Wenn nationale Verteidigung proklamiert wird, soll an's Ganze gegangen werden. Alles oder nichts!

28. Oktober, nachmittags. Däumig und Barth auf Liebknechts Bitte bei L., der eigene Initiative fordert. Zunächst, falls die nationale Verteidigung (es handelt sich um den u. a von Rathenau unterstützten Plan des nationalen Aufgebots), nicht kommt usw., mindestens Versammlungen mit Demonstrationen am 3. November. D. und B. sind für Versammlungen, aber haben Bedenken gegen Demonstrationen.

28. Oktober, abends. Arbeiterrat: Auf Antrag L.'s für 3. November Tagesversammlungen mit Demonstrationen beschlossen für den Fall, daß keine größere Aktion möglich ist. Unter Abweichung von der „Alles oder Nichts" — d. h. Nichts-Taktik. Wir müssen die Initiative behalten, dürfen nicht stillsitzen, bis die Feinde die nationale Verteidigung machen. Die angeblichen früheren Erfahrungen, daß Demonstrationen die Stimmung verderben, gelten nicht für die revolutionäre Zeit, in der alles nur voranpeitschend wirken muß (vgl. die Demonstrationen vom 15. und 23. Oktober und vom 27. Oktober nach den Sonntagsversammlungen). Wird ein stärkerer Schlag, wird alles möglich, so ist alles zu tun. Der Beschluß soll verhindern, daß nichts geschieht, daß alles geschieht. Er wird gegen energischen Widerstand Barths, Däumigs und R. Müllers gefaßt.

30. Oktober. Berliner Zentralvorstand der USP. lehnt Sonntagsdemonstrationen ab. „Alles oder nichts" — also nichts. Unsere Auffassung, daß es zwischen den bisher üblichen Demonstrationen und dem revolutionären Endkampf Möglichkeiten, Zwischenstufen gäbe, in denen sich das Heranreifen der Bedingungen für den Endkampf beschleunigen kann, wird wiederum, wie auch bei anderen Beratungen, als revolutionäre Gymnastik ironisiert und abgelehnt. L. wendet sich gegen die mechanische Auffassung, die zu viel Gewicht auf die technische Vorbereitung legt. Die Massenbewegung ist das allein Wesentliche. Große Massen auf den Straßen sind auch gegen Militär und Polizei das Stärkste, selbst wenn unbewaffnet. Sie erschweren den polizeilichen oder militärischen Waffengebrauch und sind der stärkste Druck zur Fraternisierung (Verbrüderung) oder doch Demoralisierung der bewaffneten Macht.

1. November, früh. Vollzugsausschuß des Arbeiterrates; am 3. November soll aufs Ganze gegangen werden. Wir energisch dafür.

1. November, abends. Spartakussitzung. Beratung unserer Stellung zur großen Aktion.

2. November, abends. Arbeiterrat: Ungünstige Sitzungsberichte der Obleute. Nachtsitzung. Die technische Vorbereitung für Montag (4. Nov.) wird unmöglich. Antrag des Vorstandes: „Die Sache zu verschieben, Arbeiterrat solle Mittwoch den 6. November wieder zusammentreten. Es seien noch technische Vorbereitungen nötig, Organisation usw. ergänzen." Es wird festgestellt, daß der Arbeiterrat fast nur Metallindustrie und diese nicht vollständig umfaßt. Wenn „alles" beschlossen werden sollte, so unser Antrag, um jedenfalls zu retten, was zu retten ist:

„Spätestens am Dienstag früh 9 Uhr in einen Massenstreik eintreten; mit daran schließenden bewaffneten Demonstrationen unter den in Verfolg der Aktion zu steigernden Parolen: Sofortiger Frieden und Aufhebung des Belagerungszustandes. — Deutschland Sozialistische Republik — Bildung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte."

Selbstverständlich auch Flugblätter etc. an Soldaten. Weiterer Antrag von anderer Seite: Sympathie- (Solidaritäts-)Streik gegen die Einberufungen.

Beschluß, bei dem nur die Obleute, Arbeitervertreter, abstimmen: „Alles" mit 19 gegen 22 Stimmen abgelehnt; unser Antrag gegen zwei Stimmen abgelehnt; Solidaritätsstreik abgelehnt. Vertagung auf Mittwoch beschlossen.

3. November, früh. L. bei Ledebour, Däumig usw., um doch noch für Sonntag oder Montag Arbeiterrat zu berufen, um frühere entscheidende Aktion durchzusetzen.

Am 3. November wird dies in zwei Sitzungen engerer Körperschaften abgelehnt — warten usw. Dabei wird dann L. von beiden Vorsitzenden (der Obleute) Barth und Müller erklärt: Die Verschiebung sei nach ihrer Ansicht nützlich; es seien noch technische Vorbereitungen zu treffen usw. Selbst wenn die Abstimmung der Obleute eine Mehrheit für „alles" ergeben hätte, sei die Aktion ausgeschlossen gewesen, da man für diese die Gesamtabstimmung wenigstens des weit überwiegenden Teiles der Arbeiterschaft brauche.

Am 4. November. L.'s Verlangen, nach Losschlagen vor Montag (11. November) abgelehnt. Donnerstag, Freitag seien Lohnzahlungstage. Da seien die Arbeiter nicht herauszubringen. L.'s Ansicht, daß das für die revolutionäre Zeit nicht gelten könne, wird als unpraktisch abgelehnt.

Am 5. November. Nach Bruch mit Rußland[1]) bei Däumig und dann Sitzung des Exekutivausschusses nochmals Beschleunigungsgang angeregt, vor allem auch Kiel usw. — abgelehnt.

Am 6. November. Arbeiterrat: Dringender Antrag L.'s am 8. (Freitag) losschlagen. Es kommt weder auf die „technischen" Vorbereitungen noch auf die Masse von Flugblättern entscheidend an; wenige Exemplare für jeden Betrieb genügen, wenn der Inhalt zündet. Weiteres Zögern bedenklich — wegen

[1]) Paßzustellung an den Botschafter Joffe. D. Verf.

der Bewegung im Reiche, der Desorganisation und Spitzelgefahr, sowie der Gefahr, daß sich die „Scheidemänner" der Bewegung bemächtigten — abgelehnt.

Am 7. November. Sitzung des Parteivorstandes der USP. und Beirat mit Vollzugsausschuß. Wir (Liebknecht und Pieck) fordern: Man soll je schneller desto besser vorgehen, auch wenn vor Berlin. Es stellt sich heraus, daß der Provinz durch Berliner Kuriere bestellt war, nicht vor Berlin vorzugehen, und daß darum Aktion im Rheinland, wie sie für Samstag geplant war, verschoben.

Die Versammlungen zur Feier der russischen Revolution, die verboten sind, beantragt. Liebknecht durch Zusammenleitung der Herausströmenden an einer Stelle zu einer großen Kundgebung zu gestalten. Der Antrag wird gegen L.'s und des „Düsseldorfers" Stimme abgelehnt — „alles oder nichts", die Redner sollen nicht versuchen, trotz des Verbotes zu reden; sie sollen überhaupt nicht zu den Versammlungsplätzen gehen; es soll nichts gehindert, aber auch nichts getan werden. Man will abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. L.'s Vorschlag wird als Forcierung bezeichnet. „Düsseldorf" erhebt gegen Berlin den Vorwurf, daß es das, was es von der Provinz fordert, selbst nicht tut.

Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Müller usw. stereotyp entgegnet: Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet; es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen. Alle Proteste L.'s gegen diese grob mechanische Auffassung prallen ab, bis die objektiven Verhältnisse die superklugen Revolutionsfabrikanten überrannten.

Am 8. November früh. Franke[1]) bei Liebknecht, der ihm darlegt, daß unmöglich weiter gewartet werden kann, sonst kommen uns die Regierungssozialisten zuvor; die Massen sind nicht mehr zu halten. Durch Polizei wird die geplante Vollzugsausschußsitzung gestört — Däumig verhaftet, L. abgetrieben; Zusammentreffen L.'s mit Herzfeld und Dittmann, denen L. gleichfalls seine Forderung, sofort losschlagen, mitteilt. „Die Regierungssozialisten werden uns sicher noch zuvorkommen, und uns vor der Geschichte und uns selbst blamieren."

Am 8. November wird endlich sofortige Aktion auf 9. November festgesetzt, aber abgelehnt, ein unterschriebenes Flugblatt (Aufforderung dazu) zu machen. Dennoch werden 9. früh zwei Flugblätter herausgegeben, 1. eines von Liebknecht und Meyer unterzeichnet, 2. eins von Barth, Ledebour, Liebknecht, Müller, Pieck usw. unterzeichnet.

Damit endet das Tagebuch Liebknechts am Vorabend der Revolution.

---

[1]) Mitglied der Revolutionären Obleute.

8. Der Anfang vom Ende

Mißbrauch der Marine

In den Memoiren, die von „Helden der Revolution" zu eigener Ehre hinterlassen worden sind, finden sich immer wieder Bekenntnisse dafür, daß jene in gründlichen historischen Studien die Entstehung und den Ablauf der französischen Revolution von 1789, 1848 und 1871 durchforscht d. h. sich rechtzeitig auf ihre Ämter vorbereitet hätten. Sicher ist das Studium der deutschen Märzrevolution 1848 mit Erfolg betrieben worden und man hat gelernt, daß deutsche Revolutionen anders als französische aufgezogen werden müssen. Die französischen Revolutionäre hatten Ideen und haben für diese gekämpft, geblutet, gelitten und sind überzeugungstreu in den Tod gegangen. Auch die deutschen bürgerlichen März-Revolutionäre kämpften 1848 gegen den königlichen Absolutismus und gegen wortbrüchige Junker, aber sie mußten unterliegen, weil die Truppe zum König hielt.

Die modernen Aufwiegler wußten, daß sie, die Zivilisten, das Militär nicht zu sich herüberziehen würden, selbst nicht die durch Krieg und Entbehrungen körperlich und moralisch geschwächten Truppen, solange diese zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenhielten. Die deutschen Revolutionshelden von 1918, die sich als solche gern haben feiern lassen, sind über die Grenzen ihren Bankkonten nach ins nächst erreichbare Ausland entwichen, als sich Gelegenheit bot, die November-Republik zu verteidigen: 1918 verkrochen sie sich hinter die Soldaten, 1920 flüchteten sie, und nur die sozialistischen Minister, vor Kapp-Ehrhardt nach Stuttgart und 1933 schüttelten sie den Staub Deutschlands endgültig von ihren Schuhen.

Die Sozialdemokratie hat, um es auch hier zu wiederholen, das Ende des Krieges als Beginn ihrer politischen Macht angesehen. Scheidemann sprach darüber auf dem Parteitag 1917 in Würzburg: „Die deutsche Sozialdemokratie — ich will es ganz offen aussprechen — ist durch den Krieg zu einer Partei geworden, mit der unmittelbaren Anwartschaft auf die Macht im Staate".

Der Wille zur Macht war vorhanden, der Weg zur Macht jedoch — der konnte nicht von Zivilisten, der mußte von den Soldaten gebahnt werden. Und diese Feststellung macht das Lesen der Revolutionsliteratur so unerträglich: die persönliche Feigheit der Politiker, die an die Macht kommen wollten und die Einfalt der Soldaten, die sich für die politischen Ziele der „Landesverräter" mißbrauchen ließen.

„Sturmvögel der Revolution", nannten die Kieler politischen Drahtzieher der ausbrechenden Revolution die meuternden Matrosen im November 1918.

„Sturmvögel der Revolution!" Man ließ sie aufsteigen, wurden sie ab-

geschossen — wohlan, dann saßen die Verführer in Sicherheit; klappte dagegen das Wagnis, dann konnte die finanzielle Abfindung der Meuterer oder ihre Überführung in den republikanischen Sicherheitsdienst, und damit ihre Ausschaltung aus der Politik nur eine Aufgabe der Verhandlungstaktik werden.

Das Wagnis klappte, denn genau 3 Monate nach ihrem Aufsteigen konnten die „Sturmvögel der Revolution", konnten die Matrosen von der Regierung Ebert-Scheidemann in Berlin „abgemustert" werden.

Für die Matrosen war die Arbeit beendet, nachdem die Revolution siegreich verlaufen war, für die Partei- und Gewerkschaftssekretäre begann erst jetzt die Ernte.

Daß man die Revolution durch Mißbrauch des Militärs machte, ist Geschichte geworden, es bleibt nur noch die Frage aufzuwerfen, weshalb man sich an die Marine und nicht an das Landheer gewandt hat?

Der spätere preußische Ministerpräsident, Heinrich Ströbel, hat diese Frage überzeugend beantwortet[1]):

„Die Marinemannschaften waren wegen ihrer starken Durchsetzung mit qualifizierten Arbeitern und wegen des festen Personenbestandes ihrer Formation weit eher der revolutionären Propaganda zugänglich gewesen, als die Frontsoldaten, bei denen schneller Wechsel jeden engeren Zusammenhang unmöglich machte."

Die Vorarbeit zur Revolution war also auch nach diesem Beweis durchdacht und systematisch geleistet worden.

Der Hoch- und Landesverräter Dittmann von der USP. sprach im Untersuchungsausschuß des Reichstages 1926 von einer „Admiral-Rebellion" am Ende des Krieges, um die Admirale zu be- und die Meuterer zu entlasten.

Was sind die Tatsachen?

Das geht klar aus dem Operationsbefehl hervor, der den Fluch der politischen Hetze in der Marine enthüllt und damit die Träger der Hetze vor der Geschichte verantwortlich macht. Der Befehl besagt (im Auszug):

Kommando der Hochseestreitkräfte S.M.S. „Kaiser Wilhelm"
Op. 269 A I den 24. 10. 1918

Ganz geheim
O.Sache
O.-Befehl No. 19.

A. Nachrichten vom Feinde.

Das Gros der feindlichen Streitkräfte wird in den ostschottischen Häfen vermutet, Teilstreitkräfte im Tyne, Humber und im Kanal.

[1]) A. a. O. S. 48.

B. Eigene Absicht.

Der Gegner soll unter für uns günstigen Bedingungen zur Schlacht gestellt werden.

Hierzu Nachtvorstoß der gesamten Hochseestreitkräfte in die Hoofden. Angriff gegen Streitkräfte und Verkehr an der flandrischen Küste und in der Themsemündung. Durch diesen Stoß soll der Gegner veranlaßt werden, sofort Flottenteile in Richtung auf die Verbindungslinie Hoofden — Deutsche Bucht vorzuschieben. Es ist beabsichtigt, diese Flottenteile am Abend des II. Operationstages zur Schlacht zu stellen oder sie während ihres Anmarsches in der Nacht vom 2. zum 3. Operationstage mit den Torpedobooten anzugreifen. Zur Unterstützung der Hauptaufgabe werden die Anmarschwege des Gegners von den ostschottischen Häfen nach dem Seegebiet bei Terschelling mit Minen verseucht und durch U.-Boote besetzt werden.

C. Durchführung.

1.—3. .....

4. Rückmarsch so, daß das von uns als Kampfplatz angestrebte Gebiet bei Terschelling 1—2 Stunden vor Dunkelwerden am 2. Operationstage erreicht wird.

5.—8. .....

9. Einlaufen in die deutsche Bucht auf Auslaufweg oder Weg 420, 500, 750 je nach Lage.

10. Luftschiffaufklärung: wenn möglich."

Der vorstehende Befehl unterscheidet sich durch nichts von früheren Operationsbefehlen der Flotte.[1])

Admiral Brüninghaus zitiert[2]) die Stimmen englischer Admirale über die Kampfkraft der deutschen Flotte und kommt zu dem Schluß:

„Bei kühler und vorsichtiger Einschätzung der beiderseitigen Kräfte konnte man also durchaus mit der Möglichkeit rechnen, daß bei einem eventuellen Zusammentreffen der beiden Flotten im Oktober 1918 die Waffen zum mindesten gleich waren.

Von einer Todesfahrt konnte bei dem sorgfältig durchdachten und bis ins kleinste ausgearbeiteten Vorstoß in den Kanal keine Rede sein. Daß es bei einem Zusammenstoß der Flotten starke Verluste auf beiden Seiten gegeben hätte, sei selbstverständlich. Wenn diese Verluste aber erkauft wurden mit einigermaßen erträglichen Friedensbedingungen, die unserm ganzen

[1]) „War es die Marine?". Berlin 1926, S. 58/60.

[2]) „Die politische Zersetzung...". Berlin 1926, S. 81/83.

Volke zu gute kamen, dann durfte die Flotte, die für unser Volk zu kämpfen hatte, ein derartiges Opfer nicht scheuen. Um so weniger, als eine starke Entlastung des rechten Flügels unserer Armee eine wesentliche Verminderung der dortigen Verluste im Gefolge gehabt hätte.

Selbst unsere Feinde hatten garnicht daran gedacht, der deutschen Seekriegsführung irgend welche Beschränkung aufzuerlegen, abgesehen von der Einstellung des Unterseе-Handelskrieges....

Diese Dinge lagen also so, daß die Seekriegsleitung den Weisungen der politischen Leitung auf Einschränkung der Kriegsführung nachgekommen war.... Von einer Auflehnung gegen die rechtmäßige Staatsgewalt kann man mithin nicht gut sprechen, noch weniger von einer Verschwörung....

Diese angebliche „Verschwörung" gründet sich auf die vollkommen irrtümliche Ansicht des Abgeordneten Dittmann, daß die Seekriegsführung der politischen Leitung des Reichs unterstellt worden wäre...." usw.

Dr. Hans Herzfeld, Privatdozent an der Leipziger Universität, untersucht[1]) auch die Aufgabe des Flottenvorstoßes. Er hat die Aussagen der Admirale von Trotha, v. Levetzow und des Fregattenkapitäns a. D. Hintzmann im „Dolchstoßprozeß" sowie eine Menge Zeitungsliteratur etc. durchgearbeitet und kommt zu dem Schluß: „Die Mannschaften der Marine sind zu tief von der unbedingten Kriegsunlust der Heimat erfaßt worden, sie haben sich im Laufe des Oktobers mit der Friedensseligkeit erfüllt, die große Volksteile verlangen ließ, daß das blutige Ringen unter allen Umständen aufgegeben werden müsse. Diese Stimmung hat offenbar weit über die Kreise der Matrosen hinausgegriffen, die an sich der unverschleierten revolutionären Agitation Gehör schenkten... (es) siegte in der Masse .... der feige Egoismus des Einzelnen, der an der Schwelle des ersehnten Friedens den Einsatz des eigenen Lebens verweigerte. Als die Flotte am 28. Oktober Befehl zur Versammlung auf Schillig-Reede erhielt und die Mannschaften erkannten, daß es zur Operation gegen die englische Flotte gehe, brach die Meuterei aus...

Es ist heute endgültig widerlegt worden, daß die Flottenleitung mit ihrem Vorstoß eine Todesfahrt geplant hat.... Die böswilligen Angriffe... sind endgültig erledigt, seitdem feststeht, daß der Flottenvorstoß die Ausführung eines seit dem Frühjahr 1918 sorgfältig vorbereiteten Planes gewesen ist. Ebenso ist die Verleumdung hinfällig geworden, daß die Flottenoperation eine Durchkreuzung der Waffenstillstandsverhandlungen hätte sein sollen.... Die gewissenhafte Vorbereitung der geplanten Operation gab der Führung die bestimmte Aussicht auf einen Erfolg, auch wenn sie zum

[1]) „Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege". Leipzig 1928.

Zusammenstoß mit der englischen Flotte führte.... Alle Nachrichten über die Kommandeursversammlung, in der den Geschwader- und Schiffsführern die entscheidenden Mitteilungen gemacht wurden, zeigen klar, daß von einer Todesfahrtstimmung der höheren Offiziere gar keine Rede war....

Wenn die Auflehnung der Matrosen so plötzlich auf einem großen Teil der Schiffe erfolgte, so erklärt sich das nur daraus, daß die Parteigänger der revolutionären Bewegung auf allen Schiffen vorhanden waren. Sie haben die Stunde der Feigheit sofort und energisch benutzt."

Dittmann, von dem Grundsatz ausgehend, daß der Hieb die beste Verteidigung ist, hat diese Taktik auch im Untersuchungsausschuß angewandt. Er spielte sich als Richter auf, an der Stelle, an der er als Landesverräter hätte überführt und verurteilt werden müssen!

9. Die Revolutionszentrale

Organisation. In vielen Revolutionsschriften finden sich Andeutungen über eine geheime Organisation, die als „Revolutionszentrale" (auch „Revolutionskomitee" oder „-ausschuß" genannt), den Boden vorbereitete, aus dem die „revolutionären Flammen" emporzüngelten und Deutschland in Brand setzten. Die Andeutungen über diese revolutionäre Energiequelle sind aus vielen Gründen ungenau und sehr verstreut.

Die „Revolutionszentrale" entstand bereits während des Krieges als Sammelpunkt der „revolutionären Obleute"; ihr Haupt war der Führer der Berliner Metallarbeiter, Richard Müller, dem die mehrheitssozialistischen Nutznießer der Revolution nach dem 9. November 1918 den Spottnamen „Leichenmüller"[1]) anhängten, um ihn bei den Berliner Arbeitern lächerlich und unmöglich d. h. für sich selbst unschädlich zu machen. Die „Obleute" zählten sich zu der „Arbeiteraristokratie", sie ergänzten sich also aus den Berliner Eisen-, Metall- und Revolverdrehern; die Organisation dehnte sich bald über die gesamte Kriegsindustrie Deutschlands aus. Mit großer Genugtuung erfüllt es heute die Mitglieder dieser Verschwörergruppe, daß Polizei und Regierung nie die Namen der Obleute erfahren haben, auch nicht nach Auslobung einer Prämie von je 3000 Mark.

Die November-Revolution ist also sowohl „gemacht" als auch gründlich vorbereitet worden, sie ist kein elementarer Ausbruch des Volkswillens, sondern die Arbeit der bestbezahltesten deutschen Arbeiter, von denen Müller selbst schreibt, daß sie nicht nur kleinbürgerlich, sondern gut bürgerlich lebten und wohnten.

Um unabhängig und dadurch besonders aktionsfähig zu bleiben, wurde jede Anlehnung an die Gewerkschaften und an politische Parteien vermieden. Ihre Taktik war auf die Spaltung der deutschen Volksgemeinschaft gerichtet mit dem Ziel, durch die Revolution das Kriegsende zu erzwingen. Emil Barth, der auch der Zentrale angehörte, hat zynischer als Müller über die Mittel und Methoden gesprochen, die zum Ziel führen sollten: Die Begehrlichkeit der Arbeiter wurde systematisch angestachelt, sie wurden von Lohnforderungen zu Lohnforderungen gereizt, bis der Zustand erreicht war, von dem Barth schreibt[2]):

„Es ist also so, daß in Berlin die gesamte Arbeiterschaft im

[1]) "Nur über meine Leiche geht der Weg zur Nationalversammlung!" M. war Anhänger der Räte-Idee.

[2]) „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution", Berlin 1919.

April 1915 den Burgfrieden für wirtschaftliche Fragen gekündigt hat: der erste Pulsschlag der Revolution!"

Die drei politischen Massenstreiks, die 1916, 1917 und 1918 der Entente die wunden Stellen in der wirtschaftlichen Kriegsführung zeigten, sind das Werk ausschließlich der „Revolutionszentrale", die aber erst nach dem Munitionsarbeiterstreik (Januar 1918) sich fester zusammenschloß und, zu Waffenkäufen, Geld von den Russen annahm.

In der ersten Sitzung (9. Februar 1918) wurde das Ziel genau festgelegt: „Wir müssen uns auf die Revolution gefaßt machen, wir müssen uns darauf vorbereiten." Man nahm jetzt auch zuverlässige Politiker in die Leitung; als ersten Georg Ledebour von den Unabhängigen, ohne ihn jedoch in die Karten sehen zu lassen.

Die planmäßige Bearbeitung der deutschen Soldaten im Felde und in der Heimat begann schon 1917, ihren Höhepunkt erreichte sie jedoch nach dem Munitionsarbeiterstreik 1918 und zwar zeigten sich die Militärbehörden unbewußt als beste Helfer, als sie rund 50000 Streikbeteiligte, darunter Führer, in die Westfront steckte.

Der große Munitionsarbeiterstreik mußte als das erste Beben der nahenden Revolution angesehen werden. Die Heimatbehörden versagten, „hätte das Oberkommando den verschärften Belagerungszustand verhängt, die Betriebe militarisiert, Standgerichte errichtet, dann wäre die Bewegung erledigt gewesen; doch glücklicherweise kam dies nicht", schreibt Emil Barth. In dem Streik zeigte sich aber die gerade Linie, die in Zimmerwald beginnt und über Stockholm nach Deutschland führt. Auf der Stockholmer „internationalen Konferenz der Zimmerwalder Richtung" (1917) war Ledebours Antrag angenommen worden, „möglichst gleichzeitig in einen allgemeinen Massenstreik zur Beseitigung des Krieges einzutreten."

I. Helden der Rede.

Dieser nur von den deutschen Arbeiterführern befolgte, und gewissenhaft befolgte Beschluß, beherrschte fortan die Phraseologie und zugleich Taktik der Landesverräter um Richard Müller und Emil Barth.

Es ist ein Irrtum, zu behaupten, daß Deutschland keine wortgewaltigen Revolutionäre hervorgebracht hat. Hören wir die Rede Emil Barths, die er am 9. Februar 1918 vor den „revolutionären Obleuten" gehalten hat, bevor er sich als deren Haupt wählen ließ, um Richard Müller zu ersetzen, der zum Heeresdienst eingezogen worden war:

Werte Genossen!

„Ich lehne es ab, den Vorsitz der gewerkschaftlichen Opposition zu übernehmen, um den fünfzig Jahre betriebenen Betrug der Massen fortzusetzen, indem ich so tue, als ob ich etwas täte.

Ich bin nur bereit, den Vorsitz zu übernehmen, wenn es vorbei ist mit kleinen, enggesteckte Ziele verfolgenden Bewegungen, wenn Sie geloben, mit mir Ihr ganzes Ich selbstlos einzusetzen für eine ausgesprochen revolutionäre Bewegung, revolutionär in ihrem Ziele, ihrer Organisation und ihren Kampfmitteln.

Das Ziel ist der proletarische Friede, d. h. der vom Proletariat erzwungene Friede, das ist Sozialismus, das ist die Diktatur des Proletariats.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn Sie bewußt und konsequent jede Stunde bereit sind, Ihr Leben für die große gewaltige Idee in die Schanze zu schlagen, wenn Sie erkennen und danach handeln, daß in diesem gewaltigen Kampfe der Menschheit gegen die grausamste Bestie, die Bestie Mensch, nur rücksichtsloseste Rücksichtslosigkeit zum Siege zu führen vermag. Nur wenn Sie klar erkennen, daß Sie alle Brücken hinter sich abzubrechen haben, daß Sie jedwedes patriotische Gefühl nicht nur aus dem Herzen zu reißen, sondern auch mit Ihrem Hasse zu verfolgen haben.

Wollen Sie die Revolution, wollen Sie selbst das Revolutionskomitee sein? Dann bin ich bereit, den Vorsitz zu übernehmen, alles zu tun, um möglichst bald in der Lage zu sein, mit der Regierung nicht zu verhandeln, sondern gegen sie zu handeln .....

Keiner von Ihnen hat das Recht, auch nur zu einem seiner Vertrauensleute, auch nicht seinem besten Freunde, etwas von unseren Zusammenkünften zu sagen ....

So muß diese Organisation, ungenannt und ungekannt, bis in die äußerste Peripherie reichen, und so muß sie gestaltet sein, nicht nur hier, sondern über das ganze Reich, an allen Fronten. ...

Sind Sie zu alledem und vielem, vielem anderen gewillt, sind Sie damit einverstanden, daß jeder, der irgendwem, der diesem Kreise nicht angehört, je ein Wort von unserer Existenz sagt, als — Verräter gilt, und — daß — Verrat — mit — dem — Tode — zu — sühnen — ist, dann, aber auch nur dann bin ich bereit, den Vorsitz mit diktatorischen Befugnissen zu übernehmen, falls ich in geheimer Abstimmung einstimmig gewählt werden sollte. ———"

Also sprach Emil Barth am 9. Februar 1918 und so schildert er Jahr und Tag später den gewaltigen Eindruck seiner Rede:

„Schweigen, Totenstille! Alles wischte sich den Schweiß von der Stirne, alles war sprachlos. Wir saßen im Nebenzimmer, dicht an der Tür des Lokals, führten die Unterhaltung halblaut, ich selbst glühte vor Begeisterung und hatte mehr oder minder alle angesteckt.

Blumental teilte Stimmzettel aus und das Resultat war 17 Stimmen für Barth, 1 Zettel weiß. H. Maltzan ließ sich in unserem Kreise nicht wieder sehen. ....

Ich selbst fuhr unter den verschiedensten Namen nach den verschiedenen Großstädten und Industriezentren, immer nur mit einem Genossen Fühlung suchend, die Bildung der Organisation in den Bezirken und Orten bewirkend und die Verbindung über das Reich herstellend.

Der schwierigste Stand war gegenüber den Spartakisten und Linksradikalen. Sie glaubten, daß revolutionäres Empfinden, Wollen und Tun durch Flugblätter und „revolutionäre Gymnastik" erzeugt wird. Die ganze Zähigkeit und Energie aufzuwenden für eine Arbeit, die nicht täglich berauschende Phrasen in Masse erzeugt, eine Tätigkeit, die völlig im Verborgenen spielt, das lag ihnen nicht ...."

Die ganze Rede ist mindestens noch einmal so lang und bei jeder Versammlung der Obleute, die er später leitete, hat Emil Barth gleichlange Reden gehalten. Man will es nach solchem ungestümen Ausbruch der revolutionären Leidenschaft nicht glauben, daß Emil Barth am 9. November keineswegs kühn und wagemutig auf die Barrikaden gestiegen ist, um für Menschenrechte zu kämpfen, sondern daß er an diesen Tage in einem Lokal gewartet hat, bis die Revolution „gemacht" war und man ihn in die Reichskanzlei holte, damit er sich in den gern angenommenen Ministersessel setze.

Von dieser Stunde an hielt Emil Barth zahme, auf den Bestand des Gegenwärtigen drängende Reden an die Arbeiter.

II. Revolutionäre in Ängsten

Und trotzdem er selbst im Glashause saß, verzeichnete er in seinem Buch[1]) die persönliche Feigheit Karl Liebknechts, um sich selbst noch als tapfer und kühn herauszustellen:

„Nachdem ich gesprochen, ging ich zu Liebknecht, und es entspann sich folgender Dialog (es war Ende Oktober 1918):

‚Sie wissen, daß ich eine Demonstration nicht nur bekämpfe, sondern für ein Verbrechen halte. Sollte aber die Demonstration beschlossen werden, dann verlange ich von Ihnen, daß Sie mir sagen, wo ich Sie am Sonntag treffe, zusammen mit Maier und Dunker. Ich bringe vier Brownings mit je 100 Schuß mit, und wir stellen uns dann an die Spitze des Zuges und —'

‚Aber Genosse Barth, Sie sind ja wahnsinnig!'

‚O nein, lieber Freund! Nur konsequent! Also wir gehen an der Spitze des

[1]) Barth a. a. O. S. 44/45.

Zuges und wenn wir an die Schutzmannskette herankommen, dann 1, 2, 3 piff paff!'

‚Aber Genosse Barth, Sie sind ja völlig wahnsinnig!' sagte er nun schneebleich.

‚Hören Sie doch weiter, bis ich fertig bin: Und sollte hierbei einer von Euch Dreien versagen oder Reißaus nehmen wollen, dann knalle ich ihn nieder, so wahr ich hier sitze.'

‚Aber Barth, aus Ihnen spricht buchstäblich der Wahnsinn!'

‚Nein, nein! Nur die Konsequenz! Aber aus Ihnen die Feigheit und der Größenwahn! Sie behaupten, das durch die Säbelhiebe der Schutzleute vergossene Blut erzeuge revolutionären Elan und revolutionäre Tatkraft. Ich nehme an, daß Sie nicht so demagogisch sind, daß dieser Grundsatz für alle mit Ausnahme von Ihnen Gültigkeit habe. Ich sage: wenn ich von dem Proletariat revolutionäre Taten verlange, dann muß ich nicht nur mit gutem, sondern mit dem denkbar bestem Beispiel vorangehen. Und nun passen Sie auf: Wird die Demonstration beschlossen und Sie oder Maier oder Dunker kommen nicht und zwar so wie eben gesagt, dann knalle ich Euch wegen Feigheit und Schurken nieder wie Hunde.'

‚Sie sind wahnsinnig!'

Ich brauchte mein Wort nicht wahr zu machen, der Zentralvorstand lehnte die Demonstration ab.

Von dieser Stunde ab war ich bei Liebknecht der bestgehaßte Mensch, gegen den zu kämpfen ihm jede Gelegenheit und jedes Mittel recht war. Von demselben Gefühl war Dunker gegen mich beherrscht, dem ich in dieser Sitzung wegen seiner Feigheit den Marsch blies."

Das ist Revolutions-Romantik in der politischen Unterwelt.

Hermann Dunker, er war auch an der Spitze derer, die am Revolutionsherd standen und schürten und als bei einer Demonstration Unter den Linden (Oktober 1918) vom Hotel Adlon her Schutzmannssäbel blinkten, „da sprang er vom Wagen und lief dem Brandenburger Tor zu mit einer Behendigkeit, daß ich erstaunt war, daß man so lange Sätze so schnell hintereinander machen kann." (Barth.)

Aber Hugo Haase? Barth spitzt die Feder und taucht sie in Galle: „Haase hatte Angst vor der eigenen Courage, Angst, daß bei einem etwaigen Mißlingen ihm etwa eine positive Beteiligung nachgewiesen werden könnte."

Fand Richard Müller wenigstens Anerkennung? Auch nicht, dafür nennt dieser die Erinnerungen Barths „eitle phantastische Renommisterei ... und blödes Geschwätz."

Das waren die Träger der deutschen November-Revolution — Helden der Kehle.

10. Die Väter der Revolution

„Die deutsche Revolution ist in dem Augenblicke ausgebrochen, den wir vorausgesehen hatten, und man weiß noch nicht, ob die Revolution den militärischen Zusammenbruch herbeigeführt hat oder umgekehrt. Diese Revolution geht von den Leuten aus, die wir kennen, und wird, wie wir vorhergesagt haben, bis zum Äußersten gehen." (Bericht Pierre Desgranges am 10. November 1918 an den General Boucabeille nach Paris.)

Im Oktober/November 1918 begann das von den Sozialdemokraten ausgestreute Gift im deutschen Volkskörper zu wirken. „Wir können nicht sagen, wir haben die Revolution ‚gemacht', aber wir sind nicht ihre Gegner gewesen", berichtete Otto Wels, der es als Parteiführer wissen mußte, auf dem Parteitag der SPD. im Juni 1919.[1]) Wels rühmte sich des Landesverrats weiter: „Aktenmäßig steht fest, daß Tag für Tag wir es gewesen sind, die der Arbeiterschaft Ziel und Richtung gegeben haben. Wir waren nachweislich zu allem bereit und zu allem entschlossen, auch zu der entscheidenden Aktion..." Wels erzählt dann von einer Sitzung am 29. August 1918, die unter Teilnahme von Vertretern der Metallarbeiterschaft und dem Parteivorstand der SPD. stattfand: „Die Vertreter der revolutionären Gruppen konnten danach feststellen, daß die unabhängige Parteileitung die Überzeugung vertreten habe, nur gemeinsames Wirken mit der SPD. verbürge die Wahrscheinlichkeit des Erfolges... Unser Parteivorstand erklärte sich sofort zum gemeinsamen Vorgehen bereit..."

Eine Verständigung kam damals dennoch nicht zustande, indessen waren USP. und Spartakus nun unterrichtet, daß der Parteivorstand der SPD. die Reichsregierung im Falle eines Aufstandes nicht stützen würde.

Um den Ruhm, Väter der Revolution gewesen zu sein, haben sich die Anhänger der drei marxistischen Richtungen so lange gezankt, bis man erkannte, daß das betrogene Volk aus seiner Hypnose erwachte und daran ging, über die Revolution eine Rechnung aufzustellen.

---

[1]) Stenogr. Protokoll S. 153.

In diesem Streit um die Palme hat sogar der Arbeiter-Diplomat Karl Legien eingegriffen und Ansprüche angemeldet, die zweifellos berechtigt waren, trotzdem sie besser nicht verkündet worden wären. Auf dem 10. Gewerkschaftskongreß vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 in Nürnberg verteidigte er sich gegen die Angriffe von Seiten der Gewerkschaftsopposition, die seiner Organisation revolutionäres Versagen vorgeworfen hatte. Legien erwiderte: „Wer die Revolution bei uns in Deutschland vorbereitet hat, das sind nicht diejenigen, die behaupten, am 9. November die Erhebung hervorgerufen zu haben, sondern diejenigen, die in jahrzehntelanger Organisationsarbeit den Boden für die Revolution geschaffen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind die Revolutionäre, nicht mit dem Munde, sondern mit der Tat, mit der Arbeit ...."

Tatsächlich hat sich die von Wels im Juni 1919 angedeutete Taktik vom ersten Aufflackern der Revolution in Kiel und später an allen Orten bemerkbar gemacht und seine Enthüllung beleuchtet die Doppelzüngigkeit der Sozialdemokratie in den ersten Tagen des fluchbeladenen November 1918!

Die Flotte meutert seit dem 28. Oktober, noch sind die Waffenstillstandsbedingungen nicht bekannt —

Noske fährt im Auftrage des kaiserlichen Staatssekretärs Scheidemann nach Kiel und denkt garnicht daran, sich für die Wiederherstellung der militärischen Ordnung einzusetzen:
er läßt sich vielmehr zum Gouverneur von Kiel wählen und die Flotte fällt damit als Kampfmittel gegen den Feind und für den Frieden aus.

Noske regiert johlende Matrosen, aber dafür bedeutet seine Stellung den ersten Stützpunkt der Revolution, von dem es kein Zurück mehr geben soll.

Noske billigt die Kieler Revolution, ebenso der nach Kiel geeilte Legien, der Vorsitzende der „Generalkommission der Gewerkschaften."

In Berlin sitzt der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann und leitet von der Wilhelmstraße aus regierungsseitig die revolutionären Fäden. Er schickt Hermann Müller nach Kiel, der in sein Tagebuch schreibt: „Die Arbeiter und Soldaten hatten ihren Willen durchgesetzt."

Haase, der Führer der „Unabhängigen", trifft auch in Kiel ein und auf dem Marktplatz verbrüdern sich die SPD. und USP.

Das war in den Tagen vom 4. bis 7. November.

Der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann mißbraucht das Vertrauen seines Reichskanzlers, wenn er diesen nicht sogar belogen hat, denn Prinz Max von Baden berichtet am 7. November abends an den Kaiser: „Eine einheitliche politische Tendenz der Bewegung ist nirgends zu Tage getreten."

Die höchste Reichsbehörde ahnt nicht einmal, was die kleinste sozialdemokratische Provinzpresse wußte, denn die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" hatte bereits am 5. November berichtet: „Die Revolution ist auf dem Marsche. Was sich in Kiel ereignet hat, wird in den nächsten Tagen weitere Kreise ziehen und den Anstoß zu einer Bewegung geben, die durch ganz Deutschland gehen wird."

Wer hat diese Zeitung unterrichtet? Noske?

Am 4. November geht die kämpfende deutsche Front auf die Maas-Stellung zurück.

Seit dem 4. November sind die — Totengräber Deutschlands unterwegs, um die Kieler Revolutionswelle weiterzuleiten:

die Unabhängigen Dittmann und Haase eilen nach Hamburg und Kiel, „SPD.-Müller" wird Dittmann nach Hamburg und der Gewerkschaftsführer Legien am 6. November nach Kiel nachgeschickt aus Sorge um die Erfolge der Konkurrenz der Unabhängigen.

Müller kam zu spät nach Hamburg, wo die beiden Brüder Dittmann die Führung bereits an sich gerissen hatten, er fährt nach Kiel weiter und trifft am 11. November wieder in Berlin ein:

die Revolution marschiert!

In diesen Tagen, nämlich am 6. November, hatte der General Groener eine Unterredung mit Ebert, Scheidemann, Dr. Südekum, Dr. David (SPD.) und mit Legien[1]), Bauer und Robert Schmidt (Gewerkschaften). Groener hat darüber im „Münchener Dolchstoßprozeß" ausgesagt:

„Ich fand die Vertreter der Sozialdemokratie durchaus verständig. Von keiner Seite ist ein Wort gefallen, das darauf schließen ließ, daß die Herren etwa auf eine Revolution hinstrebten. Im Gegenteil, von der ersten bis zur letzten Äußerung ist nur davon gesprochen worden, wie man die Monarchie erhalten könne..."

Wilhelm Dittmann sprach am 5. November (abends) im Hamburger Gewerkschaftshaus.

Während seiner Rede erschienen 12—15 Kieler Matrosen und 20—24 Feldgraue, die aus dem Untersuchungsgefängnis ausgebrochen waren. Der Jubel, der Beifall, der in der Versammlung nach der Bekanntgabe der Tat ausgelöst wurde, war unbeschreiblich. Die auf der Bühne hinter dem Vorstandstisch stehenden Matrosen und Feldgrauen hoben sich gegenseitig hoch, schwenkten ihre Mützen und begeisterten durch ihre Zurufe die Versammlung zu sich immer mehr steigernden Beifallskundgebungen.

[1]) Legien ist nach dieser Besprechung erst nach Kiel gereist.

Dittmann[1]) rühmte sich nach 10 Jahren seiner revolutionären Propagandatätigkeit (nach der im Oktober 1918 auf Druck Bauer-Scheidemanns erfolgten Freilassung aus der Festungshaft): „Sieben Riesenversammlungen im Rheinland und eine in Hamburg, von der damals die Revolution ausging, hatte ich inzwischen abgehalten".

Die Sicherheit der Heroen der Hetzreden, mit der sie die Revolution erwarteten und die Unbekümmertheit, mit der sie sie betrieben, läßt ein Bericht über die Tätigkeit Dittmanns nach seiner Haftentlassung erkennen. Nach diesem Bericht[2]) stellte er im Oktober 1918, unbehelligt von der Polizei, nachstehende Forderungen auf:

„Wir fordern heute genau wie früher die sozialistische Republik. (Lebhafter Beifall). Und wenn Sie mich fragen, wer Präsident dieser Republik sein soll, so kann ich keinen besseren Mann vorschlagen, als wie den Zuchthäusler Karl Liebknecht. (Stürmischer Beifall.)

Seine Friedensliebe und sein unerschütterlicher und unbezwingbarer Kampf gegen alle Kriegshetzer haben ihm das Vertrauen der ganzen zivilisierten Welt und besonders des internationalen sozialistischen Proletariats eingebracht. Die Befreiung Karl Liebknechts und seine Wiedereinsetzung in seine alten Ehrenämter und Rechte ist daher heute unsere Forderung. (Stürmischer Beifall). Aber nicht nur Liebknechts, auch die Befreiung aller politischen Verurteilten fordern wir. Alle Schutzhäftlinge sind unverzüglich in Freiheit zu setzen. Ebenso alle verurteilten Soldaten und Matrosen. Der jetzt beschrittene Weg der Begnadigung Einzelner ist eine Halbheit. Das hier angewendete demokratische Oel der neuen Regierung ist ein minderwertiger Kriegsersatz."

Heute erscheint es unfaßbar, daß politische Verbrecher wie Dittmann das Volk ungehindert aufwiegeln durften, während das Heer einen Verzweiflungskampf durchfechten mußte.

Hermann Müller schreibt in seinen Erinnerungen: „Der Parteivorstand der SPD. mußte, als die Zeit der Revolution erfüllt war, seine Maßnahmen allein treffen. Er tat das und sorgte dafür, daß bei der unvermeidlich gewordenen Revolution die Partei nicht ins Hintertreffen kam." Das war die große und anscheinend einzige Sorge der kommenden deutschen Staatsmänner.

Während so ohne jeden Zweifel alle maßgeblichen Führer der SPD. und USP. auf die Revolution hinarbeiten, verhandeln nicht weniger maßgebliche Führer mit dem militärischen Berater Hindenburgs, dem General Groener, als sei ihnen das Wort Revolution völlig unbekannt.

[1]) „Vorwärts" am 9. November 1928.

[2]) „Der Ebertprozeß" Verlag Internat. Verlagsanstalten. Berlin 1925.

In politisch eingeweihten Kreisen wird der General Groener als Vertrauensmann der SPD. beurteilt. Diese Angelegenheit ist interessant, denn, hinter sich die Revolution, fuhr er ins Große Hauptquartier zurück und wirkte auf die Abdankung des Kaisers hin.

Am 7. Dezember fiel Köln kampflos in die Hände der Revolutionäre und damit der entscheidende Brückenkopf in der deutschen Westfront; aus den Gefängnissen befreite Deserteure und Dirnen füllten die Straßen, denn Köln war eine der großen Sammelstellen, die der in Holland als Leiter der Deserteur-Organisation tätig gewesene Redakteur Karl Minster, der fahnenflüchtige frühere Schriftleiter der sozialdemokratischen „Bergischen Arbeiterstimme", eingerichtet hatte. Schäfer, einer der revolutionären Führer, berichtet:[1])

„Wer am Morgen des 7. Novembers das Stadtinnere betrat, dem bot sich ein Bild des Jammers und der Schande. Des Jammers, da die militärischen Gefangenen in einem erbärmlichen Zustand ziellos auf den Straßen umherliefen; der Schande, weil neben diesen auch die gemeinen Verbrecher und die Dirnen freigelassen worden waren und ein nicht geringer Teil derselben ein schamloses Benehmen an den Tag legte."

Auch der Führer der Kölner SPD., der spätere Reichsinnenminister Sollmann (im Kabinett Stresemann), kennt die revolutionäre Spielregel seiner Partei: „die Reichsregierung im Falle eines Aufstandes nicht zu stützen" sehr genau und befolgt sie gewissenhaft. Die Bevölkerung Kölns, auch die Garnison, war bis zum Eintreffen der revolutionären Matrosen am Nachmittag des 7. November äußerlich ruhig, berichtet Sollmann in seinen 2 Wochen später verfaßten, „Den siegreichen Soldaten und Arbeitern" gewidmeten Erinnerungen an die Revolution in Köln. Er schreibt dann wörtlich weiter:

„Dem Gouvernement gegenüber sprachen wir die Überzeugung aus, daß die Kölner Arbeiter und Soldaten sich hinter die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse stellen würden.... Die sozialdemokratischen Führer könnten auch selbstverständlich nicht ihre Aufgabe darin erblicken, den Soldaten Rückkehr zur militärischen Disziplin zu predigen..." (von S. gesperrt gedruckt.)

Die „Rheinische Zeitung" vermerkt über diesen Tag: „In tiefer Bewegung schreiben wir die Berichte über die Revolution. Über Nacht sind alle unsere Blütenträume gereift."

Und abermals: am gleichen Tage, am 8. November, einige Minuten vor 9 Uhr morgens, wird in Köln die Republik ausgerufen, auf dem Dach eines Lastautos stehen Sollmann (SPD.) und der Führer der Unabhängigen, Smeets, und reichen sich die Hände zum „Rütlischwur". Auf Grund der Vorgänge in Köln wurden im Großen Hauptquartier außerordentlich weit-

[1]) Heinrich Schäfer: „Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten". Bonn.

tragende Entschlüsse gefaßt, denn Köln war Stütz- und Knotenpunkt zwischen Heimat und Westfront.

Im Kölner A.- und S.-Rat saß eben der berüchtigte Separatist Smeets, der bald darauf, im Solde Frankreichs stehend, die „Rheinische Republik" zu errichten versucht hat. Die Chronisten der Kölner Revolution unterschlagen den Namen dieses Mannes, der aber auch nur ihresgleichen war, nämlich Volksverräter.

Mit Köln revoltierte München in der Nacht vom 7. zum 8. November und diese von Kurt Eisner angezettelte Revolution ist die folgenschwerste für Deutschland geworden, denn hier war der nach Preußen größte Bundesstaat en bloc umgestaltet und, ohne daß sich auch nur eine Hand für den König erhoben hätte, zur Republik erklärt worden. Bisher waren es die sozialistischen Führer in den einzelnen Hochburgen ihrer politischen Macht, die nach einem bestimmten, vorgefaßten Plan die örtlichen Tumulte in das breite Bett der Revolution lenkten, Kurt Eisner hatte ganze Arbeit gemacht und obendrein die deutsche Südgrenze für den Feind geöffnet.

Der „Oberbefehlshaber der Roten Armee" in München, Eglhofer, war ein zum Tod und zu Zuchthaus verurteilter ehemaliger Kieler Matrose; auf sein Münchener Schuldkonto fallen u. a. die 10 Geiseln, die am 30. April 1919 ohne Verfahren oder Urteil hingeschlachtet wurden, als die Truppen des Generals v. Epp schon vor München standen.

Wie konnte es in dem disziplinierten Deutschland und ungeachtet der außenpolitischen Folgen dahin kommen? Bei der Beantwortung dieser Frage müßte die jämmerliche Feigheit der zivilen und militärischen „Kraftmeier" daheim, ein national beschämendes Bild, enthüllt werden, denn sie ist es gewesen, die allein die Entwicklung der Revolution in den Tagen vor Berlin ermöglicht hat.

Wo hat die revolutionäre Welle angesetzt? Die Schiffsbesatzung, Mannschaften des III. Geschwaders, hatten sich am 28. Oktober, als die Flotte in See gehen sollte, aufgelehnt; die Heizer rissen die Feuer aus den Kesseln, verübten Sabotage und ließen sich gefangen nehmen.

Dieser Aufstand wich in allem von der Revolte im Sommer 1917 ab, er war besser vorbereitet und griff deshalb scheinbar unaufhaltsam auf alle Schiffe und aufs Land über; die Berliner militärische Zentrale war schwach, denn in der Wilhelmstraße beeinflußte der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann alle gegen die Matrosen gerichteten Entschlüsse. Was zuerst eine Demonstration zur Freilassung der verhafteten Matrosen sein sollte, was noch als eine durch sozialistische Ideen genährte Militärrevolte mit eiserner Rücksichtlosigkeit hätte gedämpft werden können, wurde infolge des guten

Gelingens und im Zusammenhang mit den revolutionären Zuckungen in Hamburg und Wilhelmshaven eben — die Revolution.

Einer der vielen Chronisten der Kieler Revolutionstage, er ist heute auf dem äußersten rechten Flügel in Deutschland tätig, berichtet über Noske's Auftreten in Kiel am 4. November:

„Abends um 9 Uhr fand eine Sitzung der Vertreter des Soldatenrates und der Delegierten beider Parteien mit dem Gouvernement unter Anwesenheit des Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs Haußmann statt. Wer das Glück hatte, dieser denkwürdigen Sitzung beizuwohnen, dem wird sie ewig unvergeßlich sein, denn wenn je das vielzitierte Wort Goethes: ‚Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte an...' mit Recht gebraucht werden konnte, so hier."

Noske billigte die Revolution, er wurde am nächsten Tage Gouverneur und die mächtige deutsche Flotte hatte aufgehört ein Druckmittel für den Feind zu sein.

Die Verhandlungen zwischen alten und neuen Gewalten wurden durch ein Flugblatt gekrönt, das am 5. November verbreitet wurde und dessen erster und letzter Satz, von zeitgeschichtlichem Wert, hierher gesetzt werden sollen:

Kameraden!

„Der gestrige Tag wird in der Geschichte Deutschlands ewig denkwürdig sein. Zum ersten Male ist die politische Macht in die Hände der Soldaten gelangt... Zur Ergänzung des Aktionsausschusses sind die Genossen Haase und Ledebour telegraphisch hierhergerufen worden!"

Die enge Verbindung der Kieler Matrosen mit den Unabhängigen — hier wird sie wieder bewiesen.

Aber zeitgeschichtlichen Wert besitzen auch folgende schlichte Zeitungsmeldungen, sie sind Dokumente deutscher Kaiser- und Offiziertreue und sollen deshalb nicht vergessen werden:

„Zur Lage in Kiel. Die Schiffe haben die rote Flagge gesetzt. Linienschiff „König", das im Dock der Kaiserlichen Werft liegt und heute morgen die Kriegsflagge gesetzt hatte, wurde von beiden Ufern aus mit Gewehren beschossen. Die Offiziere, die die Flagge mit der Pistole in der Hand verteidigten, wurden durch die Mannschaft bezwungen, die dann die Kriegsflagge herunterholte und die rote Flagge hißte. Von den Offizieren sind 2 tot, darunter der Kommandant, der die Mannschaft nicht an Land gehen lassen wollte, und mehrere verwundet."

(„Kieler Zeitung" vom 5. November 1918 Nr. 520.)

„Zu dem Kampf um die Flagge auf dem Linienschiff „König" ist nachzutragen, daß der Kommandant, Kpt. z. S. Weniger, im Laufe des gestrigen

Mittwochs seiner Verwundung im Lazarett erlegen ist. Er hatte, bevor er verwundet wurde, einen Matrosen der Besatzung, der versucht hatte, die rote Flagge zu hissen, niedergeschossen; der Mann war sofort tot. Erschossen wurde ferner bei dem Vorgang der 1. Offizier, Korv.-Kpt. Heinemann, schwer verwundet der Ltn. z. S. Zenker."

(„Kieler Zeitung" v. 7. November 1918 Nr. 523.)

„Todesanzeige. Statt besonderer Anzeige. Es hat Gott gefallen, aus diesem Leben plötzlich abzurufen meinen heißgeliebten, treuen Sohn, unseren guten, treuen Bruder, Schwager und Onkel, den Kaiserlichen Korvettenkapitän

Bruno Heinemann

Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse.

In tiefstem Schmerz Anna Heinemann geb. Teichen zugleich im Namen aller Hinterbliebenen, Stralsund, den 5. Nov. 1918."

(„Kieler Zeitung" v. 8. Nov. 1918, Nr. 526.)

„An den Folgen seiner schweren Verwundung, die er am 5. d. M. bei der Verteidigung der Kriegsflagge erlitten hat, verschied, 20 Jahre alt, unser geliebter Sohn und Bruder, der

Kaiserl. Leutnant z. S.

Wolfgang Zenker

Inhaber des Eisernen Kreuzes,

getreu bis in den Tod.

L. Paul Zenker und Frau geb. Dumas, Rudolf Zenker, Leutnant und Adjutant, Theodor Zenker.

Leipzig, Monthéstr. 11."

(Kieler Neueste Nachr. v. 12. November 1918)

Der Jubel der Bolschewisten!

„Am 7. November (russischer Kalender) feiern die Bolschewisten im Moskauer Großen Theater den ersten Jahrestag des bolschewistischen Sieges, der Allrussische Sowjetkongreß ist versammelt, auf der Riesenbühne ist der gesamte Rat der Volkskommissare mit Ausnahme Lenins, der wieder einmal unpäßlich ist, versammelt.

Trotzki spricht. Noch ist er der Heros, der Lenin fast überschattet.

Jetzt steht er im Vordergrund der Bühne und redet zu der lautlos lauschenden Zuhörerschaft. Er ist ganz General. In eine knapp und elegant schließende Militärjoppe, Reithosen und hohe Lackstiefel gekleidet. Keine Spur mehr von dem saloppen Kaffeehausliteraten oder dem wild gestikulierenden Agitator.

Die Hände um eine Stuhllehne gekrampft, steht er da, unbeweglich wie eine Bildsäule...

Da eine leichte Bewegung im Hintergrund der Bühne. Man hat Stark, dem Leiter der ‚Rosta' (der bolschewistischen Telegraphenagentur), ein Papier gebracht, und jetzt stürzt er zu dem Vorsitzenden des Kongresses. Der liest und wird blaß, unterbricht dann den Redner, der sich unwillig zur Seite wendet, und jetzt erhebt sich Swerdlow und verliest mit bebender Stimme ein Telegramm der ‚Rosta' aus Berlin: ‚In Kiel haben die Matrosen der deutschen Kriegsmarine gemeutert. Blutige Kämpfe haben stattgefunden, in denen sie die Oberhand behalten haben. Über den Kriegsschiffen weht jetzt die rote Flagge.' Totenblaß sinkt Swerdlow auf seinen Stuhl zurück.

Dieselbe Blässe auf allen Gesichtern. Es ist, als wäre der Todesengel durch den Saal geschritten. Die atemlose Stille will kein Ende nehmen. Endlos lange dauert es, bis langsam Leben in die Gesichter zurückkehrt: Unglauben, Schreck, freudiges Staunen. Und jetzt bricht der Sturm los. Tausend Menschen rasen, trampeln mit den Nagelstiefeln auf den Polstersitzen, brüllen und toben, umarmen einander, klatschen in die Hände, schwenken Tücher und Mützen. Das ist keine Menschenversammlung mehr; eine tosende See ist es...

Das Tohuwabohu mag eine halbe Stunde gedauert haben, da schwenkt Swerdlow abermals ein Papier; aber es dauert viele Minuten, bis er sich Gehör verschaffen kann: ‚Hamburg', ‚München', ‚Nürnberg'..."

So steht es auf einem vergilbten Stück Zeitungspapier — ein Dokument deutscher Schande und Schmach.

Ein Augenzeuge hat diesen Ausbruch bolschewistischer Begeisterung niedergeschrieben.

11. Der Kaiserthron — ein Reich stürzen

Unruhen in Berlin.

Berlin, 9. November. (Privattelegramm.) Bis 12 Uhr mittags ist es in Berlin noch nicht zu Unruhen gekommen. In allen großen Betrieben sind die Arbeiter um 9 Uhr in den Ausstand getreten, haben aber im allgemeinen die Fabriken noch nicht verlassen, weil sie in ihren Arbeitsstellen Versammlungen abhalten.

Berlin, 9. November, 12½ Uhr mittags. (Privattelegramm.) Soeben wird bekannt, daß es am Halleschen Tor zu Zusammenstößen zwischen Militär und Demonstranten gekommen sein soll. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

„Tribüne" (Erfurt) vom 9. November 1918.

Das waren die Berichte aus Berlin in den großen Provinzzeitungen der USP.; sie zwingen zu der Frage: wie leicht hatten es die Führer der SPD., vereint mit den Militärbehörden, die Revolution in Berlin zu verhindern?

Es gab jedoch nichts mehr zu verhindern, denn um diese Zeit war die gesamte staatliche Macht dem Führer der Sozialdemokratie, Ebert, bereits übergeben worden. In der zwölften Mittagsstunde standen in der Reichskanzlei vor dem Reichskanzler Prinz Max von Baden die geheimen Drahtzieher der Revolution, um sich die gesamte staatliche Macht übergeben zu lassen: Ebert, Scheidemann, Otto Braun und die Vertreter der Berliner Obleute Fritz Brolat und Heller.

Die von ihnen seit Monaten herbeigesehnte Stunde war gekommen und sie war ausgezeichnet vorbereitet worden.

Der Kriegsminister, General Scheüch, hatte noch am Morgen des 9. November eine Hoffnung gehegt: „Wir in Berlin sind jetzt wie in einer belagerten Festung; alles kommt darauf an, daß wir Berlin halten. Solange das gelingt, ist nichts verloren; die Armee muß uns entsetzen."

Zu spät, denn seit dem frühen Morgen des 9. November waren die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie in den Räumen des Parteivorstandes versammelt und „einmütig kam der Entschluß zum Ausdruck, sich an die

Spitze der Arbeiterschaft zu stellen und die Revolution möglichst schnell und unblutig zu vollziehen[1])."

Sehr wahrscheinlich hätte der Parteivorstand noch gezögert „auf die Straße zu gehen", aber da kamen ihm die Soldaten, deren Gewehrläufe den Weg zur Freiheit in Berlin immer noch versperrt gehalten hatten, auf ganzem Wege entgegen. Wels berichtet weiter:

„Noch während unserer Beratung im Parteivorstand erschien in der grauen Morgenstunde des 9. November eine Deputation von Angehörigen des Naumburger Jägerregiments, das man als ganz besonders zuverlässig gegen die Berliner Arbeiter einsetzen wollte, und forderte mich auf, in ihrer Kaserne über die politische Lage zu sprechen." Wels tat es und schreibt abschließend: „3000 Soldaten waren mit einem Schlage für die Sache der Arbeiterschaft gewonnen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht durch die Stadt und vor allen Dingen in den Kasernen. Bald war die ganze Berliner Garnison auf seiten des Volkes."

Der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann hört von Wels' Erfolg in den Kasernen, er sieht die Revolution auf der ganzen Linie gesichert und übergibt um 9 Uhr vormittags dem noch amtierenden Reichskanzler Prinz Max von Baden sein Entlassungsgesuch, die anderen sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts und Unterstaatssekretäre schließen sich ihm sofort an[2]).

Die Kabinettssitzung muß auf 12 Uhr vertagt werden und die amtsmüden Staats- und Unterstaatssekretäre bekommen ihre Gewissen und ihre Zukunft frei — sie gehen nicht als kaiserliche Beamte in die Republik, wohl aber als — pensionsberechtigte Republikaner.

In ihrem Gehirn nistete die beängstigende Vorstellung: Krieg — Belagerungszustand — Hochverrat — Zuchthaus oder gar der Sandhaufen!

Revolutionsgewinnler übelster Sorte.

Während die letzten Soldaten an der Front sterben und stöhnend fallen, meutern daheim Matrosen, Soldaten, Staats- und Unterstaatssekretäre.

Rote Raben, Unglücksboten der Revolution, flattern vor dem Zuge, der die deutsche Waffenstillstandskommission dem hochmütigen und unerbittlichen Sieger entgegenfährt.

In dem Ultimatum, das Ebert und Scheidemann in Erwartung un-

[1]) „Vorwärts", den 9. November 1928: „Aus einem in der heutigen Nummer des Londoner „Daily Herald" erscheinenden Artikel über den 9. November."

[2]) Staatssekretäre Scheidemann und Bauer und die Unterstaatssekretäre Dr. David, Schmidt und Dr. August Müller.

sicherer und gar lebensgefährlicher Verhältnisse an die Reichsregierung Prinz Max von Baden gerichtet hatten, stand auch die Forderung:

„Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit!"

Der Oberbefehlshaber in den Marken war dagegen, der Kriegsminister dafür, jener trat zurück, reichte sein Abschiedsgesuch ein und am 9. November wurde bekannt gegeben:

„Von der Schußwaffe ist kein Gebrauch zu machen!"

Von diesem Zeitpunkt an konnte jede Lebensversicherung das Leben selbst der wildesten Revolutionäre gegen den Tod für die Freiheit versichern und zwar zu den niedrigsten Prämiensätzen.

Übrigens waren Wels' Gegner, die auf die Verteidigung der Krone und der Stützen des Staates eingeschworenen Patrioten aus dem gleichen Holz geschnitzt: „In der Mittwochgesellschaft wurden abends Wilsons angebliche Waffenstillstandsbedingungen bekannt gegeben, was zu einer erregten Szene führte. Einige alte pensionierte Herren wollten Volksredner auf den Potsdamer Platz schicken, hiergegen protestierten andere heftig; und da niemand selber hinwollte, unterblieb alles"[1]).

Während der Partei-Generalstab der SPD. den Ausbruch der Berliner Revolution in den Räumen des Parteivorstandes abwartete, hatten die Unabhängigen im Reichstag ihr Hauptquartier errichtet, wo deren Führer Dittmann, Ledebour und Vogtherr in ihren dortigen Arbeitszimmern übernachtet hatten und schon „zwischen 5 und 6 Uhr früh auf den Beinen waren und es ununterbrochen blieben bis zum späten Abend. Bald kamen Nachrichten aus den Betrieben, daß die Arbeiter auf die Straßen gingen, aus den Kasernen, daß die Soldaten sich mit den Arbeitern verbrüderten. Es war kein Zweifel, das war die Revolution!"[2])

In der Wilhelmstraße saß der kaiserliche Staatssekretär Scheidemann und gab, noch war sein Abschiedsgesuch nicht genehmigt, Parolen und Weisungen telegraphisch nach allen Windrichtungen bekannt.

Gegen 10 Uhr erschien Ebert, der gerade mit dem Reichskanzler Prinz Max von Baden verhandelt hatte, begleitet von David und Scheidemann im Fraktionssekretariat der USP., um mit den feindlichen Brüdern von gestern gemeinsam die neue Regierung zu bilden, ohne zu dieser Stunde schon die Vollmacht dazu zu haben. Sie trafen nur den alten Feuerkopf Georg Lede-

[1]) Harry Graf Keßler über den 30. Oktober 1918 im „Berl. Tageblatt am 11. November 1928.

[2]) Dittmann: „Vorwärts" vom 9. November 1928.

bour, der die jetzt kommende Szene als Angeklagter in dem ihm später gemachten Hochverrats-Prozeß (Mai 1919) geschildert hat:

„Ich bin nicht leicht zu überraschen, aber ich muß gestehen, ich habe die Augenbrauen hochgezogen und gesagt: „Na, so was! ...“ Der Reichskanzler des Deutschen Reiches, der unter Wilhelm II. den Reichskanzlerposten übernommen hatte, kommt mit einem der Staatssekretäre in das Zimmer einer gegnerischen Fraktion und bietet diesen Gegnern an, in ein gemeinsames Ministerium einzutreten. Sie wußten, daß wir bereits die Parole der Revolution gegen die Regierung, an deren Spitze Ebert stand, ausgegeben hatten, und nun machen sie diesen Revolutionären, die gegen sie selbst Revolution machen wollen, das Angebot: Bitte, meine Herren, wir sind bereit, wir haben auch so etwas im Werke .... Wenn damals diese Revolution nicht geglückt wäre, wenn die militärische Oberhand sich auf die Seite des Kaisers gestellt, die Revolution niedergeschlagen wäre, dann würde ich zwischen Ebert und Scheidemann auf der Anklagebank sitzen und dann würden die Herren Staatsanwälte zweifellos mit demselben Eifer, den ich gestern an ihnen bewundert habe, die Anklage gegen Ebert und Scheidemann vertreten ... Als ich dann im Gefängnis lesen mußte, daß dieser Herr Ebert von der Nationalversammlung zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt wurde, meine Herren, da habe ich als Deutscher, nicht nur als internationaler revolutionärer Sozialist — ich habe ein sehr starkes deutsches Empfinden — ein Gefühl tiefster Scham empfunden.“

Ebert, Scheidemann und Dr. David traten vor dem alten prinzipienfesten Georg Ledebour den Rückzug an und der endete in der Reichskanzlei.

Scheidemanns und seiner Genossen Abschiedsgesuch ist eine Formsache geblieben, denn zumindest Scheidemann hat die Zügel der Regierung nie aus der Hand gelegt bis zu seiner Wahl zum Volksbeauftragten. Ein Titel, dessen Inhalt eine einzige Lüge war.

Am Vormittag des 9. November hatte noch der Aufruf gegolten, den der Parteivorstand und die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 8. November an die deutschen Arbeiter gerichtet hatten:

„Da die Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute Mittag abgeschlossen sein würde, sich nicht erfüllt hat, weil die deutschen Delegierten infolge äußerer Hindernisse heute Vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnten, der Abschluß des Waffenstillstandes aber gefährdet würde durch unseren Austritt aus der Regierung haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert....“

Die Arbeiter hatten diesen Entschluß, der die Interessen des Vaterlandes

hervorhob, kaum gelesen, da flatterte ihnen um 12 Uhr Mittags bereits ein neues, noch druckfeuchtes Flugblatt entgegen:

Aufforderung zum Generalstreik!

Soeben wird folgendes Extrablatt des „Vorwärts" verbreitet:

Extraausgabe. **Sonnabend, den 9. November 1918.**

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten.

Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Verantw. Redakteur und Verlagsbuchh. Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

In dem Aufruf steht: Die Bewegung wird gemeinschaftlich von der SPD. und USP. geleitet.

Das war eine zweifellos von der neuen Regierung verbreitete Lüge, denn der Führer der Unabhängigen, Haase, war noch in Kiel und Ledebour hatte es abgelehnt, mit seinen erbittertsten Gegnern zu paktieren.

Während Ebert sich bemüht, die ruhige Überleitung der Dinge in gesetzliche Bahnen zu versuchen, eilt Scheidemann zwischen Reichskanzlei und Reichstag hin und her, jetzt ganz erfüllt vom revolutionären Geist und regiert munter weiter: als kaiserlicher Staatssekretär noch nicht entlassen und als Volksbeauftragter noch nicht gewählt. Über seine Regierungstätigkeit in den Mittagsstunden des 9. November erzählt er selbst:

„Auf der Treppe des Reichstages zum Hauptgeschoß lief der Kollege Göhre mir in den Weg, als gerade andere mich bestürmten, dem Kriegsminister einen sozialdemokratischen Vertrauensmann zur Seite zu geben, der „aufpassen" müsse, damit nichts gegen uns geschehe. „Hallo, Göhre, das trifft sich ausgezeichnet, Sie sind doch Leutnant! Gehen Sie gleich in das Kriegsministerium, wo Sie alles, was hinausgeht, kontrollieren und gegenzeichnen müssen, wenn es Gültigkeit haben soll."

Darauf setzt sich Scheidemann in die Restauration des Reichstages, um, wie er in den „Memoiren eines Sozialdemokraten" schreibt, eine „dünne Wassersuppe" zu essen.

Das Volk aber wünscht ihn zu sehen und zu hören, es belagert den Reichstag und Scheidemann eilt von der „dünnen Wassersuppe" zum „Stoß gegen die Monarchie" (Prinz Max von Baden), er läßt ein Fenster öffnen und steigt auf die Brüstung, jetzt wieder ganz „Volkstribun". Er macht Geschichte, als er erklärt:

„Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte ist nicht mehr. Es lebe die Republik!"

Das entscheidende Wort war gesprochen.

Ebert machte Scheidemann zu spät heftige Vorwürfe: „Das war unrecht. Über die zukünftige Staatsform wird die Konstituante entscheiden."

Der Weg Scheidemanns zwischen den Sesseln eines kaiserlichen Staatssekretärs und des Mitgliedes der Reichsregierung Ebert hängt zwischen den schärfsten Paragraphen des Strafgesetzbuches.

Georg Ledebour hatte weniger getan und die Volksbeauftragten ließen ihm dennoch den hochnotpeinlichen Prozeß machen.

Prinz Max von Baden urteilt in seinen Erinnerungen über die Beseitigung der Monarchie durch Scheidemann folgendermaßen:

„Das wäre im Munde eines Unabhängigen keine unwiderrufliche Proklamation gewesen; die Unabhängigen ließen seit Monaten die soziale Republik hoch-

leben. Die Erklärung des Staatssekretärs aber band seine Partei. Scheidemann führte den letzten Stoß gegen die Monarchie."

Die Monarchie war — die Republik kam: Gegen 2 Uhr erschienen Dittmann, Oskar Cohn und Vogtherr in der Reichskanzlei, um sich bei Ebert nach dem Stand der Regierungsbildung zu erkundigen.

Hinter die Kulissen der Berliner Revolution läßt der damalige „Vorwärts"-Redakteur Kuttner blicken, der von sich selbst sagte: „Ich habe im politischen Kampf an den letzten und entscheidenden Stadien der Entwicklung aktiv teilgenommen, also die Ereignisse nicht von außen, sondern von innen kennen gelernt." Im Streit mit den Spartakisten um die Palme der Revolutionsgöttin am 5. Dezember 1918, in einer öffentlichen Versammlung, brüstete sich Kuttner noch mit seiner Tätigkeit:

„Die Spartakusleute wissen ja gar nicht, was sie wollen. In Berlin wollten sie zuerst am 4. November losschlagen, haben dann aber die Revolution auf den 11. November vertagt. Sie waren so verrannt in ihre Idee, daß als wir am 9. November mittags telephonisch anfragten, ob sie mitmachen wollten, sie sich da noch nicht entschließen konnten, weil sie immer noch an dem 11. November festhielten. Sie waren von den Vorgängen völlig überrascht, und als sie endlich um 2 Uhr nachmittags mit ihren Gewehren ankamen, war die Revolution schon fertig."

Man muß diese Enthüllung Kuttners über die primitive Entstehung des größten Unglücks Deutschlands in seiner zweitausendjährigen Geschichte, öfter lesen: „Als wir am 9. November mittags telephonisch anfragten, ob sie mitmachen wollten — als sie endlich um 2 Uhr mittags mit ihren Gewehren ankamen, war die Revolution schon fertig."

Meineid! Verrat auf der ganzen Linie!

Die Revolution war fertig!

Den Preis der Revolution hat das deutsche Volk erst später erfahren: Verlust seiner politischen Freiheit, Zerstörung seiner Wirtschaft, 60 Jahre Fronarbeit für den Feind, dem der Verrat zugute kam. Aber auf dem Vorwärtsgebäude wurde die rote Fahne aufgezogen. Sie wurde damit zum Symbol der Vaterlandsfeinde!

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte am 6. November Ebert aufgesucht, um ihn zu veranlassen, seine Partei zu beruhigen; diese und Scheidemann erklärten sich außerstande, weil die Unabhängigen vorwärts drängten und sie, Ebert und Scheidemann, Gefahr liefen, Einfluß auf die Massen zu verlieren. Beide taten jetzt das Gegenteil dessen, was der Reichskanzler

erbeten hatte, statt die Reichsregierung zu stützen, überreichten sie ihr am 7. November 5 Uhr nachmittags ein unerfüllbares Ultimatum; befristet bis 12 Uhr mittags am 8. November. Prinz Max von Baden hat die Bedeutung dieses heimtückischen Überfalles vornehm, vorsichtig und richtig beurteilt: an die Stelle der von ihm gewünschten gesetzmäßigen Überleitung in den neuen Zustand sollte auf dem Wege über den gewaltsamen Umsturz die Revolution treten.

In diesen Stunden reisten die deutschen Unterhändler nach Compiègne, um Deutschland der Entente auf Gnade und Ungnade ausliefern zu müssen, denn hinter ihrem Rücken wütete die Revolution. Ob die „Volksbeauftragten" Ebert und Scheidemann an das Dichterwort „Alle Schuld rächt sich auf Erden!" gedacht haben, als beide am Ende des Jahres des nationalen Verbrechens und der Verbrecher in ihrer Hauptstadt Berlin vor den geliebten Untertanen flüchteten? Scheidemann hat darüber berichtet:

„Eine hundekalte Dezembernacht des Jahres 1918. Wir schlichen, vorsichtig Umschau haltend, immer an den Häuserwänden entlang, durch die Straßen. Zwischen halb zwei und fünf Uhr morgens. Fanatische Menschen, die uns niedergeschossen hätten, wo sie immer uns gefunden, verfolgten uns. Todmüde waren wir beide. — Lange Zeit hatten wir den Sitz unserer gemeinsamen Tätigkeit nicht verlassen können, heute waren wir der Versuchung erlegen und hatten zu später Abendstunde der Bitte eines Freundes Folge geleistet. Er hatte uns mürbe gemacht mit der Mitteilung, daß er unsere Frauen benachrichtigen und ebenfalls zu sich bitten wollte. — Mit vieler Vorsicht waren wir aus dem Hause geschlichen, einer hinter dem anderen her, mit dreihundert Schritten Abstand. Es gelang uns schließlich, nachdem wir über mehrere Höfe hinweggeklettert waren, einige Häuser zwischen uns und unsere Verfolger zu bringen. Mit unendlicher Mühe gelangten wir, nachdem wir wildfremde Menschen geweckt und um Auslaß gebeten hatten, vorsichtig auf die Straße — wieder einer nach dem anderen, in weitem Abstand. — Man mußte mich wohl am Gange erkannt haben, denn es erhob sich plötzlich ein wüstes Geschrei. Kein Zweifel, die Verfolger waren uns auf den Fersen. Wir — ich habe bisher vergessen zu sagen, wer „wir" waren: „wir" waren die „Reichsregierung Ebert und Scheidemann!" Wir rannten Ecke um Ecke, schließlich brach Ebert, der unerträgliches Herzklopfen bekommen hatte, auf einem Stein am Eingang eines Vorgartens zusammen, ich konnte mich ebenfalls kaum noch auf den Beinen halten —. Wir verhielten uns totenstill. Als nach etwa einer halben Stunde nichts zu sehen und zu hören war, wagte ich mich an die Straßenecke vor, um zu sehen, wo wir überhaupt waren. Vorsichtig tasteten wir uns weiter. In der Nähe des Zoo gewahrten wir,

allerdings in weiter Ferne, die Verfolger wieder. Hinter Bäumen verbargen wir uns... Schließlich waren wir an einer Ecke der Kurfürstenstraße angelangt. Wir setzten uns auf die Stufe einer Ladentür und unterhielten uns ... wir, die Regierung Ebert-Scheidemann: „Ich mag das Hundeleben nicht weiter leben." „Ich auch nicht, aber was tun?" ... Wir schlichen uns allmählich an den Sitz unserer Macht in die Wilhelmstraße und ließen im Laufe des Tages wieder mit den beiden unbrauchbaren Maschinengewehren im Garten allerlei Rasselgeräusche machen, um die spartakistischen Massen, die brauchbare Maschinengewehre und Handgranaten hatten, zu täuschen."

Dabei nannten sich die Männer der Reichsregierung stolz „Volksbeauftragte" und niemand ist doch vom Volk leidenschaftlicher bekämpft worden als diese Nutznießer der Revolution.

— —

Nach dieser Abschweifung kommen wir wieder zum Ablauf des 9. November in Berlin zurück.

I. Liebknecht in der Reichsregierung

Die allgemein verbreitete Ansicht, daß Liebknecht als standhafter Revolutionär und unerbittlicher Verfechter der Räte-Idee niemals Mitglied der Reichsregierung gewesen sei, ist falsch. Er ist tatsächlich Gefangener der Demokratie geworden, eine spartakistisch-stilwidrige Lage, die er erst auf Druck seiner Anhänger aufgegeben hat.

Die Unterhaltung zwischen Dittmann, Oskar Cohn und Vogtherr mit Ebert in der Reichskanzlei um 2 Uhr endete mit dem Kompromiß, das Georg Ledebour vier Stunden vorher mit Hohn zurückgewiesen hatte: die neue Regierung sollte paritätisch gebildet werden! Von der SPD.: Ebert, Scheidemann, Landsberg und von der USP.: Haase, Emil Barth und Karl Liebknecht!

Scheidemann und Karl Liebknecht unterzeichneten als Mitglieder der eben gebildeten Regierung als erstes Dokument der revolutionären Regierung nachstehenden Ausweis:

Reichstag den 9. Novemb. 1918.
Fernsprecher:
Zentrum 9592—9600

Inhaber dieses, Herr Paul Dittmann[1]) aus Hamburg, ist beauftragt, den Reichstagsabgeordneten Hugo Haase, der sich in Kiel befindet, sofort nach

[1]) Paul D., Bruder des neuen Volksbeauftragten, war Führer der Hamburger USP.

Berlin zu holen. Es sind ihm zu diesem Zwecke von der Regierung zwei Militärautos mit Bemannung zur Verfügung gestellt. Der Transport geschieht im Einverständnis mit dem Großen Hauptquartier.

K. Liebknecht. Scheidemann.

Das vorstehende, bisher unbekannte Dokument[1]), ist historisch interessant und dürfte auch das einzige Regierungsschriftstück geblieben sein, das Karl Liebknecht vollzogen hat.

Seine Anhänger machten ihm in der Nacht vom 9. zum 10. November wegen seiner demokratischen Anwandlungen heftige Vorwürfe, er trat deshalb am 10. November früh aus der Regierung aus und Dittmann trat an seine Stelle.

So begann und so endete die Regierungslaufbahn Karl Liebknechts und wurde Geschichte.

II. Die Krisis vom Standpunkt der Regierung gesehen

Haußmann (württembergischer Demokrat), Staatssekretär beim Reichskanzler Prinz Max von Baden, schrieb über die kritischen Tage, in denen das mächtige deutsche Reich zum schmählichen Zusammenbruch gebracht wurde, in sein Tagebuch:[2])

„Donnerstag, den 7. November:

Kabinettssitzung, Ultimatum von Scheidemann ... Sprengungsabsichten der Sozialdemokratie, die in keiner Weise vorher bekannt waren...

Freitag, den 8. November 1918:

‚Vorwärts' bestätigt meine Vermutung, daß die Regierungssozialdemokratie Anschluß an die Unabhängigen sucht. Scheidemann treibt Erpressungspolitik in dem Augenblick, wo Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet werden. Geht der Kaiser, so sind unsere Unterhändler nicht mehr genügend legitimiert. Bleibt der Kaiser, so wird in der Entente Vorstellung einer wiedererwachten Reaktion hervorgerufen. Ausbruch der Revolution in Berlin ist entscheidend. Die Sozialdemokraten haben es in der Hand. Von ihrer Entscheidung hängt es ab, ob die Arbeiter zu Hause bleiben oder auf die Straße gehen.

Elf Uhr interfraktioneller Ausschuß: Zentrum hat über den Kopf von Gröber hinweg die Forderung nach Abdankung des Kaisers einstimmig erhoben.

Herold: Was die Kaiserfrage anlangt, so bedauern wir die Form des

[1]) Leider mußte aus drucktechnischen Gründen die originale Wiedergabe zurückgestellt werden.

[2]) „Schlaglichter", Frankfurt a. M. 1924, S. 266ff.

Ultimatums. Aber nachdem die Sozialdemokratie sich auf den Standpunkt gestellt hat, glaube ich, daß dann die revolutionäre Bewegung nicht aufgehalten werden kann, wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung austritt, weil der Kaiser nicht zurücktritt. Unter diesen Umständen hält es unsere Mehrheit für richtig, wenn der Kaiser zurücktritt und die Monarchie aufrecht erhalten wird."

Gothein: „Ultimatum, ein peinlicher Eindruck, das ein Ultimatum auch für uns ist. Es hätte gestern Abend mit uns gesprochen werden können. Es bleibt nichts übrig, als daß der Kaiser und Kronprinz zurücktreten. Kolossale Erschwerung des Waffenstillstandes...

Haußmann: Wir sind im Kabinett vom Ultimatum nicht verständigt worden. Der Kanzler hat Demission eingereicht...

Stresemann: Gestern erklärte Ebert hier: Die Kaiserfrage tritt jetzt hinter den anderen Fragen zurück. Ich möchte der Fraktion nicht vorgreifen in der Kaiserfrage.

Ebert: Sie sollten uns dankbar sein, daß wir gehandelt haben. Die Soldaten haben sich überall ergeben. Wir konnten nur mit der Fristsetzung beruhigen. Wir waren uns von vornherein der Schwierigkeiten bewußt, die das Ultimatum schuf.

Samstag, den 9. November 1918:

Zwölf Uhr Kriegskabinett. Ebert und Scheidemann erscheinen aus ihrer Fraktionssitzung. Ebert erklärt in völlig ruhigem und weichem Tone, daß die Sozialdemokratie im Interesse der Ruhe und Ordnung die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen müsse.

Einviertel zwei Uhr kommt ein langer Demonstrationszug aus der Voßstraße und bewegt sich in völliger Ordnung durch die Wilhelmstraße Richtung Linden. Meist besser aussehende Arbeiter.

Halb zwei Uhr fährt das erste Auto mit roter Flagge vorüber, zirka zehn Soldaten, ein Zivilist. Vorne ein Maschinengewehr, von den Demonstranten mit lautem Hurra begrüßt.

Essen im Hotel. Während des Essens passieren viele Autos und Fahrzeuge mit roter Flagge, meist nur ein schmaler Tuchstreifen.

Sonntag, den 10. November 1918:

Kabinettsitzung. Kriegsminister Scheüch: Das Schloß wird belagert und beschossen. Die Ernährung der Truppen ist so, daß das 4. Jägerregiment mangels Nahrung nach Zossen zurück muß.

Die zwiespältige Haltung der Parteiführer Ebert und Scheidemann wird auch von dieser amtlichen Seite überzeugend nachgewiesen.

Ebert hatte am 8. November die Unwahrheit gesagt, denn an diesem Tage

hatte sich in Berlin, was entscheidend war, noch kein Soldat ergeben, im Gegenteil, das Militär dachte noch garnicht an Meuterei, aber Ebert hat auch eine bewußt falsche Begründung für die veränderte Haltung seiner Partei in der Kaiserfrage gegeben, wenn die an anderer Stelle bereits mitgeteilte richtig ist, die Scheidemann dem Preußischen Innenminister Dr. Drews gegeben hat.

Daß die Mehrheitssozialisten am 7. und 8. November 1918 das deutsche Volk für unabsehbare Zeiten in den Abgrund gestoßen haben, um selbst an die Macht zu kommen, dieser Vorwurf wird nie widerlegt werden können.

Am Grabe der vernichteten militärischen Macht Deutschlands, am Grabe eines bis dahin national unversehrten Vaterlandes, stand die international orientierte Sozialdemokratie und pflanzte ihr Banner auf.

Zu dieser Revolution und der aus ihr geborenen Republik gab es keinen Glauben und keine Treue, denn „diese Revolution war Meineid und Hochverrat. Sie bleibt in der Geschichte erblich belastet und gekennzeichnet mit dem Kainsmal."

III. Ämterverteilung in der Revolution

Unbekümmert um das Allgemeinwohl, nur von dem Bestreben getragen, Altbewährtes umzustürzen, gingen die Revolutionäre daran, die Spitzen der Behörden zu besetzen. Dabei ergaben sich nach zwei Seiten hin komödienhafte Vorkommnisse.

In Berlin lief der Vorsitzende des Bildungsausschusses der SPD. Heinrich Schulz, geschäftig von Ministerium zu Ministerium, um einen Ministersessel zu ergattern. Überall tönte ihm bereits entgegen: „Besetzt!"

In der Provinz dagegen waren die leitenden Stellen wohlfeil wie Brombeeren.

Das beweist eine Arbeiter- und Soldatenrats-Sitzung am ersten Revolutionstage in Frankfurt a. M. (8. November) über die ein Augen- und Ohrenzeuge[1]) berichtet:

„Drinnen im Saal spricht gerade Dißmann, als Moser eintritt. Der glänzende Organisator und Führer der Frankfurter USP. predigt Organisation und läßt vor den Zuhörern die Schönheit der Demokratie und Freiheit erstehen.

Moser verweist auf das Fehlen der Mehrheitssozialisten.

Dißmann: Die Massen stehen hinter der Unabhängigen Partei!

Moser macht darauf großen Spektakel und spaltet die Versammlung in Zivilisten und Soldaten.

[1]) Jakob Altmaier: Frankfurter Revolutionstage, 1919, S. 15.

Wir Soldaten haben mit keiner Partei etwas zu tun. Wir bleiben für uns. Auf, Kameraden, hinaus!

Die Soldaten verlassen mit Moser den Saal."

Jakob Altmaier veröffentlicht über Moser einige persönliche Angaben, die uns heute beweisen, wie schnell s. Zt. Führer der Revolution reifen konnten:

„Student der Staatswissenschaft, 21 Jahre und 6 Monate, Sohn eines Fabrikbesitzers aus Görlitz. Am 8. November will er von Freiburg, wo sein Ersatzbataillon steht, nach Berlin. In Frankfurt macht er eine Zwischenlandung, sieht bewegte Volksmengen, der Revolutionsgeist überschattet ihn und er hält an einer Straßenecke eine Rede. Drei Stunden später ist der Durchreisende das Haupt der Frankfurter Revolution und bis zum nächsten Morgen liegt das Geschick der Stadt in seiner Hand. Die Matrosen haben sich dem Studenten mit Haut und Haar ergeben und sie hüteten ihn wie ihren Augapfel." (Er war Vorsitzender des A. u. S.-Rates geworden.)

Altmaier schildert eine andere Szene (er selbst war, bisher Redakteur an der „Volksstimme", Mosers politischer Sekretär geworden):

„Moser: In fünf Minuten mußt Du mir fünf Vorschläge gegeben haben:

Der Polizeipräsident ist verhaftet. Er weigert sich, in den Dienst der Revolution zu treten. Wen machen wir zu seinem Nachfolger?

Der Oberbürgermeister kommt. Was soll mit ihm geschehen?

Wie lösen wir die Ernährungsfrage?

Wer übernimmt das Wolffsche Telegraphenbureau?

Ein Bekannter taucht neben mir auf.

Holen Sie sofort Sinzheimer, Gräf und Wendel!

Wendel erscheint, dem das Wolffsche Telegraphenbureau übertragen wird. Gräf kommt eine Viertelstunde zu spät; er wäre sonst Oberbürgermeister geworden. In der Ecke sitzt ein Polizeiinspektor und wartet auf Auskunft, was die Schutzmannschaft tun soll. Neben mir entsteht ein langer Schatten. Es ist Sinzheimer. Er ist aus dem Bett geholt worden.

Wollen Sie das Polizeipräsidium übernehmen?

Gewiß!

Moser, hier ist Genosse Dr. Sinzheimer, er soll Polizeipräsident werden!

Sehr schön, Herr Doktor!

Moser schreibt schnell den Ausweis. Sinzheimer steckt ihn in die Westentasche, stürmt fort, setzt sich in die Straßenbahn, fährt für zehn Pfennig zum Präsidium und übernimmt die Geschäfte."

So konnte ein in der Stadt bisher völlig unbekannter jugendlicher Soldat, durch Zufall in Frankfurt a. M. gestrandet, höchste Beamtenstellen wie Äpfel austeilen.

Moser ist nach 24stündigem Zwischenaufenthalt in Frankfurt a. M. so schnell (und still) verschwunden, wie er aufgetaucht war.

Aus einer anderen Stadt wird Ähnliches über die Fixigkeit der Revolutionäre bei der Besetzung verantwortlicher Posten berichtet:

Es war am 9. November 1918. Das Telefon einer großen Maschinenfabrik klingelte und es meldete sich der neugeborene Präsident des soeben erstandenen Freistaates Braunschweig, Kunststopfer August Merges, der den Genossen Dreher Tappe zu sprechen wünschte.

Morgen, Heimbert! Willst Du Polizeidirektor werden?

Na, August, ich verstehe davon doch nichts, das geht doch wohl nicht.

Ach was, Heimbert, ich bin Präsident und verstehe von Regieren auch nichts. Nimm's an.

Na, wenn Du meinst, August, dann kann ich's ja versuchen.

Abgemacht?

Abgemacht!"

Anfang November 1919 wurde Heimbert Tappe aufgrund des sogen. Unfähigkeitsparagraphen des Zivilstaatsdienstgesetzes ohne Pension und mit Verlust des Titels seines Amtes enthoben.

12. Die Revolution ohne Revolutionäre

„Nur ein freies Volk ist würdig eines Aristophanes." v. Platen.

Die deutsche November-Revolution hat keine düsteren und leidenschaftlichen Rebellen hervorgebracht; das, was sich als „revolutionäre Helden" feiern ließ, war, nach Georg Ledebour, ein Haufe politischer Schieber und Abenteurer. Dem entsprechen Ursprung, Verlauf und das üble Ende der November-Revolution durchaus. Bei dem Gewerbefleiß deutscher Literaten ist es verwunderlich, daß wir noch keine klassisch gestaltete Komödie etwa um Philipp Scheidemann besitzen.

Der die verächtlichsten Urteile über seinesgleichen fällte, wurde von den gehaßten Mächtigen der jungen Republik, den erfolgreichen „Revolutionären", mit allen Machtmitteln des Staates mundtot gemacht: Georg Ledebour! Er wollte der geistige Urheber der Revolution schlechthin sein und seine mächtigen Gegner im Parlament und Presse nannten ihn ihren — Thersites.

Georg Ledebour, in der ersten Jünglingszeit Schauspieler, nach einem körperlichen Unfall für diesen Beruf untauglich, hat in den folgenden 5 Jahrzehnten als Journalist, Agitator, Parlamentarier und Revolutionär auch in seiner äußeren Erscheinung den Schauspieler nie abstreifen können. Bebel konnte ihn zwar „nicht riechen", aber wenn Ledebour von der Tribüne des Reichstages, die Rechte weit ausgestreckt, den Kopf, in dem wild die Augen rollten, zurückgeworfen, Injurien am laufenden Band ins Plenum schleuderte, sahen seine Anhänger in ihm den kommenden Weltenrichter.

Es gab aber tatsächlich auch nur einen prinzipienfesten Revolutionär, und das war der heute über achtzigjährige Georg Ledebour, der Mann, der in politischen Fragen keine Konzessionen machte oder Kompromisse schloß. An der Schwelle der 70er Jahre war er neben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg der Führer der Spartakisten, der sich keine Ruhe und keine Erholung gönnte. Als deren Haupt, Karl Liebknecht, am 9. November 1918 demokratische Schwächeanfälle bekam und sich neben Ebert, Scheidemann und Landsberg an den Regierungstisch setzte, da wurde selbst Liebknecht für Ledebour zum Abtrünnigen. Denn jene waren „Leute, mit denen wir seit Jahren überhaupt nicht mehr privatim geredet hatten", erklärte Ledebour später.

Weshalb? Anfang November 1918 sah er seine Saat aufgehen und sich selbst in der Pose des schimmernden Achilles bereit, die leidenschaftlichst ge-

haßten Gegner: Bureaukratie, Monarchie, Bürgertum und Militarismus zu Mus und Brei zu stampfen. Aber seine Parteifreunde steckten noch so sehr in demokratisch-parlamentarisch-gewerkschaftlich überlieferten Gesetzen der Handlung, daß der Beginn der Revolution versäumt wurde, weil immer noch keine formell korrekten Mehrheitsbeschlüsse erzielt werden konnten. (Ledebour führt damit selbst den Beweis, daß die Revolution kein elementar hervorbrechendes Ereignis gewesen ist, sondern daß man sie „gemacht" hat.) Es dürfte an großen weltgeschichtlichen Ereignissen kaum etwas geben, dessen Ursachen von so ungeheuerer Trivialität gewesen sind, wie die letzten Vorbereitungen zur Revolution in Berlin:

Am 2. November 1918 beschließt das revolutionäre Aktionskomitee:

> am 4. November beginnt die Revolution und zwar als Massenstreik mit bewaffnetem Aufstand gegen die Regierung;

er beschließt ferner:

> ein revolutionärer Aufruf, von den Abgeordneten der USP. und von den revolutionären Obleuten unterzeichnet, wird am 5. November in die Masse geworfen.

Diese beiden Beschlüsse verpflichteten also zur Revolution, aber die Angst vor der eigenen revolutionären Courage war größer und deshalb verfiel das Aktionskomitee auf folgenden Ausweg, den Ledebour selbst geschildert hat[1]):

„Um sich zu überzeugen, ob man auch auf die Zustimmung der großen Masse der Arbeiterschaft rechnen konnte, wurde die endgültige Entscheidung auf den Abend verlegt, wo alle revolutionären Obleute der Betriebe anwesend waren, ungefähr 40 bis 50 Personen. Es sollte ein Stimmungsbericht eingeholt werden, ob die Arbeiterschaft bereit sei, einer solchen Parole Folge zu leisten. Da stellte sich heraus, daß die Vertreter der kleineren Betriebe nicht eine derartige Bereitschaft zusagen konnten, wohl aber die großen Munitionsbetriebe, die besonders im Norden von Berlin sich befinden. Das wirkte auf einige der Teilnehmer abschreckend."

Diese schlechte Stimmung für die Revolution in Berlin rettete die späteren „Helden" der Revolution vor der — Aktion und das Aktionskomitee mußte erneut zusammentreten. Bei der Abstimmung wurde die Revolution jedoch mit 22 gegen 19 Stimmen verschoben. „Zu unserm lebhaften Bedauern mußte die Sache vertagt werden." (Ledebour.)

Die Arbeiter Berlins, selbst die radikalsten, sind hiernach noch am 2. November keineswegs vom revolutionären Pfingstgeist erfüllt gewesen und die eigentlichen und berufsmäßigen Revolutionäre auch nicht.

[1]) Die Zitate sind seiner Rede entnommen, die Ledebour am 20. Mai 1919 vor Gericht gehalten hat.

Die definitive Entscheidung sollte nun am Mittwoch den 6. November fallen — neue Zusammenkünfte — aber bei ihnen fehlten zwei maßgebende Revolutionäre: Karl Liebknecht und Emil Barth.

Diese und eine dritte Gruppe hatten gesondert getagt und jede für sich den Beginn der Berliner Revolution erneut festgesetzt, „so daß ... in unseren Reihen drei Aufforderungen zur Erhebung am 9. November verbreitet wurden." (Ledebour.)

So trivial begann in der Urzelle der Revolution die Erhebung der politischen Unterwelt — sie besiegelte das Schicksal Deutschlands für unabsehbare Zeit endgültig, und, einstweilen, unabänderlich.

Nun sind die politischen Früchte des 9. November zum größten Ärger Ledebours von seinen größten Gegnern, nämlich von Ebert und Scheidemann, gepflückt worden. Daß es so gekommen ist und so kommen konnte, ist gleichfalls so trivial, daß die Gründe der Nachwelt nicht vorenthalten werden können. Ledebour gibt als Gründe an: „weil wir uns genierten, für uns im voraus Machtbefugnisse in Anspruch zu nehmen, wir haben nicht verabredet, wie die Amterverteilung nach erfolgter Revolution vorgenommen werden sollte. Das war falsch. In solchen Situationen muß man sich nicht durch solche Erwägungen persönlicher Bescheidenheit leiten lassen. Wir hätten viel richtiger getan, als wir die Revolution vorbereiteten, von vornherein genau alles zu präzisieren. Dadurch haben wir den Ebert und Scheidemann, die derartige Skrupel nicht hatten, die Möglichkeit gegeben, sich in die Revolutionserfolge hineinzuschmuggeln. ..."

Vom Standpunkt Ledebours sind die ihn gegen Ebert und Scheidemann beherrschenden bitteren Gefühle durchaus zu verstehen, indessen sein Zorn rauchte noch viel kräftiger, als er die Taktik seiner erfolgreichen Gegner vom Standpunkt der öffentlichen Moral kritisierte; schärfer hat es später kaum ein nationaler Politiker getan.

Ebert und Scheidemann, der in nächster Stunde amtierende Reichskanzler, als der Kaiser noch nicht abgedankt hatte und der noch aktive, weil nicht verabschiedete kaiserliche Staatssekretär, kannten die ultrarevolutionären Pläne Ledebours ganz genau, als sie am 9. November 10 Uhr Vormittags bei ihm erschienen, um die Revolution halbpart zu machen. Ebert hat sich zum Reichskanzler bestellen lassen, um die mit seinen Parteifreunden geplante Revolution in die Hand zu bekommen. Ledebour begründet diese seine Behauptung mit der Erklärung: „Sie hatten darüber Besprechungen in ihren Parteikreisen abgehalten."

Die Beschuldigung Eberts durch Ledebour ist nicht zu widerlegen, denn

als jener vom Prinzen Max von Baden das Reichskanzleramt übernahm, hatte er erklärt, es „im Rahmen der Reichsverfassung" zu verwalten. Diese Zusage hat Ebert in gleicher Stunde gebrochen, als er Emil Barth und Karl Liebknecht, die die Räterepublik anstrebten, in die Reichsregierung aufnahm.

Über „das Doppelspiel" Eberts und Scheidemanns ist der „Thersites der Revolution", Ledebour, wie ihn die Regierungspresse zu verunglimpfen suchte, besonders erbost und in seinem Zorn skizziert er den Stoff für jene Komödie, die von unsern gewerbefleißigen Literaten noch gestaltet werden muß. Der des Hochverrats gegen die Reichsregierung angeklagte Revolutionär Ledebour, schleuderte den Nutznießern seiner Arbeit, dem damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten Scheidemann den ganzen Haß und die tiefe Verachtung öffentlich ins Gesicht, die er in 4 Monaten Untersuchungshaft in sich angesammelt hatte (zu seinen Richtern und zu den beiden Staatsanwälten gewendet sagte er):

„Dieser Herr Ebert, dieser falsche Biedermann, der sich von seinem Monarchen zum Reichskanzler machen läßt[1]), kommt gleichzeitig zu dem revolutionären Republikaner Ledebour, den er bis aufs Blut haßt ... und erbietet sich zu einer gemeinschaftlichen Revolution mit uns gegen seine eigene Regierung, um die Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung ...

Wo es was zu ergattern gibt, ist Scheidemann unübertrefflich und er benutzte seinerseits die Gelegenheit unserer Abwesenheit: um 2 Uhr proklamierte er vor dem Reichstage die Republik. Scheidemann, der Minister Wilhelms II. Seit der Zeit renommiert er damit, er habe die deutsche Republik gemacht. Nur ihre gerissene Schiebertaktik hat es den Herren Ebert und Scheidemann ermöglicht, sich in die Revolution hineinzuschmuggeln ... Ich glaube, nach Ihrer ganzen Vergangenheit ist gerade die Tatsache, daß jene Herren als Minister sich an einer Revolution gegen die Regierung beteiligen, deren Mitglieder sie sind, besonders geeignet, Sie zu entrüsten. Das müßte doch das Beamtenherz zum Überkochen bringen. Nach meiner Schätzung der deutschen Beamten ist das etwas, was in ihrer Vorstellung alles an Ungeheuerlichkeit übersteigt; daß ein Minister gegen seine eigene Regierung mit Revolutionären eine Verschwörung einleitet zum Sturze der Monarchie, damit er bei der Beuteverteilung dabei sein kann. Ich lebe in beständiger Fehde mit der deutschen Bureaukratie, ich kenne aber auch tüchtige Eigenschaften derselben und schätze sie. Aber wegen solcher Dinge müße, sich doch einem Bureaukraten das Herz im Leibe umdrehen."

[1]) Diese Behauptung ist falsch. Denn infolge Abdankung des Kaisers am 9. November ist die Bestallung Eberts ebenso unterblieben, wie die Verabschiedung Scheidemanns.

Über die Richtigkeit dieser Betrachtung Ledebours gibt es keine Meinungsverschiedenheiten mehr, und nur die mangelhafte Beschäftigung unserer politischen Geschichtsschreiber und Literaten mit den Quellen und mit den Trägern der Revolution verdanken Ebert und Scheidemann ihre Schonung durch die Kritik. Ihre Rolle beim Munitionsarbeiterstreik ist bereits so zwiespältig gewesen, daß Ebert sich schon dadurch den Vorwurf „Landesverräter" zuzog und was er am 9. November tat, war seit Tagen vorbereitet und Landes- und Hochverrat zugleich.

Wenn die deutschen Revolutionäre wenigstens kleine Rebellen gewesen wären, aber sie sind, vielleicht mit Ausnahme Ledebours, nur politische Geschäftemacher, Schieber und Abenteurer gewesen.

Nicht einmal der Komödiendichter hat sich ihrer bisher bemächtigt.

13. Herostraten-Ruhm

Wer hat die Revolution „gemacht"?

In den Schlamm, in dem die deutsche Revolution gezeugt wurde, leuchten zwei Dokumente vom 9. November 1918, die typographisch genau und ungekürzt wiedergegeben werden sollen, denn es sind Dokumente deutscher Schande.

Am 9. November ging der nachstehende Funkspruch von Kiel aus in die Welt:

„An Alle und mit allen Mitteln.
An die Proletarier aller Länder!

Über der deutschen Flotte weht das rote Banner der Freiheit. Die politische Macht liegt in Deutschland in den Händen der Arbeiter und Soldaten. Unterstützt uns in unserem schweren Kampf. Morgen beerdigen wir die Opfer unseres Befreiungskampfes. Laßt es die letzten Opfer sein, es ist Blut genug geflossen."

Mit sozialistischem Gruß

Der Arbeiterrat
Garbe.

Der Soldatenrat:
Popp.

Die „Rheinische Zeitung" (Köln) berichtete am 9. November:

„Auch drüben?

Die ‚Bremer Nachrichten' teilen mit, daß unter den Matrosen die Auffassung verbreitet sei, daß die gleiche Bewegung, wie sie in Kiel entstand,

auch bei der britischen Flotte begonnen

habe und um sich greife. Diese Kenntnis entstamme drahtlosen Nachrichtenaustausch zwischen unsern deutschen und englischen Schiffen. In der Überzeugung, daß die Mannschaften der britischen Flotte im Begriff stehen, den Gehorsam aufzukündigen, hätte sich, so hieß es, eine Anzahl deutscher Schiffe geweigert, noch einen deutschen Verzweiflungsvorstoß zur See gegen England mitzumachen zwecks ehrenvollen Untergangs an Stelle der drohenden Übergabe an ein siegreiches England. Ein solcher Verzweiflungsvorstoß sei geplant und verschiedentlich in den Messen der Offiziere an Bord

Gegenstand von ernsten oder begeisterten Abschiedsfeiern

gewesen. Ob es sich dabei nun um Tatsachen, irrtümliche Annahme oder absichtliche Irreführung der Leute an Bord gehandelt hat, wird wohl noch bestimmt festgestellt werden.

In Lübeck teilte in einer unter freiem Himmel stattgefundenen Versammlung, wie das ‚Hamburger Fremdenblatt' meldet, gestern abend einer der Führer der Bewegung mit, daß unsre Sicherungsschiffe in der Nordsee

mit der englischen Kriegsmarine in Verbindung getreten

seien und daß auf den englischen Schiffen derselbe Zustand herrsche, wie auf den deutschen. Die englischen Matrosen hätten ihre Führer abgesetzt und die Gewalt und das Kommando in Händen. Aus Frankreich erwarte man stündlich die gleiche Nachricht."

Daß wir heute den Kieler Funkspruch als eine Schmach empfinden und die Meldung der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" als Schwindel bezeichnen müssen, schafft die Schmach nicht aus der Welt und läßt die Wirkung der Schwindelmeldung nicht ungeschehen werden. Aus solchem Schlamm ist die deutsche Revolution zum Leben erwacht, in der Stunde, als Deutschland sich im Todesschweiß wand.

Vom Feinde her drang Hohnlachen nach Deutschland zu den neuen Machthabern, den A.- und S.-Räten, und hier kam man nicht mehr zur nationalen Besinnung, sondern man verlegte sich auf's Winseln.

Am 14. November erging ein Appell „an die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas."

Nachdem das alte Deutschland beschimpft und verleumdet worden war, heißt es weiter:

„Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente so harte Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht zu verurteilen. Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiheitlichen Entwicklung läßt.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas habt oft versprochen, daß solcher Friede Euer Ziel sei. Laßt jetzt Euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden.

Als Vertreter des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsere Stimme und bitten Euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch Eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen.

Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats.
Molkenbuhr. Rich. Müller."

Die Entente antwortete mit verschärften Waffenstillstandsbedingungen.

Jedoch nicht der „Vollzugsrat der A.- und S.-Räte" irrte sich allein, sondern der „Rat der Volksbeauftragten", d. i. die Reichsregierung selbst hatte am 21. November noch nicht begriffen, wohin die Fahrt mit Deutschland ging; hätte sie es gewußt, dann konnte sie unmöglich den heimkehrenden Soldaten wilde Versprechungen machen:

„Die Revolution hat den Bann gebrochen: ihr und wir, Deutschland ist frei. Unsere sozialistische Republik soll als freieste in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur alle politischen Rechte, die euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich euer Besitz und Erbe werden, in dem euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll. Die Reichsregierung, die das Vertrauen eurer Kameraden und der Arbeiter gerufen hat und trägt, will euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und erhöhte Einkommen aus der Arbeit, Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe: alles ist im Werden, ist zum Teil schon Gesetz!... Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unseren bisherigen Gegnern das erreichen, was ihr seit Jahren erkämpft und ersehnt habt: den Frieden!"

Rat der Volksbeauftragten.
Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Barth.

Und die Leute, die so solche Dummheiten und Erbärmlichkeiten dem Ausland und den deutschen Soldaten gegenüber vertraten, hatten die Revolution „gemacht" und sich angemaßt, das neue Deutschland würdig zu vertreten, in dem nach ihrem Willen jede Ausbeutung und Knechtung aufhören sollte.

Das besorgte dann der Feind gründlicher und erbarmungsloser, als je in der Geschichte ein Volk ausgebeutet und geknechtet worden ist.

Die Revolutionshelden haben ihren Ruhm, anstiftend und führend „dabei gewesen" zu sein, in eifersüchtiger Hast drucken lassen, sich selbst zur Freude,

den Nachkommen zum Respekt und dem deutschen Volk zum dankbaren Gedenken der — „Freiheitshelden!" So haben die meisten sich ein gedrucktes Denkmal gesetzt und ihre heroischen Taten sind auf dem Fries eingemeißelt, man kann sie heute jederzeit ablesen. Und das ist gut so, denn später, als die gewaltige Ernüchterung sich einstellte, haben dieselben „Freiheitshelden" leidenschaftlich-hartnäckig behauptet, die militärische Front hätte versagt und das hätte die Revolution zwangsläufig ausgelöst.

In erster Linie haben sich Parlamentarier und Schriftsteller (SPD.) der Nachwelt als Bahnbrecher und Wegbereiter der Revolution vorgestellt, ihre Zahl ist groß, und der Raum ist so knapp, daß nur eine kleine Auswahl möglich bleibt.

Im Dezember 1918, also noch trunken in der Morgenröte der neuen Zeit, ließ der Parteivorstand der SPD. durch das führende Parteimitglied Franz Krüger einen offiziellen „Leitfaden für Parteifunktionäre" herausgeben, er trägt die Überschrift „Sozialdemokratie und Revolution". Über den Anteil der SPD. am 9. November läßt der Parteivorstand Nachstehendes als Dogma verbreiten:

„Es ist aber auch unrichtig, daß die sozialdemokratische Partei vor der Revolution gebremst habe. Gewiß haben wir zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt. Wir wollten nicht, daß die Bewegung statt vom ganzen Volke, von einer kleinen Parteigruppe getragen und zu unrechter Zeit lediglich von Parteiinteressen aus losbrechen sollte, weil sie dadurch den Keim der Erfolglosigkeit und des Zusammenbruchs von vornherein in sich getragen hätte. Tatsächlich sind wir aber gerade durch die Tätigkeit unserer Partei schon vor dem 9. November mitten in der Revolution gewesen. Das tatkräftige Vorgehen unserer Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes hatten erreicht, daß die bisherigen Machthaber Schritt für Schritt von ihren bisherigen Vorrechten zurückweichen mußten."

Das ist ein so starkes Bekenntnis zur geistigen Mittäterschaft am Ausbruch der Revolution, daß nur Unduldsamkeit und Unhöflichkeit sich Zweifel erlauben können.

Ebenso offenherzig äußerte sich auch der in vielen Fragen führend gewesene Reichstagsabgeordnete Dr. Quarck; in der Einleitung zu der gesammelten Ausgabe[1]) seiner in den Kriegsjahren 1917/1918 an die „Frankfurter Volksstimme" gerichteten Reichstagsbriefe schreibt er: „Die ganze Zusammenstellung der Briefe zeigt die revolutionäre Vorarbeit, welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei für die große Umwälzung leistete (Sperrdruck auch im Original), während andere Kräfte von anderen Seiten die Revolution anbahnten. ... Es wurde Platz für ein neues freies Deutschland, an dessen Grundlagen ebenso emsig in unermüdlicher

[1]) Frankfurt a. M., Januar 1919.

parlamentarischer Kritik, wie mit der Agitation im Heere und in der Arbeiterschaft geschafft worden war. .... So lege ich denn meine Kampfartikel aus 1917/18 als bescheidenen Beitrag zur Revolution und als Kranz zu den Füßen der Freiheitsgöttin nieder, für die wir leben und sterben wollen."

Ein früher sehr bekannter sozialistischer Schriftsteller Arno Franke[1]), Vorsteher der amtlichen „Partei-Korrespondenz", schrieb unter dem Patronat des damaligen Kultusministers Haenisch:

„Fest steht wohl allgemein die Rolle der Sozialdemokratie. Die Revolution ist, wie hier wiederholt werden muß, ein sozialdemokratisches Werk in dem Sinne, daß die sozialdemokratische Partei die Geister schon lange vor dem Eintritt der aktiven Revolution so weit revolutioniert hatte, daß die Revolution selbst nur noch der letzte Handgriff an dieser Arbeit war."

Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts", äußerte sich ebenso bestimmt wie autoritativ:[2])

„Der 7. November brachte die Entscheidung für die deutsche Republik; sie fiel in München, wo ... Kurt Eisner die Bewegung in Gang brachte. Die historische Gerechtigkeit gebietet den bedeutsamen Anteil Eisners an der Revolution anzuerkennen. Es bleibt das Verdienst Eisners und seines kleinen Anhangs, der republikanischen Idee im Süden Bahn gebrochen zu haben. Dadurch war der Weg zu einer deutschen Revolution freigelegt."

Diese Betrachtung war ein Jahr nach der Revolution geschrieben worden, sie ist zurückhaltend in der Sprache und zeigt, daß der Chefredakteur des Zentralorgans der SPD. — Geschichte schreiben wollte. Welche Hemmungen ihn bereits beherrschten, lassen vorhergehende Betrachtungen erkennen: „Die November-Revolution ist ein Produkt der deutschen Arbeiterbewegung, ohne Kenntnis ihrer jahrelangen Geschichte ist ihr Verständnis unmöglich. Die Unabhängigen bestreiten die alldeutsche Behauptung auf das allerentschiedenste, sie hätten durch Entfesselung der Revolution die Niederlage herbei geführt und den Frieden von Versailles verschuldet. Die Unabhängigen bekunden damit das richtige Gefühl, daß eine Partei, die eine solche Behauptung auf sich sitzen ließe, erledigt wäre."

Die den Alldeutschen nachgesagte Auffassung beherrscht schon seit 1919 den allergrößten Teil des deutschen Volkes, also nicht erst seit gestern und nicht allein gegen die Unabhängigen, sondern schon seit 1919, und in erster Linie, gegen die Sozialdemokratie aller Schattierungen. Stampfer kennzeichnet zutreffend die Folgen für jede Partei, die nicht mehr entkräften kann, daß erst die Revolution den Weg zum Abgrund erschlossen hat; deshalb hat der „Vorwärts" und der Parteivorstand später jeden Deutschen maßlos be-

[1]) „Nach Eden oder nach Golgatha?". Berlin 1919, S. 8/9.

[2]) „Zum 9. November 1919". Berlin 1919, Seite 11 ff.

schimpft, verfolgen und bespitzeln lassen, der es gewagt hat, den Kausalzusammenhang: Revolution: Zusammenbruch! zu vertreten.

Daß die Revolution ein Erfolg sozialistischer Vorarbeit ist, — soweit ging die Sozialdemokratie gern, aber wer weiterging und behauptete, daß diese Revolution den militärischen Zusammenbruch herbeigeführt hat und der dafür die Sozialdemokratie verantwortlich machte, der machte sich vogelfrei für Beschimpfungen in der gesamten sozialistischen Presse.

Die deutsche Verblendung feierte Triumphe und sie ist uns teuer zu stehen gekommen, finanziell, wirtschaftlich und moralisch; in keinem Negerkraal dürfte so viel politische Gutgläubigkeit anzutreffen sein, als sie die Drahtzieher der deutschen Revolution in den Revolutionszentren gefunden haben. Zum Beweise dienen zwei Aufrufe des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg (November 1918), der von politisch tatsächlich hoch geschulten Männern geleitet wurde. Die schwülstige Ausdrucksweise ist übersteigerte marxistisch-revolutionäre Phraseologie:

„In den Kämpfen um Freiheit und Recht floß das Blut unserer Brüder in den Straßen Hamburg-Altonas. In unserer Stadt die ersten Opfer der Freiheit, die letzten Opfer der Zwangsherrschaft. Sie starben für das erlöste deutsche Volk, sie starben im Krieg gegen den Krieg, sie starben für das rote Banner der Revolution. Ehre den Helden, die ihr Leben im heiligsten Kampf hingaben. Ehre ihnen, die im Völker-Morgenrot fielen. Sie werden dem befreiten Volke unvergessen sein. Kameraden, senken wir unsere Fahnen an der Bahre unserer teuren Toten!"

Den Hamburger Revolutionären muß, obgleich sie unbestritten herrschten, der Mut abhanden gekommen sein, denn der A.- und S.-Rat mahnte in dem zweiten Aufruf:

„Kühnheit und festes Vertrauen, ihr Kämpfer all! Die Vorgänge der ersten Novemberwoche sind keine Putsche, 's ist der Geschichte eh'rnes Muß! Es ist der Anfang der deutschen Revolution, der Weltrevolution! Glückauf zur gewaltigen Tat der Weltgeschichte. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die deutsche Arbeiterrepublik! Es lebe der Weltbolschewismus!"

Die „Kühnheit" — sie machte zur bitteren Wahrheit, daß Worte keine Taten sind und daß sich die größten Charlatane wie Helden gebärden können, so lange sie das geduldige Volk nicht von der Bühne herunterreißt, auf der sie ihre närrischen Rollen spielen, so lange der Beifall der Menge sie treiben läßt.

Während die deutschen Revolutionäre beim Feinde um Milde winselten, diktierten jene neue Sanktionen.

Am 25. November 1918 verhandelte die nach Berlin berufene „Reichskonferenz der deutschen einzelstaatlichen Regierungen" über die Folgen der Revolution und Aufgaben der Entente, um Deutschland am Leben zu erhalten.

Reichskanzler Ebert: „Die Rettung heißt: Präliminarfrieden!"

Staatssekretär Dr. Solf: „In Amerika herrscht Siegerstimmung .... In England hat die hochfahrende Siegesstimmung gesiegt .... Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich Siegestaumel an der Tagesordnung. Es scheine fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe durch Separatismus das Reich zu zerstören...."

Staatssekretär Erzberger: „Am 8. November hatte das Kriegskabinett beschlossen, dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. .... Es ist zu befürchten, daß die Verbandsmächte einen Grund suchen, um in Deutschland einzurücken. Hieraus folgt die Notwendigkeit eines Präliminarfriedens. ...."

Am nächsten Tage (26. November) bereits schickt der Vollzugsausschuß des Soldatenrates der OHL. an alle Soldatenräte des Feldheeres eine Kundgebung, die ungewollt den Fluch „der glänzend geglückten Umwälzung" enthüllt:

„Während wir die Waffen aus der Hand zu legen gewillt sind, will das neuerstandene Polen unsere augenblickliche Lage mißbrauchen; unstreitig deutsches Land soll dem großen deutschen Vaterland entrissen werden. .... Unser aller Rechtsempfinden empört sich...."

Nur mit brennender Scham läßt sich heute die Unterwürfigkeit niederschreiben, die von einem Volk ausging, das kurz vor einem ehrenvollen Waffenstillstand sich selbst dem Feinde bedingungslos übergeben hatte.

Folgende Worte stehen flammend und anklagend über dem 9. November 1918:

„Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten."

So klagte der württembergische Reichstagsabgeordnete Haußmann[1]), der als Staatssekretär des damaligen Reichskanzlers Prinzen Max von Baden die große Schuld der Sozialdemokratie in sein Tagebuch vom 9. November 1918 niederschrieb.

Die Erkenntnis, daß die Revolution zur unglücklichsten Zeit über Deutschland gekommen ist, türmte zwischen November 1918 und Mai 1919 Berge aus Groll und aus Rache.

Groll über uns selbst, Rache den Schändern der Ehre eines tapferen Volkes.

Einmal müssen die Rächer und Retter auferstehen unserm Volke!

[1]) Nationalversammlung am 12. Mai 1919.

14. Der Rubel rollte

Die finanziellen Beziehungen der Russischen Botschaft in Berlin zu den Unabhängigen und zu der Spartakus-Gruppe sind von den deutschen Politikern nach der geglückten Revolution offen zugegeben worden, selbstverständlich, daß die Betriebsamkeit der Russen sich erst recht auf die politisch taktische Beratung der Genossen Haase, Ledebour, Liebknecht usw. ausgedehnt hat. Namentlich Liebknecht ist die große Hoffnung der Bolschewisten gewesen, mit ihm haben sie nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus im Oktober 1918 über alle Phasen der deutschen revolutionären Entwicklung verhandelt.

Die Spartakisten, denen Barth innerlich zugehörte, demonstrierten am 23. Oktober Unter den Linden und vor der Russischen Botschaft, zerstoben wieder vor dem blanken Säbel der berittenen Schutzleute; Karl und Frau Liebknecht flüchteten mit Emil Barth nach Steglitz und als dieser die Wohnung Liebknechts verließ, traten „Bucharin und Karski in dem Augenblick ins Zimmer."[1])

Während Liebknecht im Zuchthaus saß, sind es vorzugsweise Unabhängige gewesen, die sich in Sold und Dienst der Russen stellten. Die militärischen Behörden sind über den Verkehr sehr genau unterrichtet gewesen, was der nachstehende Bericht beweist:

Oberkommando in den Marken. Berlin W 10,
Sekt. P — Nr. 266 082/26 554. 28. Mai 1918.
Geheim.

Am 20. April 1918 sind die Mitglieder der hiesigen russischen diplomatischen Vertretung in Berlin eingetroffen und haben bald darauf mit den führenden Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Fühlung genommen, so daß schon an der Maifeier im Marmorsaal der russischen Botschaft am 1. Mai cr. die Abgeordneten Cohn, Haase, Hofer und Mehring teilnehmen konnten und Haase dabei einen Trinkspruch auf die Internationale ausbringen durfte. Die Fühlungnahme mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschränkte sich aber nicht auf einen persönlichen Verkehr mit den vorgenannten deutschen Genossen, sondern ging rasch zu einem ständigen geschäftlichen Verkehr, namentlich mit Cohn und Haase über und zog auch den Reichstagsabgeordneten Bernstein in den Kreis um Joffe....

[1]) Emil Barth a. a. O.

Neben dem Botschafter Joffe persönlich pflegt nach bisherigen Wahrnehmungen der Erste Sekretär Sagorski den Verkehr mit Cohn und Mehring, die beide bemüht sind, der russischen Botschaft einen hiesigen Genossen ihrer Richtung als Leiter eines literarischen Bureaus zu beschaffen, sich aber auf Breitscheid noch nicht einigen konnten. Außer Sagorski ist von dem Kanzleipersonal Marcel Rosenberg rührig am Werk, Fühlung mit der Presse der USP. zu pflegen, während seine Kollegin Frau Markowsky mit Mitgliedern der hiesigen radikalen Jugendbewegung bekannt geworden ist. Auch Frau Liebknecht gehört bereits zum Kreis der Botschaft. Das Augenmerk von Joffe war ferner darauf gerichtet, den seit 6. April 1916 hier in militärischer Schutzhaft befindlichen unabhängigen Sozialisten Dr. Marchlewski, einen russischen Staatsangehörigen, als ökonomischen Beirat für die Botschaft zu gewinnen...

Von Seiten des Oberkommandos.
Der Chef des Stabes.
gez. Unterschrift.

An das Königliche Kriegsministerium, Berlin.

Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn spielt fortan eine einflußreiche Rolle bei den Russen, er wird der Geldvermittler zu den Kreisen der „revolutionären Obleute".

Daneben arbeitete die Entente auch in Rußland gegen Deutschland und zwar in Benutzung ihrer alten französischen Beziehungen zu einer Mitgliedsgruppe der II. Internationale, den „Sozial-Revolutionären" und zwar zu ihrem linken Flügel.

Die russischen „Sozialrevolutionäre", die würdigen Nachfolger der „Narodnowolzi"[1]), hatten wie diese vor dem Kriege durch ihre Kampfgruppen Attentate gegen Vertreter der Staatsmacht vollbringen lassen. Seit der Oktober-Revolution 1917 saßen sie zwar zusammen mit den Bolschewisten in den zentralen und örtlichen Volkskommissariaten, befanden sich aber seit den Verhandlungen in Brest-Litowsk unter heftiger Ablehnung des deutsch-russischen Sonderfriedens in offener Opposition zu ihren Koalitionsgenossen.

Die Vertreter der Entente in Moskau arbeiteten mit den „Sozialrevolutionären" zusammen. Das geschah so offen, daß die deutsche Vertretung unter dem 27. Mai in einem Bericht an die Oberste Heeresleitung melden konnte:

„Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Entente nicht nur eine große Zahl Freunde in der Regierung, sondern auch eine ganze Anzahl einflußreicher Männer in ihrem Solde hat ... Die Arbeit gegen Deutschland unter Aus-

[1]) Russische Zarenmörder-Organisation aus den 70er und 80er Jahren.

nützung aller Mittel ist das eigentliche Ziel der Entente, gegen das alles andere zurücktreten muß ...."[1])

Was der Ausdruck „unter Benutzung aller Mittel" zu bedeuten hat, beweist eine Andeutung des englischen Botschafters in Rußland über seine diplomatischen Mittel. Buchanan erklärte offen in seinem Buche: „Meine Mission in Rußland"[2]), daß er mit seinen russischen Anhängern nicht nur die Möglichkeit der Ermordung des Zaren und der Zarin erörtert habe. Frankreich hatte in Bezug auf deutsche Persönlichkeiten gewiß noch weit weniger Skrupel. Jedenfalls schreibt schon Semjonow[3]): (Wir) „erhielten ... Gelder, Aufträge, Material, im Einverständnis mit der Entente, in ihrem Auftrage mordeten, plünderten wir." Im „Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre"[4]) bekunden verschiedene Zeugen die geldliche Verbindung der Franzosen mit den „Esseri."

Im Zusammenhang mit diesen Feststellungen steht die Aussage in den „Erinnerungen" der Sozialrevolutionärin Kachowskaja[5]): „Graf Mirbach in Moskau und der Feldmarschall Eichhorn in Kiew — das waren die beiden Persönlichkeiten, welche die Aufmerksamkeit aller Werktätigen Rußlands auf sich lenkten. Sie waren auch für die revolutionär-sozialistische Vorhut der Werktätigen, für die Partei des sozialistischen Umsturzes die nationalen Angriffsobjekte .... Über diesen beiden zeichnete sich aber deutlich die providentionelle Gestalt ihres Gebieters und Monarchen — des deutschen Kaisers Wilhelm ab. Die Partei der linken Sozialrevolutionäre zog die mögliche Resonnanz nicht nur innerhalb des revolutionären Rußlands, sondern auch weit über seine Grenzen hinaus in Betracht. .... Sie konnten sich zu einem so verantwortungsvollen Schritt nicht entschließen, ohne die Ansicht der west-europäischen Genossen und in erster Linie ohne die Ansicht der deutschen revolutionären Sozialisten hierüber gehört zu haben ... Es erfolgte eine verneinende Antwort, und das Zentralkomitee dachte nunmehr nur an Eichhorn, dann aber auch an Mirbach ..." In der Tat wurde Graf Mirbach am 7. Juli 1918 in Moskau ermordet, am 30. Juli General Eichhorn in Kiew.

Wer anders als frühere Angehörige der II. Internationale können in Deutschland die Mitwisser der mit Ententegeld ausgeführten Mordanschläge sein, da die Zentrale der „Esseri" bei ihnen anfragte?

Wohl wird die USP. von staatlicher Seite aus beobachtet. Es wird festgestellt, daß eine dauernde Verbindung der Führer zur Russischen Botschaft besteht. Das beweist ein Erlaß des Oberkommandos in den Marken:

[1]) v. Bothmer: Mit Graf Mirbach. Tübingen 1922, S. 41.
[2]) Band II, S. 33.
[3]) „Die Partei der Sozialrevolutionäre 1917/18". Berlin 1921.
[4]) Berlin 1925, herausg. v. Kurt Kersten.
[5]) J. Kachowskaja: Attentate auf Eichhorn und Denekin. Berlin o. J., S. 9.

Berlin W 10, den 1. Juli 1918.

...Bei dieser Gelegenheit möchte ich weiter erneut darauf hinweisen, daß auch die Führer der USP., namentlich die Reichstagsabgeordneten Bernstein, Cohn, Haase und Ledebour, mit der Botschaft in engster Fühlung stehen, daß Frau Dr. Breitscheid vom „Unabhängigen Sozialistischen Zeitungsdienst" — einer Korrespondenz, die ich am 22. Juni 1918 wegen ihrer verhetzenden Tendenz verbieten mußte — in der Botschaft bereits tätig und ihr Gatte als Leiter eines literarischen Bureaus daselbst in Aussicht genommen ist, und daß sogar noch radikalere Genossen, wie Franz Mehring und Julian Borchardt von der Gruppe „Internationale" und der „Spartakus-Gruppe", mit Mitgliedern der Botschaft Verbindung haben. Solche dauernde Verknüpfung der radikalsten Elemente Deutschlands mit einer ausländischen Botschaft kann sicher nicht ohne unheilvolle Folgen bleiben, denn unter dem Einfluß der bolschewistischen Geschäftsträger werden diese deutschen Elemente des Umsturzes jetzt noch mehr als früher auch in Deutschland im Sinne des Bolschewismus zu arbeiten versuchen .... Wenn sich auch kaum erweisen lassen wird, daß die hiesige russische diplomatische Vertretung ihre Hand dabei im Spiele hat, so steht doch diese Agitation unter der deutschen Arbeiterschaft zweifellos mittelbar unter bolschewistischem Einfluß, der durch die enge persönliche Verbindung zwischen der hiesigen russischen Botschaft und den radikalen sozialistischen Gruppen Deutschlands erheblich gestärkt wird.

Ich halte diese Verbindung, wie sie sich hier in meinem Befehlsbereich entwickelt hat, für in hohem Maße staatsgefährlich und bitte, diesem den Umsturz in Deutschland fördernden Zusammenhalt der deutschen internationalen Sozialisten mit russischen Bolschewisten durch entsprechende Einwirkung auf die hiesige russische diplomatische Vertretung entgegenzutreten, da meine bisherigen Maßnahmen nur ausreichen, um über ihre äußeren Beziehungen zu Führern hiesiger politischer Parteien unterrichtet zu sein.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

gez. v. Linsingen,
Generaloberst.

An das Kgl. Kriegsministerium, Berlin

Das Oberkommando in den Marken hat hiernach im Juli 1918 noch keine sichere Kenntnis von der Zusammenarbeit zwischen russischen und deutschen Politikern in Berlin gehabt, die doch in allen politischen Salons Tagesgespräch gewesen ist.

Von dem französischen Wirken von Holland aus auf die radikalen Sozialdemokraten scheint der militärische Nachrichtendienst mangelhafter unterrichtet gewesen zu sein, als über die Verhältnisse in Rußland. Nur der „politische Salon" der Gräfin Treuberg wird mit seinem Verkehr an unabhängigen Sozialdemokraten, Parlamentariern und polnischen Adelsmitgliedern nur darum Aufmerksamkeit erregt haben, weil man hier Beamte des Auswärtigen Amtes und Mitglieder der Familien des deutschen Hochadels mit pazifistischen Ideen fütterte und dazu Tee trank.

So nebenbei vermittelte die Gräfin Treuberg den „Pazifisten" Pässe ins neutrale Ausland. 1917 geschah es zur Reise nach der Schweiz für Eduard Bernstein, Professor Schücking und Professor Quidde durch von Haniel und Graf Wedel vom Auswärtigen Amt. Die Frucht der Bemühungen war die Zusammenkunft mit Professor Herron, dem Vertrauensmann des amerikanischen Obersten House.

Eine unerlaubte Verbindung mit dem Auslande hat der Gräfin allerdings während des Krieges nicht nachgewiesen werden können. Die richterliche Verfolgung ihrer unheimlich-fieberhaft-politischen Tätigkeit, die sich darauf gründete, „weil sie dringend verdächtig ist, ihrem Bruder Günther von Kaufmann-Asser, welcher italienischer Staatsangehöriger und in Kopenhagen als Agent der mit dem deutschen Reiche und dessen Verbündeten im Kriege befindlichen Staaten zum Nachteil des deutschen Reiches tätig ist, heimlich auf unzulässigem Wege Nachrichten über die innere und äußere Politik des deutschen Reiches zu übermitteln ..." konnte nicht zu einem Ergebnis geführt werden[1]). Ihre enge Verbindung mit der USP., mit Mitgliedern des „Bundes neues Vaterland" und mit Neutralen aus der Friedensbewegung, hebt sie dagegen an vielen Stellen ihres Buches hervor. Rechtsanwalt Dr. Cohn-Nordhausen war ihr Sachwalter und zugleich Rechtsberater der Russischen Botschaft in Berlin. Bis in das Jahr 1919 hinein durfte sie in Berlin ihre illegale politische Arbeit fortsetzen, ehe die Ausweisung erfolgte. „Veranlassung war", wie sie selbst nach den Zeitungsmeldungen darüber erzählt[2]), „daß die Gräfin, die politisch ganz weit links steht, einer Reihe von ausländischen, besonders englischen Journalisten in einem geradezu vaterlandsfeindlichen Sinne Informationen zukommen lasse, die aus den Kreisen der Unabhängigen und Kommunisten stammen..."

Im August 1918 begann Emil Barth seine Stoßtrupps mit Hilfe der Geheimorganisation der „Revolutionären Obleute" aus dem erweiterten Vorstand des Metallarbeiterverbandes herkommend, zu organisieren und mit

[1]) H. Treuberg: Zwischen Politik und Diplomatie. Straßburg 1921, S. 213ff.
[2]) a. a. O. S. 307.

Revolvern und Handgranaten zu bewaffnen. Der Abgeordnete Wilhelm Pieck weist in der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale" darauf hin:

(Es galt) „für die Spartakusbewegung sich auch diesen Kreis der revolutionären Obleute in Berlin dienstbar zu machen. Da sich dieser im wesentlichen zum Ziel gesetzt hatte, zuverlässige, in den Berliner Metallbetrieben beschäftigte Genossen, zu bewaffnen, die im Falle eines Aufstandes als Stoßtrupps Verwendung finden sollten, so vermittelt der Spartakusbund diesem Kreise einen erheblichen Teil der dafür erforderlichen Gelder, die in die Hände von Barth flossen."

Das Zeugnis ist besonders wichtig, da Pieck in Holland gemeinsam mit dem Franzosen Desgranges an der Revolutionierung Deutschlands arbeitete und Einfluß auf die Verteilung der Geldmittel, die der französische Generalstab zur Verfügung stellte, hatte. Dittmann und Haase sind mit der Bewaffnung der Arbeiter, nach Piecks Angabe einverstanden gewesen. Außer geldlicher Beihilfe lieferte Rußland noch Massen von revolutionärer Literatur.

Erst Anfang November fand die deutsche Regierung den Mut, gegen die Propaganda, die aus der russischen Botschaft kam, vorzugehen.

Am 6. November Nachmittags 5 Uhr wurde in der Telegraphenagentur „Rosta" Friedrichstraße 217 von der Kriminalpolizei „gehausucht". Alles Aktenmaterial wurde zum Polizeipräsidium geschafft. Einer der Leiter der „Rosta" war der spätere Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn. Am nächsten Tage wurde ein Bolschewistennest in Düsseldorf ausgehoben. In der Graf-Adolfstraße 12 hatte der Russe Iwanow eine Niederlassung der russischen Telegraphenagentur eingerichtet. Es war zugleich das Hauptquartier der Bolschewisten und Hauptverteilungsstelle revolutionärer Flugblätter.

Die Seele der bolschewistischen Agitation war der Russische Botschafter Joffe, den Emil Barth die „Laus im deutschen Pelz" nannte, den er aber nur einmal und zwar am 31. Oktober beim „Gastmahl der Verschwörer" gesprochen und sogleich durchschaut haben will, was ihn jedoch nicht gehindert hat, dessen Geld zum Ankauf von Waffen unkontrollierbar zu verwenden. Die in der Russischen Botschaft gegen das damalige Deutschland betriebene Agitation war den Behörden bekannt, allein ihr fehlten die Beweise, bis am 4. November das aus Moskau in Berlin (Bahnhof Friedrichstraße) eintreffende Kuriergepäck (12 je 1 cbm große Kisten) durch Anstoß beschädigt wurde: aus den geplatzten Kisten fielen in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter auf den Boden, in denen die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Aufstand aufgefordert wurden. Eines der Flugblätter enthielt sogar Anweisungen zum Meuchelmord.

Die deutsche Regierung verlangte in Moskau Bürgschaften dafür, daß jede revolutionäre Propaganda unterbleibe und daß bis dahin sämtliche amtlichen Vertreter Rußlands aus Deutschland abberufen würden; ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter aus Rußland abberufen. Zu spät!

Am 5. November verließ der Botschafter Joffe und mit ihm das gesamte Botschaftspersonal im Nacht-Nordexpreß Berlin — beleuchtet von den Flammen der überall in Deutschland aufflackernden Revolution.

Die Grenzüberwachungsstellen erhielten Anweisung, die Propaganda Joffes und seiner Beamten bei ihrer Durchreise durch das östliche Kriegsgebiet zu verhindern — auch eine der vielen deutschen amtlichen Entschließungen mit der Brandmarke: Zu spät!

In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, hatte ein Botschaftsmitglied ein Päckchen mit Rechnungen über Ankäufe von Waffen und Munition liegen lassen, im Betrage von insgesamt 105000 Mark. Dieser Zwischenfall hat zu Beschuldigungen gegen deutsche Politiker geführt, deren enge Beziehungen zur russischen Botschaft bekannt gewesen sind. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Cohn veröffentlichte daraufhin am 26. Dezember 1918 durch „Wolffs Telegrafisches Bureau" folgende Erklärung (im Auszug):

„Bedarf es umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe?

Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben, mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann. Auf einen Irrtum darf ich den Genossen Joffe hinweisen: Die in Deutschland hinterlegten Werte hat er mir nicht ganz, sondern nur in Höhe von 4 Millionen Rubeln für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt."

Als Dr. Oskar Cohn diese Erklärung veröffentlichte, war er — Unterstaatssekretär in der deutschen Reichsregierung. Aber nicht nur, daß er seinen Landesverrat offen zugab und obendrein bedauerte, „daß es die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen", hat der Unterstaatssekretär Dr. Cohn die deutsche Öffentlichkeit auch noch belogen. Der Russische Botschafter Joffe war ehrlicher, er strafte Dr. Cohn durch folgenden Funkspruch Lügen:

„Ich möchte ..... dem Rechtsbeistand der Russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Oskar Cohn, mitteilen, daß jene 580000 Mark und 150000 Mark, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung, und zwar als Mitglied der USP., zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte, in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Botschaftsgebäude verhaftet saß, daß er diese Summen zurzeit nicht an die USP. auszuzahlen braucht.

Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von 10 000 000 (zehn Millionen) Rubel, worüber ich Herrn Dr. Cohn Dispositionsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe.

Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der USP. zu stellen."

Dieser Funkspruch Joffes bestätigt offiziell, daß deutsche Politiker und Parteiführer russisches Geld genommen haben, um in Deutschland Revolution zu machen. Der Funkspruch zeigt zugleich den tiefen Riß, der zwischen der USP. und den Sowjets entstanden war und zwar durch das Eintreten der Rubelempfänger — nicht für die zugesicherte Räte-Diktatur in Deutschland, sondern in die demokratische Reichsregierung Ebert-Scheidemann.

Das deutsche Volk hat diese im ausländischen Solde stehenden Landesverräter geschont, die deutsche Regierung hat auch Joffe und sein Botschaftspersonal unbehelligt über die Grenze fahren lassen.

Ob Frankreich und England in ähnlicher Lage ähnlich gehandelt hätten? Diese Frage braucht gar nicht erst gestellt zu werden. Und weil Deutschland seine Totengräber geschont hat, hat es sich selbst das Grab geschaufelt.

15. Schicksalsgang

„Vom Verräter frißt kein Rabe."
Deutsches Sprichwort.

Konnte sich Deutschland einen erträglichen, zumindest einen ehrenhaften Frieden erkämpfen?

Was vernichtete die deutsche Revolution an Volk und Staat?

Diese Fragen umschließen die größte geschichtliche Tragödie eines Volkes; es mögen früher Völker zugrunde gegangen sein, aber kein so großes Volk und nicht durch eigene Schuld.

Die in diesem Buch genannten Urheber der deutschen Revolution suchen sich durch die Erklärung, daß der militärische Zusammenbruch die politische Revolution nach sich gezogen hätte, zu entlasten. Sie gehen noch weiter, nämlich mit der Behauptung, daß nur die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen das deutsche Heer vor der Vernichtung bewahren konnte. Um das zu beweisen, ist viel Tinte verschrieben und sind viele Beweise geführt worden. Diese Tatsache allein beweist das schlechte Gewissen der Schuldigen, die es erleichtern wollen vor sich, und die es reinigen wollen vor der Geschichte, denn von dem Ausfall einer überzeugenden Antwort hängt es ab, ob Deutschland durch Deutsche verraten worden ist oder nicht.

Daß Deutschland mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg den Sieg nicht mehr erringen konnte, war allen Deutschen, bis auf die militärisch Verantwortlichen, so gewiß, wie $2 \times 2 = 4$ ist. (Diese primitive Gleichung wird absichtlich gewählt.) Es bleibt nur die Frage, ob die deutsche Front bis zur Erkämpfung ehrenhafter Waffenstillstands-Bedingungen Widerstand hätte leisten können.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat sich so geäußert, daß wir berechtigt sind, die deutschen Revolutionäre Verräter zu nennen.

Die deutschen Heerführer Hindenburg und Ludendorff haben sich nach dem Kriege vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages positiv über die militärischen Erfolgsmöglichkeiten ausgesprochen: „Trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes, konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre."

„Heer und Heimat!" Das Heer hielt aus, aber die Heimat?

Genau 7 Jahre später[1]), mithin nach reiflichster Prüfung und gestützt auf unbestrittene Sachverständigkeit, hat sich Ludendorffs Nachfolger, der General Groener, zu derselben Frage vor Gericht geäußert.

Groener war nicht nur zwei Jahre Chef des Kriegsamts gewesen, sondern auch Vorstands-Mitglied des Kriegsernährungsamts, seine Vorstellungswelt und Urteilsfähigkeit müssen mithin sein Zeugnis als das einer besonderen Autorität schlechthin, also auch für den Gegner gelten lassen. Er vertrat folgenden Standpunkt:

„Wir konnten noch Widerstand leisten, darauf mußte die Sache eingestellt werden. Was war der Vorteil, wenn das Heer zusammenhielt? Es war der, daß wir auch die Friedensbedingungen nicht anzunehmen brauchten, wenn wir mit einem leidlich starken Heer hinter dem Rhein standen, und es ist deshalb richtig, wenn gesagt wird, daß der Ausbruch der Revolution dem Heere die Möglichkeit genommen hat, durch den Widerstand hinter der starken Strombarriere wenigstens um bessere Friedensbedingungen zu kämpfen. Immer unter der Voraussetzung, daß die Heimat folgsam und brav blieb.

Dieser Widerstand hinter dem Rhein hätte ja ganz ungeheure Folgen haben können. Er konnte uns die Ostgrenze sichern. Das Rheinland konnten wir natürlich nicht verteidigen, das war dem Feinde zunächst preisgegeben. Aber vielleicht gelang es damit, auch unsere Truppen im Osten zum Halten zu bringen, die Truppen in der Ukraine allmählich zurückzuziehen und die Ostgrenzen zu verteidigen und vielleicht auch am Brenner und anderwärts die Dinge günstiger zu gestalten."

Wegen der ausschlaggebenden Bedeutung dieser Bekundung, denn der General Groener steht politisch auf demokratischem Boden, ist sie ziemlich ausführlich wiedergegeben worden; sie deckt sich auch mit der unten wiedergegebenen Auffassung des französischen Generalissimus Foch.

Aus diesen Zeugnissen und Hinweisen schon wird die ungeheure Tragödie sichtbar, durch die Deutschland nach dem Willen seiner ungeratensten Söhne geschickt wurde. Uns selbst aber genügen die vorstehenden Zeugnisse noch nicht; wir können dabei sogar auf solche von deutscher Seite verzichten, denn der Feind hat mehr zu gunsten des deutschen Heeres bezeugt als zur Überführung der Verräter notwendig ist.

Nachdem der Feind mit überlegenen Kräften seit dem 20. Juli täglich auf die deutsche Front losgehämmert hatte, kämpften unsere ausgepumpten Truppen wie die Löwen und zeigten dem Feinde nicht den Rücken, sondern sie

[1]) „Münchener Dolchstoßprozeß" im November 1925.

gingen mit vorgehaltenem Schild und gezogenem Schwert zurück. Zurück? Ja, jedoch von „mutigen und erfolgreichen Gegenangriffen unterbrochen", schreibt der Gegner.

Also berichteten die feindlichen Zeitungen:

„Manchester Guardian" 30. September 1918:

„Die Deutschen leisten der Armee Gourand hartnäckigen Widerstand. Sie verteidigten ihre Stellungen auf dem Kalkfelsen nördlich von Py und Dormoise mit größter Zähigkeit und führen wiederholt wütende Angriffe aus. Ihre Soldaten schlagen sich tapfer und standhaft. In einigen Fällen wurde eine Handvoll von Gefangenen gemacht, die den Überrest ganzer Divisionen bildeten."

„Yorkshire Post" 3. Oktober 1918:

„Die deutsche Infanterie kämpfte ingrimmig; sie marschierte ohne Zagen in das vernichtende Artilleriefeuer der Kanadier. Sie stürmte, ohne auf unser Sperrfeuer zu achten, das Bautigny-Tal hinauf. Die Kanadier feuerten, bis die Kanonen heiß wurden und die Bedienungsmannschaft erschöpft war."

„Daily Chronicle" 15. Oktober 1918: „Der Hauptzug der heutigen Kämpfe war die Stärke des feindlichen Widerstandes. In den letzten Kämpfen pflegte der Feind seine Front nur schwach zu verteidigen und sich auf seine „Hauptwiderstandslinie" zu verlassen. Diesmal besetzte er in Erwartung unseres Angriffs seine Frontlinie, und die Truppen erhielten den Befehl, auf Tod und Leben auszuhalten. Sie kämpften vielfach mit äußerstem Mute, und am nördlichen Teil der Front durchbrachen ihre Maschinengewehre unsere Sperre, um den unseren im Freien entgegenzutreten. Darunter befanden sich Truppen der 1. bayrischen Reserve-Infanteriedivision, die zwischen Ledeghem und dem Kazelberg verzweifelt kämpften; ähnlicher Widerstand zeigte sich auf der gesamten Angriffsfront."

„Journal" 19. Oktober 1918:

„Trotz des Zusammenbruches ihrer Hoffnungen und ihrer Kriegsmüdigkeit leisten die Deutschen wütenden Widerstand und machen uns jeden Fußbreit Gelände streitig. Die mit alter Tradition erfüllten Mannschaften der Maschinengewehre bleiben furchtbare Gegner, verteidigen jede Stadt und Brücke Belgiens wie ihr eigenes Vaterland. An der Front der II. Armee mußten die Alliierten die Garde-Ersatzdivisionen buchstäblich Mann für Mann niedermachen. Auch die Bayern bleiben mutige Soldaten. Vier bayrische stark mitgenommene Divisionen befanden sich in Flandern in Ruhestellung; als sie zur Verstärkung herbeigerufen wurden, versuchten sie trotzdem unter den größten Opfern die Engländer vor Cambrai aufzuhalten."

„Echo Belge" 24. Oktober 1918:

„Die Deutschen verteidigen äußerst hartnäckig ihre Stellungen an der Lys. Man bemerkt nirgends ein Nachlassen unserer Offensivkraft, wohl aber einen wachsenden Widerstand der Deutschen. Ludendorff muß jetzt den größten Wert darauf legen, daß kein Fußbreit des eroberten Bodens verloren geht."

Vielleicht hätten ein Gneisenau oder ein Hellmuth v. Moltke mit einem solchen Heer selbst auf dem Rückzuge, mehr für Deutschland erkämpft, als unsere O. H. L.

Die deutschen Heerführer haben die Aussichten für die Weiterführung des Kampfes hoffnungsloser als der Gegner selbst beurteilt. Welch eine Tragik für Deutschland!

Vielleicht wußte die O. H. L. in den entscheidenden Tagen über die gute Stimmung im Heer ebenso wenig Bescheid wie früher über die des Unmuts und der Verbitterung.

Die Londoner Wochenschrift „The New Statesman" schrieb am 26. Oktober 1918 über die starken Anzeichen der Ermüdung auf der Seite der Feinde:

„Die Jahreszeit für Gefechtshandlungen ist beinahe zu Ende. Alle Armeen der Alliierten sind augenscheinlich ermüdet. Britische Truppen sind die einzigen, die in den letzten Wochen sich fähig zeigten, in solchen Abschnitten vorwärts zu kommen, wo die Deutschen hartnäckigen Widerstand leisteten .... Jede Woche erhöht die Aussichten, daß Hindenburg fähig ist, seine Kräfte ohne größeren Verlust auf rückwärtige Stellungen zurückzuziehen, wo sie ohne großes Risiko während des Winters stehenbleiben können. Die endgültige Linie, wenn nicht für den Winter, so doch für das Frühjahr, würde die Maaslinie bilden. Ihre natürliche Stärke ist sehr groß und würde durch eine dreimonatige Winterarbeit noch ungeheuer vergrößert werden. Die Maaslinie bedeutet eine sehr bedeutende Frontverkürzung und würde dadurch die deutschen Reservedivisionen wieder zu einer wenigstens für die Verteidigung ansehnlichen Zahl anwachsen lassen."

So weit die Anerkennungen, die der Gegner der deutschen Fronttruppe, nicht aber dessen oberster Führung, freiwillig gezollt hat. Wer senkt heute nicht den Blick vor den ungenannten Helden des Weltkrieges?

Es sind vielleicht doch nur Tage oder Wochen gewesen, die Deutschland von einem Verständigungsfrieden trennten. —

Die vorstehend aufgeführten Pressestimmen des Auslandes sind in späteren Jahren durch Äußerungen feindlicher Heerführer und Politiker sachlich bekräftigt worden, so daß wir, die Leidtragenden, heute die Wahl haben anzuklagen, entweder die Blindheit der militärischen Kommandostellen, die jammervolle Schwäche der Regierung oder die Verräterrolle der deutschen Revolutionäre.

Die folgenden Berichte der ausländischen Militärs und Politiker dürften mit Fug und Recht als schwerste Belastung ihrer Gegner auf unserer Seite angesehen werden.

Der Oberbefehlshaber der in Frankreich kämpfenden englischen Truppen, General Sir Douglas Haig[1]), schreibt in seinem am 21. Dezember 1918 eingereichten Abschlußbericht:

„Es muß wohl verstanden werden, daß unser Vormarsch gegen einen aktiven Widerstand selbst eines geschlagenen und demoralisierten Gegners stark verzögert worden wäre. Die Schwierigkeiten des Nachschubes, unter denen wir gezwungen gewesen wären, große Mengen von Munition nach vorne zu schaffen, würden in verschiedenen Beziehungen ungeheuer gewachsen sein. Brücken, Bahnen und Wege vor unserer Front wären zerstört worden oder durch Anbringung von Zeitminen zur Zerstörung vorbereitet. Ungeheure Verluste würden .... entstanden sein."

Der frühere britische Munitionsminister Winston Churchill[2]) schildert die Lage des deutschen Heeres Ende Oktober 1918 übereinstimmend mit dem englischen Oberbefehlshaber:

„.... Denn die Deutschen hatten, abgesehen von allen strategischen und taktischen Maßnahmen, zur Erschwerung einer Verfolgung jetzt auch ein einfaches mechanisches Mittel, dessen volle Ausnützung ihnen sicherlich eine Atempause bis zum Frühjahr 1919 verschafft hätte. Sie hatten Zeitzünder .... erfunden; .... die alliierten Armeen hätten daher erst dann gegen die deutsche Grenze vorrücken können, nachdem sie das ganze dazwischen liegende Eisenbahnsystem wieder aufgebaut hatten. Dies hätte sicherlich nicht vor Ende des Jahres geschehen .... können. Den Deutschen wäre mithin eine sechsmonatige Atempause gegönnt gewesen, bevor sich die volle Kraft der alliierten Armeen an seinen Grenzen entwickeln und mit einer feindlichen Invasion drohen konnte. Diese Zeit hätte genügt, starke Stellungen auszuwählen, sie zu befestigen und die ganzen restlichen Machtmittel der Nation auf die Verteidigung dieses Gebietes zu verwenden".

Auch der britische Chef des Generalstabs beim Expeditionsheer, General Sir F. Maurice stand in jenen Tagen, als deutsche Heerführer die Nerven verloren, auf dem Standpunkt, daß die Deutschen imstande gewesen wären, noch lange Widerstand zu leisten, schon deshalb, weil die Alliierten, als der Waffenstillstand geschlossen wurde, bis an die äußerste Grenze ihrer Nachschubfähigkeit gekommen waren. Erst sechs Tage nach Beendigung der Feindselig-

[1]) „Sir Douglas Hay's Despatches", herausgegeben von Lieut. Colonel Boraston S. 316.

[2]) „Die Weltkrisis 1916/18", Band II, S. 224.

keiten hätten die Engländer wieder mit 16 ihrer 59 Divisionen antreten können. Anfang Dezember mußte sogar ein Halt eingelegt werden, weil der Nachschub nicht folgen konnte. Der General Maurice behauptet:

„Wäre der Waffenstillstand nicht gekommen, hätten die Alliierten noch arg zu kämpfen gehabt und ernste Verluste erlitten ...."

Wen graust es nicht bei den passiven und aktiven Verbrechen am deutschen Volk und am deutschen Soldaten gegenüber der Tatsache, daß die von Haig und Maurice vertretenen Anschauungen über die Widerstandskraft des deutschen Heeres, das britische Oberkommando veranlaßten, für gemäßigte Waffenstillstands-Bedingungen einzutreten? Man braucht sich nur die Frage vorzulegen:

Wie anders hätten dann erst die Waffenstillstandsbedingungen gelautet, wenn das deutsche Heer keine Revolution und keine Verräter im Rücken gewußt hätte und die gefürchtete deutsche Marine kampffähig und kampfwillig geblieben wäre?

Der Heeresreferent in der französischen Kammer, Oberstleutnant Fabry, erklärte im Februar 1920 vor den Abgeordneten:

„Bei Kriegsende sahen wir die deutsche Armee in einer Stärke, wie nur irgendeine Armee, mit einem vortrefflichen Material ausgerüstet. Was war nun die Ursache ihrer Niederlage? Sie hatte hinter sich nicht mehr eine in einer einheitlichen Stimmung zusammengeschlossene Nation, den entschlossenen Willen, alle notwendigen Kriegsopfer zu bringen und den Krieg fortzusetzen. Dieser Krieg hat klar erwiesen, daß auch die stärkste Armee keinen Kriegserfolg mehr herbeiführen kann, wenn hinter ihr kein Volk steht, das entschlossen ist und den festen Willen hat, zu fechten."

Die Urheber der deutschen Revolution konnten über ihre Schuld oder Nichtschuld streiten — bis der französische Marschall Foch seinen Standpunkt dargelegt haben würde. Das hat er im August 1928 einem Befrager der Wiener „Neuen Freien Presse" gegenüber getan. Die von dem Marschall Foch vertretene Meinung bedeutet ein hohes Lob für das deutsche Heer, eine vernichtende Kritik an dessen Führung und, was nicht von ihm gesagt wird, die Bejahung der Frage: ist die deutsche Revolution das größte Verbrechen an einem Volk gewesen, das die Geschichte aller Völker kennt?

Das ist Grund genug, den entscheidenden Teil aus dem Bericht der „Neuen Freien Presse" wörtlich wiederzugeben[1]). Foch erklärte u. a.:

„Ich erwähnte bereits, daß selbst im Frühjahr 1918 Deutschland den Krieg noch hätte gewinnen können. Wenn die Deutschen bis Amiens vorgedrungen wären, hätten sie die englische von der französischen Armee abgeschnitten. Aber selbst nach der Offensive General Mangins am 18. Juli 1918 war die Lage Deutschlands nicht verzweifelt. Ich gestehe, daß ich vom strategischen Standpunkt nicht begreifen kann, weshalb sich General Ludendorff gegen den 20. August 1918 nicht auf die Linie Metz—Meuse—Brüssel—Antwerpen zurückzog. Meine Vorbereitungen waren zum Angriff auf die „Hindenburg-Linie" getroffen, und falls die deutsche Armee sich auf die erwähnte kurze, gerade Linie zurückgezogen hätte, wäre ich genötigt gewesen, neuerdings alles von vorn zu beginnen. Dieser strategische Rückzug hätte den Krieg um ein Jahr verlängern können, und in kritischen Zeiten können sich manche unverhoffte Dinge im Laufe eines Jahres ereignen. Ich kann jedoch andererseits verstehen, daß General Ludendorff es nicht über sich brachte, diesen strategischen Rückzug anzuordnen, der ein Eingeständnis einer evidenten Inferiorität gewesen wäre und es notwendig gemacht hätte, wichtiges, in jener Zeit unersetzliches Kriegsmaterial zurückzulassen. Ich gehe sogar noch weiter und behaupte, daß Deutschland im November 1918 hinter dem Rhein hätte standhalten können. Wenn das deutsche Volk einen Gambetta besessen hätte, wäre der Krieg verlängert worden .... und wer weiß ...?"

An dieser Stelle unterbrach der Vertreter des Wiener Blattes Marschall Foch und erinnerte ihn daran, das Beispiel Gambettas beweise, daß ein heldenhafter Widerstand eines militärisch besiegten Volkes nur dazu dient, den Krieg nutzlos zu verlängern. Frankreich verlor am 2. September 1870 bei Sedan den Krieg. Alles was nachher geschah, war nur eine Verlängerung des Todeskampfes.

„Dies trifft alles zu," erwiderte Marschall Foch, „dennoch glaube ich, daß ein Volk, das nicht besiegt werden will, nicht besiegt werden muß. Im November 1918 hatte Deutschland selbstverständlich keinerlei Siegesaussichten mehr, hätte jedoch seine Armee hinter dem Rhein standgehalten, hätten viele Dinge eine andere Wendung genommen.

Ich spreche naturgemäß immer vom militärischen Standpunkt. Anderseits jedoch weiß ich, daß Deutschland von seinen Verbündeten im Stiche gelassen, von der übrigen Welt abgeschnitten war und nicht genügend Lebensmittel besaß, um weiter durchhalten zu können, und daß das hartgeprüfte deutsche

[1]) Die deutsche demokratische und sozialdemokratische Presse hat den Bericht entweder garnicht oder nur verstümmelt veröffentlicht und ihn dann noch als „ziemlich nichtssagende Auseinandersetzung" abgetan.

Volk laut und vernehmlich nach unmittelbarer Beendigung des Krieges rief. Dabei müssen wir die Dinge bewenden lassen. Eine solche Rückschau auf die Ereignisse der Vergangenheit hat wenig Zweck, so sehr sie auch interessant sein mag. Es ist die alte, stets spannende Frage: Was wäre geschehen, wenn ...."

Hier an dieser Stelle muß einem Staatsmann Gerechtigkeit widerfahren, der in den schwersten Tagen des Herbstes 1918 die Tragödie hat kommen sehen, aber nicht mehr abzuwenden vermocht hat. Als die OHL. die Reichsregierung am 1. Oktober drängte, das Waffenstillstandsangebot sofort hinausgehen zu lassen, stellte der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden am 3. Oktober die selbstverständliche Gegenfrage: „Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenze halten?" Die OHL. hat diese Frage nicht beantwortet, sondern lediglich ihr dringliches Verlangen noch dringlicher gemacht, ein Beweis, daß sie vollständig vom Gefühl der Hoffnungs- und Ausweglosigkeit gefangen genommen war.

Am 28. Januar 1926 wurden im Untersuchungsausschuß des Reichstages, dem sogenannten „Dittmann-Ausschuß", der sich mit den Matrosenmeutereien 1917 und 1918 beschäftigte, aus dem im Druck befindlichen Buch des Prinzen Max von Baden dessen Tagebuch-Aufzeichnungen und militärpolitischen Betrachtungen verlesen. Nachdem er die strategische und psychologische Zweckmäßigkeit des mit dem 28. Oktober (1918) geplanten Flotten-Vorstoßes in die Nordsee anerkannt hatte, fährt der Prinz fort:

„Ich gebe aber zu, wenn die Entscheidungsschlacht einmal beschlossene Sache war, so war es Pflicht der Flottenleitung, sich zum sicheren Glauben an den Sieg hinauf zu stimmen. Wenn ich nun auch dieser Hochstimmung gegenüber nüchtern geblieben wäre, so hätte ich doch dem Grundgedanken des Marineunternehmens zugestimmt, und zwar aus den folgenden Erwägungen heraus:

Wenn der Sieg erfochten wurde — und das war nicht unmöglich bei unserer Führung, der Schulung der Mannschaft und der Überlegenheit unseres Materials — dann wäre dem bedrängten Heere und der mit täglich steigender Ungeduld leidenden Heimat ein gewaltiger Auftrieb zum Durchhalten gegeben. Nach einem deutschen Flottensiege wären Revolution und Kapitulation am 9. und 11. November nahezu eine seelische Unmöglichkeit geworden; andererseits hätten wir uns sagen müssen, daß die Engländer durch ihre Niederlage fester denn je an unseren Todfeind Frankreich geschmiedet worden wären.

Wenn aber unsere Flotte eine ruhmreiche Niederlage erleiden, ja wenn wirklich ihre letzte Fahrt die Todesfahrt sein würde, so war dennoch die militärisch-politische Zweckmäßigkeit unbedingt zu bejahen. Von der Opfertat würde

eine beschämende Kraft ausgegangen sein, der sich auch viele Treulose und Verzagende nicht hätten entziehen können. Man hat mit Recht an die Thermopylen erinnert ....

Ohne Kiel keine Revolution, ohne die Revolution keine Kapitulation am 11. November.

Dieser schweren Anklage gegenüber wird immer geltend gemacht: die nationale Verteidigung wäre in jedem Falle sinnlos und aussichtslos gewesen.

Darauf habe ich zu sagen: es handelt sich darum, nicht nur die materiellen Machtmittel, sondern den Willen der feindlichen Völker abzuschätzen. Wenn es gegolten hätte, Elsaß-Lothringen zu erobern, dann wären die alliierten Machthaber in der Lage gewesen, ihren Völkern noch einen jahrelangen Krieg zuzumuten.

Am 11. November aber war eine andere Situation denkbar. Die Wilson-Bedingungen wären angenommen: die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs zugestanden, ja, die Räumung Elsaß-Lothringens — gegen die Forderung aber, uns zu entwaffnen, stünde das Nein einer zum äußersten entschlossenen Nation.

Dann ist es meine Überzeugung, daß sich unser Wille zum Verzweiflungskampfe nur wenige Wochen hätte zu bewähren brauchen, um den Feinden das Ziel unserer Vernichtung zu verleiden. Aus ihren Völkern wäre ein übermächtiger Schrei aufgestiegen:

Wir müssen noch Hunderttausende opfern, bis wir über den Rhein sind. Der Preis ist zu hoch, nur um Fochs Waffenstillstandsbedingungen zu erzwingen. —

Von ihren Heimatfronten wäre die Stimmung auf die alliierten Heere übergesprungen, die mit der schlimmsten Jahreszeit und ungeheuren Transportschwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten. Und schließlich wäre der notwendige Offensivwille erloschen.

Neue Verhandlungen wären dann wohl eingeleitet worden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir dann hätten annehmen müssen, wären sehr hart gewesen; aber sie hätten, das ist mein Glaube, Deutschland, dem Versailler Diktat nicht wehrlos ausgeliefert."

Und doch gab es Kreise, die sich eines Gewinnes rühmten. Hermann Müller erklärte: „Am Tage des Waffenstillstands hatte in erster Linie die Sozialdemokratie die Früchte des Weltkrieges davongetragen."

Die Frage, ob das Waffenstillstands-Angebot militärisch notwendig war, haben Soldaten zu beantworten; außerhalb ihrer Denktätigkeit liegt die wichtigere Entscheidung: wie mußte es diplomatisch geschickt an den Empfänger und in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Personen, die hier eigenmächtig handelten und deswegen versagten, haben eine Schuld auf sich geladen, die für Patrioten untragbar sein müßte.

Haben wir die Waffen zu früh niedergelegt im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons oder um der militärischen Niederlage zu entgehen?

Müßige Fragen, denn der Feind konnte sich mit dem Rechenschieber in der Hand ausrechnen, wann die Revolution über uns kommen und uns die Waffen aus der Hand schlagen würde.

Die Waffenstillstands-Kommission reiste am 6. November 1918 aus Berlin, am 7. November nach 7 Uhr abends passierte sie die feindliche Linie, mußte am 8. abends in einen Zug steigen und erwachte am 9. morgens im Walde von Compiègne —

in Deutschland sprangen zur selben Zeit die revolutionären Funken von Stadt zu Stadt und entzündeten den seit Jahr und Tag systematisch aufgeschichteten Brennstoff — —.

Foch konnte warten bis die Nachricht von der Revolution daheim die rückläufige Bewegung des Heeres beschleunigen würde und bis es kein Halten mehr gab, bis keine entehrenden Bedingungen, keine Macht der Welt die Panik mehr aufhalten würde:

Zeit gewonnen — Krieg gewonnen!

Den Frieden diktierte der Feind, der vier Jahre vor den deutschen Soldaten gezittert hatte und, weil er gegen ihn in offener Schlacht nicht zu siegen hoffte — an vielen Stellen der Front war das Stärkeverhältnis seit Sommer 1918 10 : 1 geworden — den rücksichtslosesten Krieg führte, den die Menschheitsgeschichte kennt:

den Krieg gegen Greise, Frauen und Kinder.

Den Frieden diktierte ein Feind, den als Sieger nur verächtliche Gefühle beherrschten: untermenschliches Rachebedürfnis, verzerrt durch die gleichbleibende Furcht vor einem Gegner, der einer Welt getrotzt hatte und noch am Boden liegend Furcht einflößte, denn so lautete der Punkt 16 der Waffenstillstandsbedingungen:

„Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden."

Der Geist der Rachgier lohte und erstickte alles: Die Menschheit und den Respekt, den seit grauer Vorzeit der Sieger dem Besiegten nicht versagt hat.

Deutschland versank in den ersten zehn Novembertagen 1918 in eine Wehrlosigkeit und Widerstandsunfähigkeit, die Jena im Jahre der Erniedrigung 1806 nicht einmal erreicht hat.

Die Antwort auf die erste Frage: „Konnte sich Deutschland einen erträglichen, zumindest einen ehrenvollen Frieden erkämpfen?" ist mit einem Ja! zu beantworten, das niemand überzeugend widerlegen kann.

Die Antwort auf die zweite Frage: „Was vernichtete die deutsche Revolution an Volk und Staat?" gibt der Feind täglich, jährlich seit dem 10. November 1918

mit unverhülltem Mißbrauch der ihm am 9. November 1918 in den Schoß gefallenen militärischen Überlegenheit.

Damit beginnt der zweite Akt der deutschen Tragödie.

Quellenhinweis

Die Literatur über Revolutionsvorbereitungen, revolutionäre Aktionen und Zusammenbruch umfaßt heute schon tausende von selbständigen Schriften und Artikeln in Sammelwerken und in der Presse. Für die Darstellung wurde in größeren öffentlichen Bibliotheken und Archiven das einschlägige Material eingesehen. Das gesamte Schriftwerk aufzuführen würde zu weit gehen. Für den Leser sind die Quellen in Fußnoten des Buchtextes angemerkt. Wer weiter forschen möchte, sei auf nachstehende Bibliographien verwiesen:

Hans Herzfeld: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Front im Weltkriege. Leipzig 1928. „Anmerkungen" S. 408 ff.

Werner Sombart: Der proletarische Sozialismus. Jena 1924. „Anhang" I. Band. S. 466ff.

Ernst Drahn: Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus 1914 bis 1922. Berlin 1923. „Ergänzungsband" von Friedrich Braun und Hans Praesent: Systematische Bibliographie der Wissenschaftlichen Literatur Deutschlands der Jahre 1914—1922.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften I. Aufl. Jena. II. Bd. S. 510ff. Art. von Ernst Drahn: „Sozialdemokratie". „Literatur".

Die in diesen Bibliographien genannten Schriften finden sich am bequemsten erreichbar in der

Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin.
— Die Sonderbände des „Realkatalogs": „Krieg" und „Revolution" sind besonders aufschlußreich. —

Weltkriegsbücherei in Stuttgart.
— Der große Katalog ist in seiner Systematik vorbildlich. —

Deutsche Bücherei in Leipzig — enthält so ziemlich das gesamte Schrifttum in deutscher Sprache seit 1913. Die Zeitschriften-Abteilung ist einzigartig vollständig. —

Allen Förderern der Arbeit sei auch an dieser Stelle bestens gedankt.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort .. 7
Einleitung .. 9
1. Die Matrosenrevolte 1917 .. 13
2. Die internationale Unterwelt .. 28
Propaganda-Literatur der internationalen Unterwelt .. 32
3. Arsenale der politischen Unterwelt
I. „Moralische Munition" .. 37
II. „Silberne Kugeln" .. 41
4. Bolschewistische Propaganda .. 46
5. Der Landesverrat der SPD.
I. Der Januar-Munitionsarbeiterstreik 1918 .. 53
II. Das Scherbengericht in Magdeburg .. 61
6. Totengräber Deutschlands
I. Die marxistische Welle .. 70
II. Füchse oder Führer .. 74
7. Karl Liebknecht als Heros der Revolution
I. Das Gastmahl der Verschwörer .. 82
II. Liebknechts „revolutionäre Gymnastik" .. 84
8. Der Anfang vom Ende
Mißbrauch der Marine .. 88
9. Die Revolutionszentrale .. 93
I. Helden der Rede .. 94
II. Revolutionäre in Angsten .. 96
10. Die Väter der Revolution .. 98
11. Der Kaiserthron — ein Reich stürzen .. 107
I. Liebknecht in der Reichsregierung .. 115
II. Die Krisis vom Standpunkt der Regierung gesehen .. 116
III. Ämterverteilung in der Revolution .. 118
12. Die Revolution ohne Revolutionäre .. 121
13. Herostraten-Ruhm
Wer hat die Revolution „gemacht"? .. 126
14. Der Rubel rollte .. 133
15. Schicksalsgang .. 141
Quellenhinweis .. 152

Anzeigen
der Hanseatischen Verlagsanstalt
Hamburg

Albrecht von Roon

Preußens Heer im Kampf um das Reich. Von Richard Hübner. Kartoniert RM. 3.80. Leinen RM. 5.—

Die Geschichte des preußischen Kriegsministers Roon ist zugleich die Geschichte des zweiten Deutschen Reiches. Roon war es, der Bismarck dem König empfahl, Roon war es auch, der für den Kanzler die Waffe schmiedete, mit der er die Kriege von 1864 und 1870 führen konnte. Ohne das Zusammenwirken von Roon und Bismarck ist die zweite Reichsgründung nicht zu denken.

Nationalismus und Demokratie im Frankreich der dritten Republik

(1871—1918.) Von Dr. Walter Frank. Broschiert RM. 10.50. Leinen RM. 12.50

Die erste wahrhaft großzügige Leistung nationalsozialistischen Denkens auf einem historischen Spezialgebiet. Mit zwingender Eindringlichkeit schildert Frank die ganze Verruchtheit des hochkapitalistisch-demokratischen Systems westlicher Prägung. Franks glänzend geschriebenes Buch erfüllt eine aktuelle Mission von weitgehender Bedeutung. (Völkischer Beobachter)

Geschäfte mit dem Tod

Hinter den Kulissen der französischen Rüstungsindustrie. Von F. W. von Oertzen. Kartoniert RM. 2.40

Die Enthüllungen dieses Buches befördern ein Material zutage, das endlich die wirklichen Kräfte, die in Frankreich die Abrüstung hintertreiben, aufzeigt. Sie beweisen, daß die Phrase „Sicherheit" die Reklameparole eines korrupten Wirtschaftsgremiums der Rüstungsindustrie ist, und daß bisher schon jede Abrüstungskonferenz scheitern mußte, weil die Macht eines einzigen Konzerns sich durch Bestechung die französische Presse, Regierung und Finanz gefügig machen konnte.

Wehrpolitik

Von K. L. von Oertzen. Kartoniert RM. 6.—. Leinen RM. 7.—

Sowohl die technische wie politische und volkspolitische Bedeutung aller wehrpolitischen Fragen erfahren in diesem Buche eine gründliche und umfassende Klärung und Deutung. Das Werk ist von einem der berufensten Fachmänner geschrieben und darf als das grundlegende Buch über die deutsche Wehrpolitik bezeichnet werden.

Wehrgedanken

Eine Sammlung wehrpolitischer Aufsätze. Herausgegeben von Generalleutnant a. D. Friedrich von Cochenhausen. Broschiert RM. 5.—. Leinen RM. 6.50

Dieses neue wehrpolitische Werk bietet für weiteste Kreise eine Totalanschauung der Wehrprobleme, die dem deutschen Volk in der Gegenwart gestellt sind. Maßgebliche Persönlichkeiten sprechen hier nicht nur vom Standpunkt des Soldaten, sondern auch von dem des Politikers, des Gelehrten, des Technikers und des Wirtschaftlers.

Matrosen-Soldaten-Kameraden

Ein Bildbuch der Reichsmarine. Mit Text von E. Zeller und 200 Aufnahmen von Max Burchartz. Kartoniert RM. 3.60. Leinen RM. 4.80

Ein Meister der Linse gibt dem deutschen Volk, der deutschen Jugend hier das Buch unserer Reichsmarine. Durch geschickte Auswahl aus einem umfangreichen Bildmaterial von einigen tausend Aufnahmen, die Prof. Burchartz unter Förderung der Marineleitung auf den deutschen Kriegsschiffen machen konnte, ist es dem Verfasser gelungen, das wirkliche, lebendige Bild der deutschen Reichsmarine in seiner ganzen Vielseitigkeit wiederzugeben.

Versailles

Von Dr. Wilhelm Ziegler. 2. Auflage. Kartoniert RM. 4.30. Leinen RM. 5.50

Dieses Buch mußte noch geschrieben werden. Im Zusammenhang hat man uns alle diese Dinge noch nie in ihrer Gesamtheit so klar, eindeutig und überwältigend trefflicher dargestellt. — Diese Geschichte des Versailler Vertrages liest sich wie ein Roman, dessen Spannungsreiz in seinen ungeheuerlichen tragischen Verwicklungen liegt. Und es ist keine Phrase, wenn wir sagen, daß sie jeder Deutsche lesen sollte.
(Der Angriff, Berlin)

Das dritte Reich

Von Moeller van den Bruck. 105. Tausend. Leinen RM. 5.80. Ungekürzte Sonderausgabe. Kartoniert RM. 2.90

Moeller van den Bruck hat das Wort geprägt, das heute im Mittelpunkte aller deutschfreundlichen und deutschfeindlichen „Diskussion" beider Erdhälften steht: Das dritte Reich. Das Buch war im Zeitpunkte seines Erscheinens die geistvollste, schneidendste Kritik des liberalistischen Marxismus. Heute ist es mehr. Ein genialer Denker wirft den Ball seiner kernhaften Ideen, und ein großer, schöpferischer Staatsmann fängt ihn auf. (Sudetendeutsche Tageszeitung.) — „Ich begrüße die Verbreitung des für die politische Ideengeschichte der NSDAP bedeutungsvollen Werkes".
(Reichsminister Dr. Goebbels)

Das werdende Reich

Reichsgeschichte und Reichsreform. Von Gerhard Günther. Kartoniert RM. 4.80 Leinen RM. 5.80

Ein begeisterndes, klärendes und urteilssicheres Buch, das die erste und höchste Aufgabe geschichtlicher Darstellung erfüllt. Ginge es nach mir, so würden sich die Begeisterungsfähigkeit und der politische Sinn Zehntausender junger Deutscher an diesem Buch entzünden und erhellen.
(Staatsrat Prof. Dr. Carl Schmitt)

Das Werden des deutschen Volkes

Von Prof. Dr. h. c. Walther Classen. Drei starke Leinenbände. Über 1500 Seiten Text. Mit 88 Abbildungen auf Tafeln. Bisher RM. 32.—, jetzt nur RM. 12.60

Ein gründliches und wirklich volkstümliches Geschichtswerk, das auf rassisch-völkischer Grundidee aufgebaut ist und das in der gesamten Presse Anerkennung gefunden hat. Es steht hier nicht das Werden der einzelnen, der Männer, Fürsten, Könige, Kaiser und Feldherren im Vordergrund, sondern die Geschichte des deutschen Volkes als lebendige Ganzheit.

Der Kampf um die Volksordnung

Von der preußischen Sozialpolitik zum deutschen Sozialismus. Von Dr. Rudolf Craemer. Kartoniert RM. 5.80. Leinen RM. 6.80

Die Geschichte der deutschen Sozialpolitik und zugleich eine Entwicklungsgeschichte des deutschen Staatslebens von der Reformation bis zum Staat Hitlers. Sie schließt mit einer Darstellung der gewaltigen Ideen des „Deutschen Sozialismus" ab, von dem unsere Zukunft abhängt.

Vom Proletariat zum Arbeitertum

Von August Winnig. 30. Tausend. Sonderausgabe. Kartoniert RM. 2.40. Leinen RM. 4.50

Das Buch ist das Hohelied vom deutschen Arbeitertum. Es zeigt, daß es keine freie deutsche Nation geben wird, ehe nicht durch unser Verantwortungsgefühl das deutsche Arbeitertum zur Tatsache geworden ist. Die Lösung dieses Problems ist die größte Aufgabe des Nationalsozialismus. (Reichsleitung der NSDAP.) — Das Buch verdient als Kampfschrift gegen den jüdischen Marxismus und für ein im Rahmen der deutschen Volksgemeinschaft idealistisch gerichtetes Arbeitertum weiteste Verbreitung. (Reichsminister Dr. Frick)

Der weite Weg

Von August Winnig. 60. Tausend. Leinen RM. 5.80

Mit dem „Weiten Weg" schenkt uns August Winnig ein Lebensbuch im besten Sinne. Jedem, der ratlos dieser Zeit gegenübersteht, hat das Werk unendlich viel zu sagen. Es ist unsere Aufgabe, die Gedanken Winnigs hinauszutragen in die um Wahrheit ringende Arbeiterschaft. (Bremer NS-Zeitung)

Der Arbeiter

Herrschaft und Gestalt. Von Ernst Jünger. 15. Tausend. Kartoniert RM. 4.80. Leinen RM. 5.80

Jüngers „Arbeiter" ist eine Auseinandersetzung mit dem brennendsten Problem unserer Zeit, der Revolutionierung der Welt durch die Gestalt des Arbeiters. Das ist das interessanteste aller Bücher, die bisher darüber geschrieben wurden.

(Kampfbund für deutsche Kultur)

Faschismus und Nation

Der Geist der korporativen Verfassung. Von Prof. Dr. Guido Bortolotto. Kartoniert RM. 4.80. Leinen RM. 5.80

Bortolotto ist ein bekannter italienischer Rechtsgelehrter. Er setzt uns das Wesen des Faschismus nicht mit Schlagworten auseinander, sondern sucht mit übersichtlicher Gründlichkeit und mustergültiger Ordnung des Stoffes allgemeinverständliche Klarheit zu schaffen. Wir Nationalsozialisten gehen mit Bortolotto einig . . . (Der Angriff)

Der Begriff des Politischen

Von Prof. Dr. Carl Schmitt. 3. Auflage. Kartoniert RM. 1.—

„Prof. Dr. Carl Schmitt ist der berühmteste Staatsrechtler in Deutschland und einer der einflußreichsten juristischen Berater der neuen Reichsregierung und Mitschöpfer des großen Statthaltergesetzes." (Westdeutscher Beobachter.) — Seine grundlegende Schrift bringt die als Freund-Feind-Unterscheidung für das politische Denken der Gegenwart entscheidend gewordene Begriffsbestimmung des Politischen.

Preußen muß sein

Von Dr. Wilhelm Stapel. 7. Tausend. Kartoniert RM. 1.—

„Hier wird mit vollendetem Scharfsinn die geschichtliche Frage des Preußentums gestellt und auf eine so vorbildliche Weise beantwortet, daß wir nur wünschen können, an dieser Zucht und Klarheit einer preußischen Ansprache möge das nationale Schrifttum der Gegenwart lernen." (Deutsche Zeitung, Berlin)

Der totale Staat

Von Prof. Dr. Ernst Forsthoff. Kartoniert RM. 1.50

Aus den Erkenntnissen der Geschichte und der neuesten Zeit gibt uns Forsthoff hier das Ziel der nationalsozialistischen Revolution. Klar ersteht vor uns in dieser Schrift das Gefüge des neuen totalen Staates als der Ausdruck eines in allen Gliedern geeinten und planmäßig aufgebauten Volkes.

Deutschland zwischen West und Ost.

Von Generaloberst von Seeckt. 8. Tausend. Kartoniert RM. 1.50

„Die Arbeit von Seeckt scheint mir das Beste zu sein, was dieser außerordentliche Mann uns bisher gegeben hat. Ich hoffe, daß seine ernste Mahnung gehört wird."
(Prof. Dr. A. Baeumler)

Zarnow

Der 9. November 1918